

Geschichte und Kulturen

Universität Siegen



„3. Welt“-Perspektiven

Religion, Globalisierung, Entwicklungspolitik

Scylda Verlag

2005

Inhaltsverzeichnis

Religion, Kultur und Internationale Politik	3
Entwicklungspolitik in der Ära Schmidt	17
Islamisch-europäischer Dialog	58
Globalization	77

Religion, Kultur und Internationale Politik

J. Bellers

1. Fragestellung und Stand der Forschung: „Frieden schaffen ohne ...?“

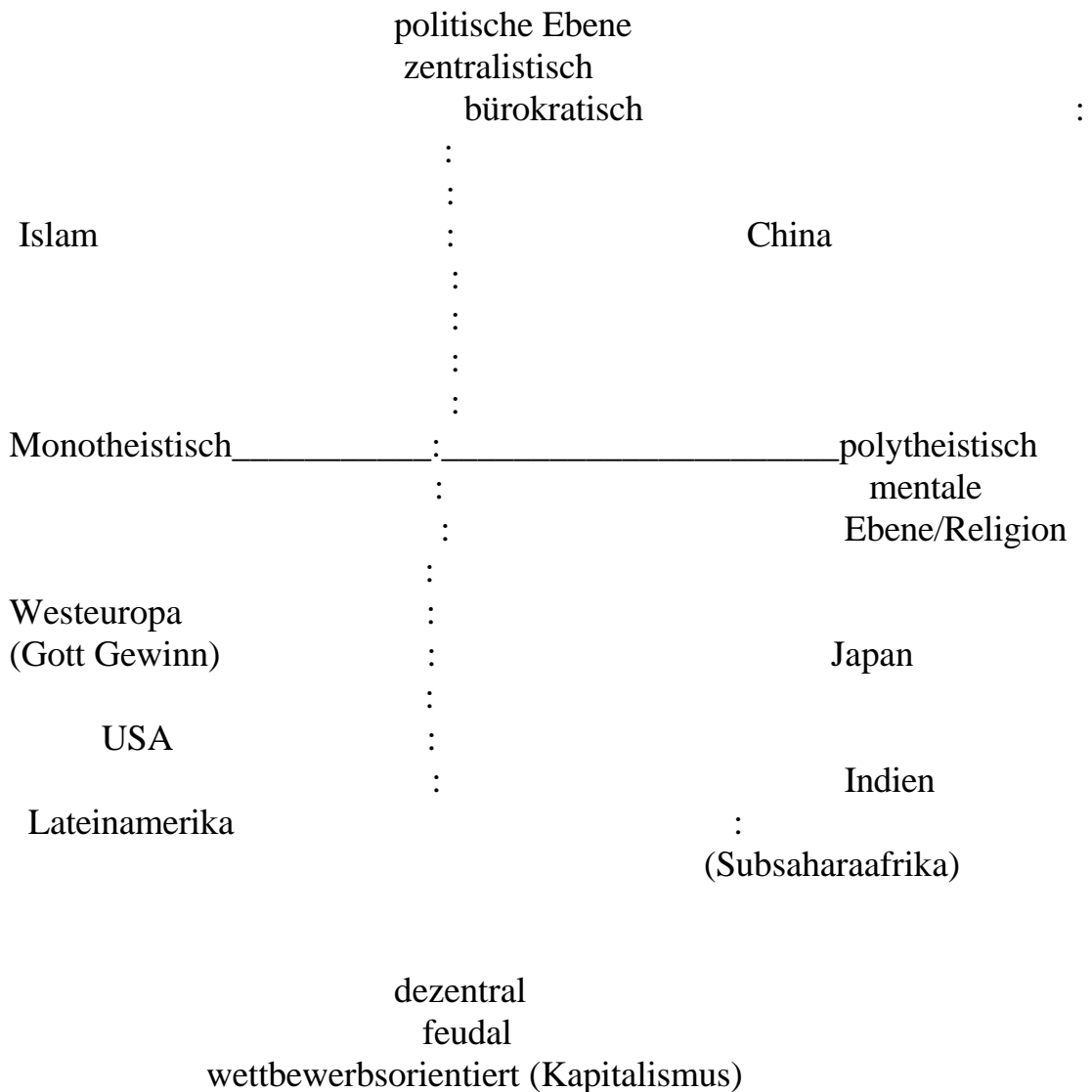
Die steigende Gefahr des islamistischen Terrors und die islamische Expansion (in Afrika z.B.) weisen darauf hin, dass die internationale Politik auch von religiösen Kulturen und Bewegungen mit beeinflusst wird. Nur in Nord-Westeuropa ist es nach dem 2. Weltkrieg zu einer durchschlagenden Säkularisierung gekommen (die religiöse Phänomene gar nicht mehr verstehen kann). Die islamistische Globalisierung ist weitaus bedeutender als die der Devisenmärkte, die oft nur technisch ist und schnell zusammenbrechen kann – übrigens eine kulturelle Globalisierung, die es seit jeher gab: der Islam griff vor 1200 Jahren bis nach Indonesien, Afrika und Europa aus (als Europa schwach war); und das Christentum vor 500 Jahren nach Amerika, Afrika, Asien und Australien, als der Islam schwach war. (Heute dreht es sich wieder – nach der Dekolonisierung - um.) Die meisten Kulturen der Welt sind ohnehin weitgehend religiös geprägt (und nach Max Weber ja sogar der Kapitalismus; auch ist die Säkularisierung als konsequente Realisierung der Zwei-Reiche-Lehre Luthers zu begreifen, der Trennung von Reich Gottes und dem Reich der Welt.) Allerdings bleibt auch weiterhin gültig, dass auf den Terrorismus nur die Nationalstaaten (und deren Bündnisse) mit ihrem Gewaltmonopol zu antworten vermögen.

Nach dem Erscheinen der Analyse von S. Huntington „Clash of civilizations“ (1994/6) wurde auch eine Diskussion darüber versucht, doch im säkularen Deutschland brach sie schnell ab und wurde durch den linken und liberalen „Globalisierungs“-„Diskurs“ verdrängt: In dem zum Pazifismus neigenden Deutschland von heute sehnt man die Weltverbrüderung herbei (Senghaas: „Frieden machen“) und meidet den machtpolitischen Blick auf die Realitäten, der schon in der Öffentlichkeit in die „rechte“ = faschistische Ecke gedrängt wird, obwohl hier – nach allen Verfassungsschutzberichten - 60.000 „gewaltbereite“, islamistische Ausländer leben. So kam es, dass diese Vertreter der „Politik“wissenschaft am 11.9.01 das Scheitern der bisherigen Theoriediskussion feststellen mussten (z.B. Risse-Kappen), ohne dass Neues entwickelt werden konnte. Nur im internationalen Raum kam es zu Neuansätzen. R.A. Seiple; P. Hatzopoulos; G. Besier u.a. im deutschen Raum; schon vor 2001: K.R. Dark; J. Bellers).

Im folgenden will ich Außenpolitik auch aus einem Zusammenhang von Sozialstruktur, verfestigter kultureller Gewohnheiten und religiöser Mentalität zu verstehen versuchen.

2. Idealtypen von Religion-Außenpolitik-Strukturen

2.1 schematischer Überblick



Das ist natürlich nur eine grobe Unterteilung, sie kann jedoch der ersten Orientierung dienen. Die Wirklichkeit ist gemischt, sie liegt zwischen den Kategorien, sie ist gemixt aus einer historisch je unterschiedlich gewichteten Kombination von Begriffen.

2.2 Das Abendland und die säkularisierten Religionen

Westeuropa nahm einen historischen Sonderweg. Im Gegensatz zu Russland, China und Indien (evt. auch Russland) gelang hier als einziger Hochkultur keine kontinent-weite Zentralstaatsbildung, weil sich keine Zentralmacht wegen der Schwäche des deutschen Reiches und Frankreichs

herausbildete. (Erst heute vollziehen diese beiden in Form einer Doppelhegemonie eine Art von nachholender „Reichs-Bildung“ in Form der vor-staatlichen EU). Diese europäische Staatenkonkurrenz auf engem, zerklüftetem Raum ermöglichte erst eine dauerhafte, konfessionelle Spaltung seit 1648, und aus dem wiederum ging die „moderne“ Konkurrenzgesellschaft (nur hier und in Japan!) hervor, in der Politik in Form der Gewaltenteilung und des Parteienwettbewerbs, und in der kapitalistischen Marktgesellschaft in der Form des wettbewerblich-manischen Strebens nach Gewinn als einzigem Ziel (und ursprünglichem Garantem des Seelen- und Himmelsheils, siehe die Puritaner und Calvinisten.) In diesem Sinne eroberte diese europäische Religion (oder besser: dieser Mythos) weite Teile der Welt, mit den entsprechenden Widerständen heute. (Die EU ist vor diesem Hintergrund als nachholende Reichsbildung zu verstehen.)



westeuropäische Konkurrenzgesellschaft (⇔)

2.21 Deutschlands „Mission“

Deutschland ist das Land der dauerhaften Konfessionsspaltung. Nach den Grauen des 30ig-jährigen Krieges zogen sich die überlebenden Deutschen – depressiv geschockt – von der „bösen Politik“ zurück, die sie dem Ordnungswillen der aufgeklärt-fürsorglichen Fürsten überließen. Man zog sich in die romantische Idylle zurück und träumte vom „Reich“ als einer mystischen Größe, die es innerlich, im Geist zu gewinnen gelte, sei es die „blaue Blume“, der Rübezahl-Wald, der „Platz an der Sonne“, feministischer Kitsch wie „Frieden durch Liebe“ oder die „ewig reine Umwelt“ der Grünen – alles verkappt religiöse Paradies-Sehnsüchte, die es auch außenpolitisch zu realisieren

galt: in der moralischen und die Welt behelnden Besserwisserei des heutigen Pazifismus; oder im deutschen Radikal-Imperialismus, der die endlich „saubere“ Welt ohne das Böse (=Juden) gestalten wollte. Dieses Krypto-Religiöse kann sich in Deutschland um so eher ausbreiten, als hier die Religion im engeren Sinne durch die Religionskriege und durch die konfessionelle Spaltung diskreditiert wurde.

2.22 Großbritannien: imperialer und informeller Händlerpragmatismus

In England wurde seit Beginn der Moderne das (religiös fundierte) Gewinnstreben um seiner selbst willen (oder genauer: als Erweis der Gottgefälligkeit) „erfunden“, und zwar zunächst in einer kapitalistisch werdenden Landwirtschaft, die agrarische Überschüsse für die Industriearbeiter, Wolle für die Textilindustrie und Produkte für anonyme Weltmärkte herzustellen begann. Dieses vom Bedarf zunächst unabhängige Profitprinzip wurde dann auf die kapitalistische Industrie übertragen, die mit der Zeit die Landwirtschaft verdrängte. Aus dieser Freihandelsexpansion erwuchs seit 1800 das Britische Empire, zunächst als informeller Absatzmarkt, dann ab 1860 für 100 Jahre als politisch lockerer Herrschaftsverbund. Da es primär um das Ökonomische ging, kam es den Briten nicht auf Herrschaft an, sondern auf Einfluß, den man flexible im einzelnen auszuüben trachtete. Denn die Briten hatten durch die Notwendigkeit des Klassenkompromisses seit der Glorious Revolution gelernt, mit anderem unideologisch auskommen zu können.

2.23 „La grande nation“ als Zivil-Religion, oder: Von Gott als Souverän zum Souverän des Volkes

In Frankreich wütete die Aufklärung am radikalsten, so dass Staat und Kirche 1900 strikt getrennt wurden. Darin manifestiert sich bis heute die tiefe (auch ideologische) Klassenspaltung in Frankreich zwischen der (marxistischen und/oder syndikalistischen) Linken und der (z.T. rechts-katholischen oder rassistischen) Rechten (Le Pen, Vichy). Seit Napoleon konnte diese Kluft – angesichts der zahlreichen Revolutionen – nur durch eine charismatische Führer-Figur (bis zu de Gaulle und Mitterand) zumindest latent gehalten werden. Ideologisch war dieses politische Heiligenwesen untermauert durch einen ersatz-religiös aufgeladenen Frankreich-Mythos: Frankreich als Land einer spezifisch nationalen, aber menschenrechtliche Universalität beanspruchenden Mission, die die Ideale der Revolution als „*région civile*“ (Rousseau) autoritär und/oder autoritativ der Welt „vermitteln“ will, insbesondere in Afrika, das das Land auch heute noch als seine Einflusszone betrachtet.

2.24 Österreichs kuk-soft-Imperialismus

In Österreich überlebte ein barocker, fast pantheistischer, vielfarbiger Katholizismus, weil das Land nie protestantisch-rationalistisch „verpreußt“ und nie in eine selektierende, militarisierenden Einheits-Hierarchie gepresst wurde. Es blieb lange Zeit die Vielfalt zahlloser Lebensformen (von jüdischen über polnische bis zu tschechischen) bestehen, die – trotz aller hegemonialen Versuche und nationalistischen Tendenzen - nicht modern eingeebnet wurden, weil die Monarchie zu schwach war. Deshalb kam es 1866 ja auch zum „Ausgleich“ mit Ungarn, d.h. zu einer Machtteilung. Dementsprechend war der Habsburger-„Imperialismus“ (die Expansion nach Südosten, gegen den Islam) ehr gemäßigt, eben charmant, und zerfiel dann auch schnell seit 1900. Heute hat es noch etwas von diesem agrarisch Vormodernen und der spezifischen Höflichkeit (von „Hof“ des Fürsten!), zumal es für die Tourismusindustrie gepflegt wird. Aber ansonsten ist das Land zu klein, um außenpolitisch in irgendeiner Weise nach außen in dieser Hinsicht prägend wirken zu können.

2.25 Russland: Das letzte Rom

Das riesige, christliche Land gehört natürlich zu Europa, aber es hat infolge der langen, mongolische Besetzung, von der West- und Mitteleuropa verschont blieben, kaum demokratische und marktliche Strukturen entwickelt, so dass Politik dort immer wieder in autoritäre und mafiöse Formen umkippt (1917, 1998 ff.) Das Fehlen einer Aufklärung und eines breiten Bürgertums sowie der Staatsmythos eines „Dritten Roms“ (in der Nachfolge von Byzanz) haben die orthodoxe, mystisch-verinnerlichte Religion in der Bevölkerung bis heute tief verankert. Einige Zaren und ein Teil der intellektuellen Elite (Tolstoi, Dostojewski, Solschenyzin) sahen und sehen in Russland den Hort der christlichen Rechtgläubigkeit, der sich gegen den westlich-kapitalistischen und nihilistischen Kultur- und Sittenverfall abgrenze. Auch bei Lenin kam das modifiziert vor, wenn er die Notwendigkeit einer elitären Kaderpartei damit begründete, dass er die Arbeiterschaft im Kapitalismus als „trade-unionistisch“ bezeichnete, d.h. nur von ökonomistischen Lohndenken bestimmt – ohne revolutionären Impuls. Diese Tendenz wirkte sich in einer Art von außenpolitischem Missionarismus aus, nicht durchweg, aber in Phasen, als Russland/die UdSSR sich stark fühlte: Panslawismus, Revolutionsexport usw.

3. China: Die Welt sind wir! Wo gibt es anderes?

Politische Einheiten können sich - je nach den geographischen Gegebenheiten - unterschiedlich entwickeln: In fruchtbaren Gebieten, wie z.B. in China, ist eine frühe Zentralisierung und Bürokratisierung möglich, da eine reiche Landwirtschaft genügend ökonomischen Mehrwert erzeugt, um diese Form politischer Zentralisierung finanzieren und tragen zu können. In diesem Land oder besser: Reich war die Phase der Kämpfe feudal miteinander konkurrierender Subeinheiten recht kurz und konnte noch vor Christi Geburt zugunsten einer zentralisierten Beamten-Monarchie überwunden werden. Ideologisch gefördert wurde dieser Prozeß vom Konfuzianismus, der als "säkulare Religion" oder besser: Sittenlehre diesbezüglich funktionale Tugenden wie Pflicht, Gehorsam, Kaiser- und Gottesfurcht, Prädominanz des jeweiligen Kollektivs propagierte und mit langfristiger Wirkung über die Jahrhunderte hinweg bis heute im kollektiven Bewußtsein verinnerlichte. "Säkular" ist diese Religion deshalb - wenn diese paradoxe Begrifflichkeit hier erlaubt ist -, weil sie zwar auch einen fernen Gott kennt, aber letztlich doch sehr diesseitig auf die praktische Lebensbewältigung ausgerichtet ist und zu diesem Zweck viele Götter verehrt, die im Alltag bei diesem und jenem behilflich sind. Das Göttliche manifestierte sich recht weltlich vor allem im "Herrn des Himmels", dem Kaiser (oder ihren Äquivalenten bis zu Mao), und in gewissen Gesetzmäßigkeiten der Natur, die es quasi als gottgewollt zu beachten gelte.

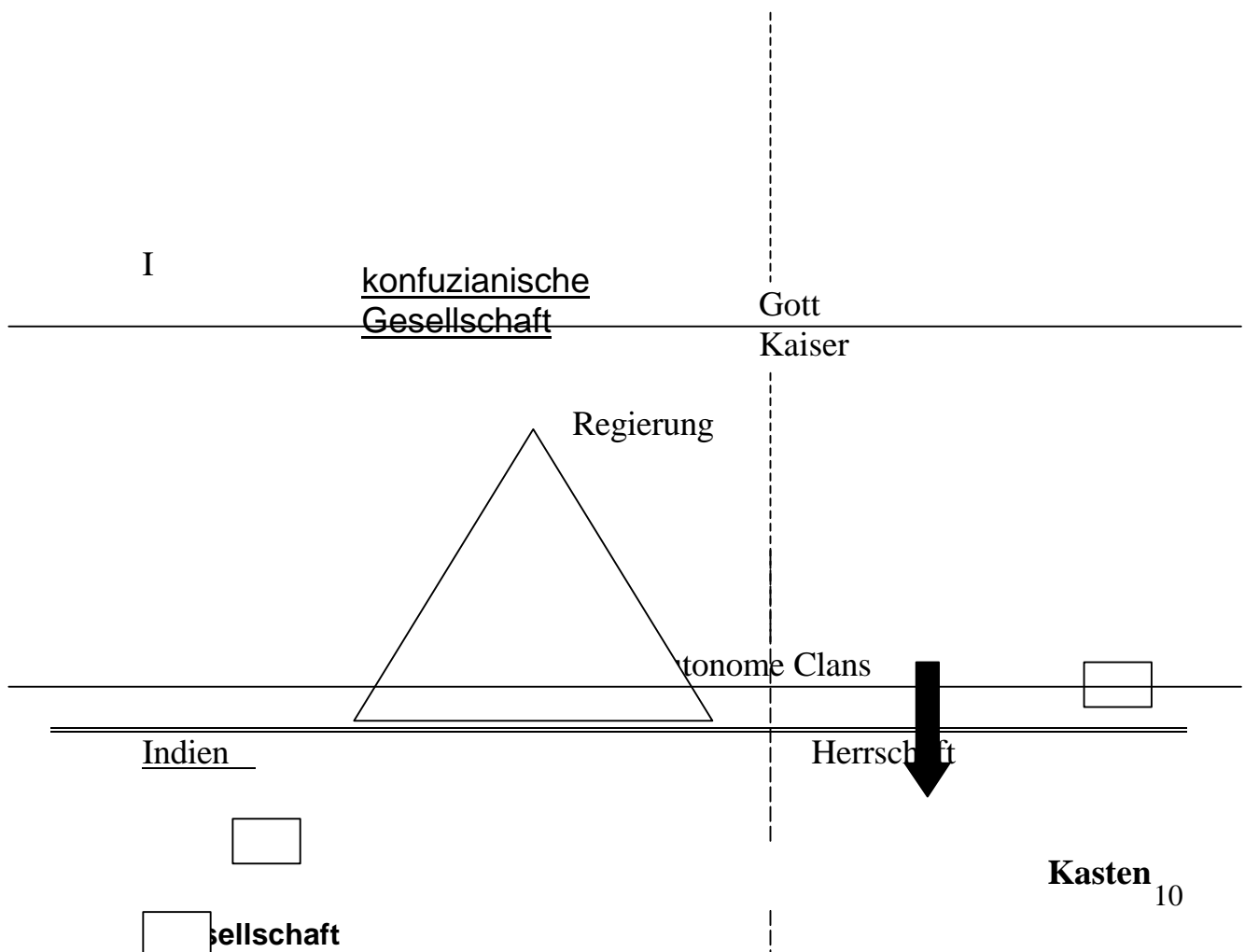
Mit der Vergöttlichung der politischen Spitze des Staates erhält sie göttliche Qualität, eine metaphysische Bedeutung und hohe Zentralität. Das ist der geistesgeschichtliche Hintergrund für die Rede von China als dem "Reich der Mitte". Das Land fühlte sich unter den Kaisern und in dieser Tradition auch noch unter der kommunistischen Herrschaft seit 1949 als Zentrum der Welt (und der Weltrevolution), andere Staaten können nur in tributärer Abhängigkeit oder als unbedeutende Staaten begriffen werden (auch wenn dies tatsächlich nicht so ist, wie China seit 1850 überraschend erleben musste). Die Staatenwelt ist aus dieser Sicht hierarchisch aufgebaut, mit China an der Spitze.

Auch wenn das heutzutage nicht mehr so geäußert wird: es ist latent vorhanden im kollektiven Gedächtnis und Unterbewußten. Für Mao war China das Zentrum der Weltrevolution, und der Konflikt mit der Sowjetunion seit Ende der 50er Jahre entbrannte u.a. daran, dass er den kommunistischen Führungsanspruch Moskaus nicht anerkannte. Auch das nach-maoistische China führte z.B. 1979 einen kurzen, aber effektiven "Erziehungskrieg" gegen den südlichen Nachbarn Vietnam, das als unbotmäßiger, kommunistischer Zögling (nebenbei gesagt: des gleichen, konfuzianischen Kulturkreises) betrachtet wurde, weil es zu enge Beziehungen mit dem Feind UdSSR unterhielt.

Auch die Staatenwelt wäre in Form einer solchen Pyramide darzustellen. Da die Welt derart geordnet ist, braucht man sie auch nicht imperial zu ändern. China war daher historisch gesehen kaum expansiv, es erlebte nie einen globalen

Ausbruch wie das christlich-spanische Westeuropa seit 1500 in einer Fortsetzung der Reconquista gegen die Heiden. So etwas gab es auch nicht in Indien, dessen in sich ruhender und toleranter Hinduismus über die buddhistische Variante ja auch in China wirkte und wirkt. (siehe unten)

Das in Jahrhunderten fundierte Überlegenheitsbewußtsein und die Binnenzentrierung bestimmen die Außenpolitik und auch die Außenhandelsbeziehungen, nicht nur in den alltäglichen Verhandlungen, über Lieferungen und Projekte, sondern auch in der Außenwirtschafts p o l i t i k: Daß China hier zu keinerlei Konzessionen bereit ist, zeigt sich u.a. in der gegenwärtigen Diskussion um die Sicherung von Menschenrechten im Lande. Nicht, daß China - wie sonstige Diktaturen - diese Rechtsverletzungen entweder leugnet oder zu verdecken bestrebt ist, im Gegenteil: sie werden offensiv gerechtfertigt als Ausdruck der traditionell kollektiven Kontrolle im Lande und als Ablehnung des westlichen Individualismus, als dessen Folge die Menschenrechte z.T. betrachtet und abgelehnt werden. Wenn westliche Besucher nach Peking kommen, so werden einige Gefangene zwar entlassen, aber nur, um deren (!) Gesicht zu wahren – als Gnadengabe für diese europäischen Schwäch- +und Feiglinge.



4. Indien: Kasten und Toleranz

Indien ist eher ein Staat oder besser: ein kulturelles Gebilde der nicht-expansionistischen Art. Nicht wie Japan, auch nicht wie China, da die indische politische Kultur keine Hierarchie der Staatenwelt kennt. Pointiert ausgedrückt: Indien als Staat mit unterentwickelten Außenbeziehungen (ohne subkontinent-externe Expansion, man siehe auch die langjährige Politik des Neutralismus) hat quasi die internationale Hierarchie in sich internalisiert, verinnerlicht. Die ständig seit Jahrtausenden in den Subkontinent aus dem Norden und Westen einströmenden Völker und Wanderungen wurden in das indische Gesellschaftssystem als jeweils eigene, neue (oberste) Kaste integriert. Das ist der Grund für die kasten-orientierte Gesellschaftsstruktur, die sich im vielfältigen Hinduismus widerspiegelt.

Damit ist Indien Vielfalt in sich: Religiös durch den Polytheismus des Hinduismus, der den Monotheismus des Islam und auch - modifiziert des Bhuddismus - zunehmend (wieder) verdrängt oder gar marginalisiert hat; aber auch sozial durch die Unzahl von Kasten. Im Gegensatz zu den z.T. totalitären Monopolansprüchen des Christentums und des Islam erlaubt der Hinduismus durch die pantheistische Pluralität auch eine gewisse Art von Toleranz, die Anderssein duldet. Das hat natürlich die zahllosen Kriege zwischen den Fürsten bis 1850 nicht verhindert, aber Indien als kultureller Großraum war nie (militärisch) über seine Grenzen hinaus expansiv: Der Hinduismus ist die einzige, „national“ begrenzte Hochreligion. Mission gibt es nicht, nur einen friedlichen, kulturellen Einfluß über Händler in Südostasien. Die Kriege auf dem Subkontinent wurden daher auch durchweg von den Militärdiktaturen des islamischen Pakistan vom Zaun gebrochen, nicht von Indien (sieht man von der Unterstützung des Befreiungskampfes Bangladeshs ab. Indien war eher Opfer, z.B. im Verlaufe des chinesischen Einfalls nach Indien 1962)).

5. Japan: Insellage, Buddhismus und Isolation

Japan ist nicht in dem Maße die in sich homogene, einheitliche Nation, die "Japan AG", wie es oft dargestellt wird. Da ist zwar einiges dran: Das japanische Volk ist ethnisch und durch den Shintoismus religiös homogen, durch die Insellage kulturell einheitlich historisch gewachsen (ohne je bis 1945 erobert worden zu sein), und durch eine zweihundertjährige, außenpolitische Isolation seit Mitte des 17. Jahrhunderts unter der Tokugawa-Herrschaft hatte sich ein starker und dann später kapitalistischer Binnenmarkt entwickelt; aber andererseits war Japan bis zu dieser Zeit der Tokugawa ein Feudalstaat, mit der

für diese Gesellschaftsformation typischen Konkurrenz zwischen den feudalen Einheiten, die erst in der erwähnten Isolationsphase durch einen Zentralisierungsprozeß zurückgedrängt werden konnten. Aber aus der feudalen Tradition stammt das Wettbewerbliche, das der japanischen Kultur auch eigen ist. Dem entspricht die Vielfalt des Götterhimmels, der z.T. noch – neben dem Buddhismus - vom animistisch anmutenden Shinto-Kult mit dem Tenno als Oberpriester bestimmt ist.

Das prägt bis heute die politische Kultur, Außenpolitik und Wirtschaft Japans - und zwar auf eine zweifache Art und Weise: Das Homogene wirkt sich aus in der Abwehr des Fremden, von US-Militärbasen, auch von Importen, trotz aller Klagen von GATT oder WTO und trotz aller formellen Zollsenkungen und Kontingentbeseitigungen. Aber die bewirkten nicht viel! Denn der japanische Protektionismus ist Folge der inneren, sozialen Homogenität des japanischen Volkes, wie sie u.a. in wenigen großen, monopolartigen Einkaufs- und Importhäusern zum Ausdruck kommt. Der japanische Markt wird daher für die anderen ein schwer zu erobernder bleiben - nicht wegen mangelnden Willens, sondern wegen einer historisch fundierten, gewachsenen politischen Kultur und eines spezifischen Wirtschaftsstils.

Auf der anderen Seite ist der Politik- und Wirtschaftsstil mit seinen aufgezeigten Konkurrenzaspekten präsent in den starken Exportoffensiven des Landes – und Japan ist heute ein Handelstaat. Der Kampf der Feudalherren von seinerzeit wird heute gegen ausländische Konkurrenten geführt - Böse behaupten: in Fortsetzung des Zweiten Weltkrieges mit anderen - ökonomischen - Mitteln. Auch die japanische Entwicklungspolitik mit ihrer Schwerpunktsetzung in Südostasien hat diesen expansiven und durchdringenden Charakter, was alte antijapanische Ressentiments wiederbelebt.

Das Expansive ist jedoch untypisch für die 2000-jährige Geschichte des Landes. Lange war das Land gänzlich von der Außenwelt isoliert (es wurde nie von den Chinesen oder Mongolen erobert), so wie es auch diese Tradition der (individuellen) Isolation und Askese in der Lehre und Praxis des japanischen Buddhismus gibt..

6. Islam: Das Schwert des Propheten

Islamisch-arabische Staaten sind in einer doppelten, gesellschaftspolitischen Falle befangen, die auch ihre Außenpolitik behindert: Einerseits bedingt die enge Beziehung zwischen Religion und Politik im Islam (der Islam kennt keine Epoche einer durchsetzungsfähigen Aufklärung wie in Europa mit der Trennung beider Sphären) eine Betonierung sozialer Strukturen: Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in bestehenden Formen werden religiös

legitimiert - und damit dem sozialen Wandel zu entziehen versucht. Das erschwert jedoch innovative soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Zum anderen sind diese arabischen Gesellschaften übermäßig zentralisiert und militarisiert - und zwar bedingt durch die historischen Erfahrungen ständiger Beduinisierung: Das Problem der arabischen Gesellschaften besteht in geschichtlicher Perspektive darin, daß die gewerblichen und handwerklichen Handels-Zentren (z.T. in Oasen) ständig von militärisch vordringenden Beduinen aus den umgebenden Wüsten und Gebirgen bedroht waren. Diese Existenz-Gefahren wurden verinnerlicht, so daß die städtischen Eliten vor allem bis heute vorrangig auf militärisch zentralisierte Abwehr setzen und gegenüber längerfristigen, riskanten wirtschaftlichen Investitionen eher abgeneigt sind, da diese ja stets durch militärische Überfälle bedroht sind. Man spricht geradezu von einer Beduinisierung der vormalig intakten Ökonomien als Folge des Vordringens des Islam seit dem 7. Jahrhundert. Die daraus resultierende Stagnation führte immer wieder zu explosiven Ausbrüchen, um sie zu überwinden. (Mohammed war ein Kriegsherr!) Das konvergiert(e) mit der Missionspflicht des Islam. Beides zusammen brachte die heutige Bedrohung der westlichen Welt durch einen neuen Totalitarismus mit sich.

7. Subsahara-Afrika: Stamm, Animismus und staatlicher Zerfall

Bedingt durch die Verwüstungen des Kolonialismus, aber auch durch die naturräumlichen Nachteile des Kontinents (Wüsten, nicht schiffbare Flüsse, unfruchtbarer Urwald, die schiere, schwer erschließbare, territoriale Größe), sind die politischen Gebilde in Schwarzafrika mangelhaft zentralisiert – das setzt ja wirtschaftliche Ressourcen und Steuererhebung voraus –, sie sind auch mangelhaft durchstrukturiert und daher stets von Implosion, vom inneren Zerfall (= „Bürger“/interethnischer Krieg) bedroht. (Afrika kennt so gut wie keine auswärtigen Kriege, und die hängen dann meist mit Bürger- oder besser: ethnischen Binnen-Kriegen zusammen).

Es gab zwar historisch gesehen einige größere Handels-Königreiche z.B. am Niger und im heutigen (und damaligen) Zimbabwe, die Nigerreiche lebten vom Transsahara- und Sklavenhandel, legendär ist bis heute Timbuktu als nord-südliches Handelszentrum. Diese Handelsreiche gingen jedoch nicht nur wegen des kolonialen Vordringens unter, sondern auch und vor allem wegen ihrer inneren Labilität und dem Siechtum des Osmanischen Reiches im Norden: sie waren abhängig vom Handel und damit von auswärtigen wirtschaftlichen Entwicklungen. Die typische gesellschaftliche Organisationsform Schwarzafrikas ist daher oft der Stamm, die ethnische Einheit, die vergleichsweise klein und wenig zentralisiert (dadurch aber auch demokratischer, "basisorientierter", genossenschaftlich, subsistenzorientiert) ist. Von dieser Organisationsform wird behauptet, sie funktionier(t)e nach dem

Prinzip einer "regulierten Anarchie", d.h. sehr dezentral, mit wenig Herrschaft, akephal, informell und indirekt gesteuert über sozial verinnerlichte und allgemein akzeptierte Regeln. Gefördert wird diese Kleinräumigkeit durch das weitgehende Fehlen oder nur vordergründige Existenz von Hochreligionen mit ihrer vereinheitlichenden Kraft und stattdessen die Dominanz von vielfältigen animistischen und Ahnenkulten.

8. Lateinamerika: Die Ehre des Don Quichote und die Fortsetzung der katholisch-reconquista durch Spanien in Lateinamerika

Die Sozialstruktur durchweg aller Staaten von Mittel- und Südamerika ist - infolge der langen spanischen Kolonialherrschaft bis 1815 - ähnlich geprägt und ausgeformt. Sie ähnelt zwar in manchem Europa, es gibt Nationalstaatlichkeit und einen z.T. vehementen, aber oft folgenlos bleibenden, rein rhetorischen und populistischen Großmanns-Nationalismus, der allerdings - im Unterschied zumindest zu Nordwesteuropa - klientelistisch gebrochen ist: Denn als Folge der langen Abhängigkeit von Spanien (bzw. Portugal) haben sich - zur Abwehr dieser Vorherrschaft - sozial zusammengeschweißte, mafiöse Schutzgeflechte in Lateinamerika gebildet, die man als Klientelketten bezeichnet und die man z.T. auch aus dem spanischen Mutterland mit der spanisch-katholischen Eroberung übernahm. Diese Ketten sind informelle Loyalitätsbeziehungen zwischen einem familialen (oder im weiteren Sinne sozialen und politischen) Oberhaupt und dessen (familialer, aber auch darüber hinausgehender) Klientelgefolgschaft im weiteren Sinne, auch in der Politik, in Parteien und in der Wirtschaft. In diesem Sinne gibt es keine Parteien oder Verbände im westeuropäischen oder nordamerikanischen Sinne, die entlang der Unterscheidung: links oder rechts (oder dergleichen: ökologisch/antiökologisch) verlaufen. Parteien bestehen aus oft charismatischen Persönlichkeiten an der Spitze, caudillos oder ihre Perversionen in der Form oft bizarrer Quichotes, die Anhänger um sich scharen. Prestige in Lateinamerika hängt weniger von Gewinnmaximierung ab - das wäre modern gedacht -, sondern von der Zahl der Freunde, der Größe der Klientel, wie auch die Ritter des katholischen Mittelalters von der Ehre und nicht vom Reichtum lebten. Und die Ehre hatte man letztlich vor und von König und Gott.

Diese Klientelketten prägen Politik und Wirtschaft dieser Gesellschaften. Und auch die Außenpolitik dieser Staaten wird z.T. über diese Klientel organisiert: Man hat auch seinen außenpolitischen Patron, z.B. in Washington, den man ggf. zwar nach außen hin verteufelt, aber auf den man auch vertraut. Das erklärt diesen lediglich wortradikalen Nationalismus der Lateinamerikaner gegenüber den USA, die man bewundert und haßt zugleich. Das ähnelt dem quichotischen Kampf gegen die Windmühlen. Es drückt sich hier ein

spätbarocker Katholizismus aus, der – nach den vielen Kriegen und der Infragestellung der Religion überhaupt – zwar noch glaubt, aber ohne Gottvertrauen, vielmehr erschüttert ist vom ständigen Scheitern in der Welt. Man glaubt an die Treue der Freundschaft, aber auch nicht so ganz – eben Don Quichotes Welt.

10. USA: Die Vereinigten Staaten von Gottes Gnaden

Die USA wurden vor 350 Jahren von puritanischen Christen gegründet, die - „basisdemokratisch orientiert“ – die Hierarchie der englischen Staatskirche mit dem König als oberstem, weltlichen und kirchlichen Herrn ablehnten. In diesen christlichen Gemeinden gründet die heutige amerikanische Demokratie. Die Auswanderer glaubten, im Vergleich zum alten Europa eine bessere Welt aufgebaut zu haben, in der christliche Prinzipien verwirklicht worden seien. Bis heute kommt dieser idealistische Weltverbesserungswille der USA immer wieder in der Außenpolitik zum Ausdruck, vom Kampf gegen den Kolonialismus über die Befreiung Europas im Ersten und Zweiten Weltkrieg (Präsident Wilson: „make the world safe for democracy“) bis zu Dulles´ und Reagans Liberation-Philosophie und Carters Menschenrechtspolitik gegenüber dem Kommunismus und dem heutigen Krieg der USA gegen den Islamismus.

Perspektiven

Es gibt keine Weltpolitik und erst recht nicht eine Weltgesellschaft. Es gibt auch nur begrenzt die "Welt"wirtschaft, vielleicht nur im Bereich der finanziellen Transaktionen und im gewissen Maße des Handels, insbesondere von Gütern, die aufgrund natürlicher oder technologischer Vorteile nur an bestimmten Orten hergestellt werden können, um sie dann auszutauschen. Stattdessen ist ein älterer Begriff von Braudel zu revitalisieren, der von "Weltwirtschaften" spricht. Analog müsste man von Weltpolitiken sprechen. Die aufgezeigten Großkulturen (= regionalen Weltwirtschaften) treiben weitgehend Politik und Handel in und mit sich - da ein Großteil der Produkte (z.B. Textilien) und Dienstleistungen kulturell geprägt sind und nicht beliebig in einer anderen Kultur akzeptiert werden können - sieht man von künstlichen Global-Produkten wie die von McDonald oder von einer kleinen, oft westlich orientierten Elite ab. Auch politisch und außenpolitisch beschäftigen sich die Regionen mit sich selbst, weil sie das ihnen Nahe auch besser verstehen. Das schließt natürlich Interdependenzen nicht aus. Vielleicht ist die Nachbarregion noch von

Bedeutung (z.B. für Europa der Nahe Osten). Nur die USA bilden in ihrem weltweiten Engagement eine (zeitweilige) Ausnahme.

Literatur:

Franz Ansprenger, Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert, München 1992

Jürgen Bellers, Politische Kultur und Außenpolitik im Vergleich, München 1999

Gerhard Besier, Religion und internationale Politik, Berlin 2002

Pierre Bertaux, Afrika, Frankfurt/M. 1966 (immer noch wichtig, da hier die Kolonialerfahrungen Frankreichs eingehen, die Deutschland weitgehend fehlen)

Kevin R. Dark, Religion and international relations, New York 2000

Pavlos Hatzopoulos, Religion and international relations, New York 2003

Boris Meissner, Vom Sowjetimperialismus zum eurasischen Staatensystem, Berlin 1995

Ulrich Menzel (Hrsg.), Im Schatten des Siegers: Japan, Weltwirtschaft und Weltpolitik, Frankfurt/M. 1989

Xavier de Planhol, Kulturgeographische Grundlagen der islamischen Geschichte, Zürich 1975

Dieter Rothermund, Staat und Gesellschaft in Indien, Mannheim 1993

Robert A. Seipel, Religion and security, Lanham 2004

Oskar Weggel, Die Asiaten, Darmstadt 1990

Hans-Ulrich Wehler, Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1750 – 1900, Frankfurt/. 1984

Entwicklungspolitik in der Ära Schmidt

Erster Bericht aus einem Forschungsprojekt

von

CLAUDIUS R. KÖSTER, JUDITH MORGENSCHWEIß, JOCHEN
STEINMETZ

Einleitung und Fragestellung

In Wissenschaft und Öffentlichkeit wird die Entwicklungspolitik der Regierungen oft negativ beurteilt, weil man die Analyse auf die Entwicklungspolitik im engeren Sinne beschränkt, ohne die anderen, entwicklungspolitisch bedeutenden Politikfelder wie Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Währungspolitik zu betrachten und ohne die jeweiligen strukturellen Bedingungen zu analysieren, denen Entwicklungspolitik im engeren und im weiteren Sinn unterlag (und unterliegt). Entwicklungspolitik ist aber nicht nur das, was das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und die Kreditanstalt für Wiederaufbau machen. Und strukturelle Rahmenbedingungen (Wirtschaftskrise, Bewußtseinswandel der Bevölkerung, außenpolitische Restriktionen usw.) müssen in eine politikwissenschaftliche Untersuchung von (deutscher) Entwicklungspolitik einbezogen werden, weil erst sie darüber Aufschluß zu geben vermögen, inwieweit eine andere Entwicklungspolitik als die realisierte überhaupt möglich war oder gewesen wäre. Nur vor dem Hintergrund einer derartigen Möglichkeits- und Strukturanalyse ist Kritik an Entwicklungspolitik erlaubt. Oder genauer formuliert, um hier nicht einen falschen, geschichtsmetaphysischen Begriff von Notwendigkeit zu suggerieren: welche Kosten eine andere Entscheidung mit sich gebracht hätte, und ob diese (politischen) Kosten zu hoch waren, weil man Wähler nicht verlieren wollte, weil es nicht oder nur zu Lasten von anderem zu finanzieren war, weil weil weil ... Politiker können auch immer anders, aber es ist unrealistisch, das von ihnen zu erwarten, wenn sie damit z.B. ihre eigene politische Existenz oder ihre Anhängerschaft aufs Spiel setzen würden. D.h. eine bestimmte entwicklungspolitische Entscheidung oder eine bestimmte Entwicklungspolitik insgesamt ist in bestimmtem Maße bedingt auch durch die strukturellen Rahmenbedingungen von Weltwirtschaft, Währungspolitik und innenpolitischer

Situation, die der jeweilige entwicklungspolitische Entscheidungsträger aus Machterhaltungsgründen berücksichtigen muß und die damit auch die historisch gegebene Ausformung von Entwicklungspolitik mit zu erklären vermag.

Auf diese Fragen versucht die Studie am Beispiel der deutschen Entwicklungspolitik in der Ära von Bundeskanzler Schmidt neue Antworten zu geben, auch, um die entwicklungspolitische Diskussion aus dem leidigen Moralismus („Ausbeutungs“-Vorwurf) herauszuführen. Ehe Antworten gegeben werden können, müssen jedoch zunächst

- die strukturellen Rahmen- und Handlungsbedingungen (Geschichte der sozialdemokratischen Entwicklungspolitik, weltwirtschaftliche und währungspolitische Entwicklungen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, außenpolitische Weltsicht von Schmidt usw.) dargestellt werden, um dann
- die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Regierung Schmidt zu untersuchen. Neben der deskriptiven Aufgabe gilt es auch schon auf dieser ersten Ebene – soweit möglich – analytisch danach zu fragen, ob eine entwicklungspolitische Entscheidung durch nicht beeinflussbare Faktoren nur so ausfallen konnte, wie sie dann ausfiel, ob sie also "notwendig" war, oder eben nicht.

Dabei werden nicht nur die Äußerungen und Entscheidung von Schmidt selbst erfaßt, sondern auch die anderer Akteure, insbesondere natürlich der Entwicklungshilfeminister, soweit mit großer Wahrscheinlichkeit vermutet werden kann, daß diese anderen Akteure im Sinne oder gar im Auftrag von Schmidt handelten. Zentraler Untersuchungs“gegenstand“, zentraler Akteur und Entscheidungsträger ist jedoch H. Schmidt.

Abschließend zu diesem Kapitel sei auf das Fragmentarische dieses Projektberichtes aufmerksam gemacht, da die Forschungen noch nicht gänzlich beendet wurden. Die Literaturverweise werden am Ende des jeweiligen Kapitels angeführt.

Traditionen sozialdemokratischer Entwicklungspolitik

Überblick über die Geschichte der Kolonial- und Entwicklungspolitik der SPD

Von J. MORGENSCHWEISS

Wenn die These vertreten wird, daß die deutsche Sozialdemokratie den Kolonialismus immer abgelehnt hat, so stimmt dies nur bedingt. Betrachtet man das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den heutigen Entwicklungsländern aus der historischen Perspektive, so fällt zunächst die Diskussion über die Kolonialfrage nach 1890 ins Auge. Wie Gerhard Schulz treffend feststellt, war „der ‘Revisionismus’ der Jahrhundertwende ... zweifellos die stärkste innere Auseinandersetzung in der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie.“ Man hatte sich zuvor in sozialdemokratischen Kreisen nicht sehr viele Gedanken gemacht, welche Haltung gegenüber den seit 1884 bestehenden deutschen Kolonien in Afrika einzunehmen sei. Dies lag zu einem großen Teil an der fehlenden konkreten theoretischen Auseinandersetzung mit dem Problem bei den damaligen geistigen Vätern Marx und Engels. Außerdem begann das Deutsche Reich erst spät mit dem Erwerb von Kolonien. Daher hatten die kolonialen Großmächte Frankreich und Großbritannien die wirtschaftlich interessantesten Länder bereits erobert, so daß nach Ansicht der damaligen Sozialdemokraten wenig Grund zu einer verstärkten Kolonialpolitik bestand (Vgl. Paech: 12). Im Klartext hieß das jedoch, daß sich die Sozialdemokraten zwar indifferent gegenüber der Kolonialfrage zeigten, dies aber lediglich in der mangelnden Nützlichkeit der Kolonien begründet lag und nicht in moralischen Erwägungen bezüglich der Ausbeutung und imperialistischen Unterdrückung anderer Länder.

Aufgrund der aufkommenden revisionistischen Tendenzen um die Jahrhundertwende spielte nun die Kolonialpolitik in der Sozialdemokratie eine stärkere Rolle. Zweifellos standen die nationalen Probleme der Arbeiterklasse im Zentrum der Debatte, doch wurde diese mit der Kolonialfrage verknüpft und letztere so innerhalb der nationalen Problemstellung zunächst zu einem politischen Streitpunkt. Einer der ersten Befürworter der Kolonialpolitik war Max Schippel. Daß er die Kolonien als einen „Teil des Nationalbesitzes der sozialdemokratischen deutschen Republik“ (Mansfeld: 9) ansah, „deren Kolonialpolitik auch die Interessen der betroffenen eingeborenen Bevölkerung ... zu wahren imstande sein wird“ (Mansfeld: 9) ist in seinen Augen letztlich die logische Konsequenz aus seiner neuen Sichtweise der Stellung der Arbeiter in der Wirtschaft. Schippel entwickelte das Bild vom Arbeiter, der Anteil an der Entwicklung der Industrie hat und dazu gehörten auch die Kolonien. Der Nutzen

der Kolonien steht also immer noch im Vordergrund; Schippel entdeckte ihn somit für die Arbeiter der Republik. Es ist jedoch wichtig zu sehen, daß er dabei weniger eine systematische ökonomische Ausbeutung im Sinn hatte, sondern die recht utopische Vorstellung der internationalen wirtschaftlichen und außenpolitischen Annäherung entwarf, die schließlich in weltweiter Harmonie münden sollte.

Wie seine ideologischen Mitstreiter veröffentlichte Schippel die Schriften, in denen er seine außenpolitische Linie vertrat, in den zum rechten Spektrum gehörenden „Sozialistischen Monatsheften“. Hier finden sich denn auch Publikationen von Eduard Bernstein, Gerhard Hildebrand, u.a., die sich mit dem Nutzen der Kolonien für die Arbeiterklasse aber auch für die Kolonien selbst beschäftigten. Nach Bernsteins Vorstellung war es die gemeinsame Aufgabe der europäischen Völker, über die Kolonialpolitik, die europäische Kultur und Zivilisation zu verbreiten. Er trat, so Schulz, „als Erster in der deutschen Sozialdemokratie für die Kolonialpolitik ein – als einem rational-technischen Erfordernis der wirtschaftlichen Kultur, aber auch als einer missionarischen Aufgabe, die sich schlechthin jeder ‘Kulturnation’ stellt: allen Völkern der Erde das Leben und die Gesetze der europäischen Zivilisation einzupflanzen.“ (Schulz: 103). Er ging sogar soweit zu sagen, daß unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten die höhere Kultur – also diejenige, die auf gleicher Fläche der größeren Anzahl Menschen zu leben ermöglicht – die Pflicht habe, sich die niedere Kultur zu unterwerfen (Mansfeld: 58).

Wirtschaftliche Faktoren standen auch im Zentrum der Ideen Gerhard Hildebrands zur Kolonialpolitik. Er befürchtete eine zu große Abhängigkeit der Industrienationen von den Agrarnationen, die die Rohstoffe lieferten. Daher sollte eine Umstrukturierung der Wirtschaft hin zum Agrarsektor stattfinden. Die Kolonialisierung Afrikas sollte dabei außenpolitische Unterstützung sein, langfristig sogar einen Bevölkerungsausgleich ermöglichen (Vgl. Schulz: 108). Letztlich hielten sowohl Bernstein als auch Hildebrand die Kolonien für nützlich, auch wenn sie eingestehen mußten, daß damit viele Greuel und große Unterdrückung verbunden waren. Aber die „Flut kultureller Bereicherung“ (Hildebrand) sollte die betroffenen Länder dafür wohl entschädigen.

Natürlich blieben diese Ideen unter Sozialdemokraten nicht unkommentiert. In Kautsky hatte Schippel einen energischen, parteiinternen Kritiker, der ihn mit dem Vorwurf des Imperialismus konfrontierte. Auch führende Sozialdemokraten des marxistisch ausgerichteten Flügels der SPD, wie Bebel und Liebknecht, sprachen sich frühzeitig gegen den Erwerb von Kolonien aus. Bereits 1884 hatte das illegale Parteiorgan der SPD, der „Socialdemokrat“ angekündigt, daß es nur im Interesse der deutschen Arbeiterschaft sei, die Kolonien so schnell wie möglich wieder abzuschaffen. Dieses Problem löste sich mit Ende des Ersten Weltkrieges gezwungenermaßen mit dem Verlust der Kolonien von selbst.

Da die Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien nun nicht mehr über Kolonien verfügte und mußte sich die SPD in den 50er Jahren auch nicht in dem Maße wie die beiden anderen Länder mit der Entkolonialisierung befassen. Im Mittelpunkt der Parteiarbeit stand nach dem 2. Weltkrieg der Wiederaufbau eines demokratischen Staates im Inneren. Daher „war die Entkolonialisierung auch für die SPD nur ein Nebenthema.“ (Seidelmann: 442) Kritiker meinen, daß die sozialdemokratische Außenpolitik zu stark auf das geteilte Deutschland fixiert war: „Die Politik Kurt Schumachers konzentrierte sich in so einseitiger Weise auf das Problem der geteilten Nation, daß die weltpolitische Lage für die SPD nur in ihrer Bedeutung für die deutsche Frage zur Debatte stand. Und weil Schumachers Deutschlandpolitik ... mit emotionalem Anti-Kommunismus befrachtet war, erlaubte die Fixierung auf den kalten Ost-West-Konflikt keine kritischen Überlegungen zum Problem der kolonialen Befreiung.“ (Kadritzke: 37) Auch Entwicklungspolitik im heutigen Sinne war noch kein Thema. Zwar wurden Gelder aus dem Marshallplan für das technische Hilfsprogramm der UN gezahlt, doch fehlte allen Parteien ein politisches und programmatisches Konzept. Aussagen zur Entwicklungspolitik im Godesberger Programm beschränken sich auf schwammige Forderungen, aus denen sich noch keine konkreten Hilfsprogramme ergaben (vgl. Kadritzke: 38). Die entwicklungspolitischen Möglichkeiten wurden zudem von dem sich verschärfenden Ost-West-Konflikt beeinflusst. Dies manifestierte sich in der Hallstein-Doktrin, die dazu führte, daß mit der Außenpolitik auch die Entwicklungspolitik davon abhängig gemacht wurde, ob die jeweiligen Staaten die ehemalige DDR völkerrechtlich anerkannten oder nicht. Bereits 1968, mit der Ernennung Erhard Eppers zum Entwicklungshilfeminister, geriet die Hallstein-Doktrin ins Wanken. Epper setzte in der Entwicklungspolitik einen neuen Schwerpunkt: Statt kurzfristiger Eigeninteressen verfolgte er langfristige Ziele, insbesondere in der Sozial- und Friedenspolitik. Der Trend ging so weg von der rationalistischen, am Kampf gegen den Kommunismus orientierten Konzeption, hin zu einer verstärkt humanitär motivierten Entwicklungspolitik. Mit Epper als zuständiger Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit weitete sich auch die Zuständigkeit des BMZ aus, in dessen Kompetenzbereich auch die finanzielle Zusammenarbeit fiel.

Mit der Übernahme der Regierung 1969 standen aus sozialdemokratischer Sicht drei Ziele im Zentrum der Politik gegenüber der Dritten Welt: Erstens wurde im Zuge der neuen Ostpolitik Brandts die Hallstein-Doktrin nun gänzlich abgeschafft. Dies ermöglichte eine freiere Unterstützung der Entwicklungsländer: „Entwicklungshilfe wurde nun unabhängig von der Tatsache, ob das entsprechende Land die DDR anerkannt hatte oder nicht, vergeben.“ (Seidelmann: 443) Zweitens strebte die SPD ein Umdenken in der Entwicklungspolitik an. „Entwicklungshilfe wurde nicht mehr als moralische Hilfsverpflichtung, sondern als politische Notwendigkeit angesehen, die auch im

eigenen Interesse liegt.“ (Seidelmann: 443)¹ Drittens sollten, der bereits von Eppler eingeschlagenen politischen Richtung folgend, Solidarität und Humanität weiter ins Zentrum gerückt und demokratische Reformbestrebungen und Befreiungsbewegungen verstärkt unterstützt werden (wobei hier die Frage ist, ob kommunistische Staaten vergleichbare Hilfe erhielten). Zwar wurde diese politisch offenere Entwicklungspolitik aus der sozialdemokratischen Sichtweise unter anderem von der Chile- und Vietnam-Bewegung beeinflusst. Kadritzke wirft der SPD jedoch vor, den Wahlkampf der chilenischen Christdemokraten 1966 kaum unterstützt und den Vietnamkrieg nur unzulänglich und unkritisch betrachtet zu haben (Vgl. Kadritzke: 41ff).

Abgesehen von politisch-ideologischen Aspekten der Entwicklungspolitik ist jedoch zu betonen, daß die SPD in den Jahren nach 1969 unter anderem länderbezogene Hilfsprojekte und stärkere bildungspolitische Maßnahmen durchsetzte. Außerdem lag ein Schwerpunkt darauf, die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Länder in der Dritten Welt, zum Beispiel durch Schaffung von Arbeitsplätzen, zu unterstützen. Im Rahmen der „Hilfe zur Selbsthilfe“ vergab die Bundesrepublik auf bilateraler Ebene Hilfe für bestimmte Länder und wirkte an entsprechenden Programmen innerhalb der EG, der UNO sowie deren Unterorganisationen mit. Des weiteren wurde, angesichts des Nord-Süd-Konflikts, Dritte-Welt-Politik zunehmend auch als Friedenspolitik aufgefaßt. Zusammenfassend kann man sagen, daß die außenpolitische Situation schließlich auch die SPD dazu veranlaßt hatte, die Arbeiterschaft über die Grenzen Deutschlands hinaus in eine sozialdemokratische Entwicklungspolitik einzubinden.

Literaturverzeichnis

KADRITZKE, Niels: Die SPD, Vietnam und die Dritte Welt, in: Ehrler S. u.a.: Sozialdemokratie und Sozialismus heute, Köln 1968

MANSFELD, Alfred (Hrsg.): Sozialdemokratie und Kolonien. Mit Beiträgen von Eduard Bernstein, u.a., Münster 1987

PAECH, Norman: Gewerkschaften und Entwicklungspolitik, in: 3. Welt Magazin, 1976, Nr. 5–7, S. 12–15

¹ Hier stellt sich die Frage inwieweit sich dieses Denken grundsätzlich von den in den Jahren zuvor verfolgten Vorstellungen unterscheidet. Wenn unter der Hallstein-Doktrin Entwicklungshilfe von der anti-kommunistischen Politik und der deutschen Frage geprägt war, so lagen dem doch Konzepte zugrunde, die aus der damaligen Sicht politische Notwendigkeiten waren. Insofern könnte man auch sagen, daß die SPD die politischen Notwendigkeiten lediglich neu formuliert hatte.

SCHULZ, Gerhard: Die deutsche Sozialdemokratie und die Idee des internationalen Ausgleichs, in: ... Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergsträsser, Düsseldorf 1954, S. 89–116

SEIDELMANN, Reimund: Imperialismus und Dritte Welt, in: Miller, S.; Meyer T.; Rohlfes, J. (Hrsg.): Lern- und Arbeitsbuch Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Darstellung – Chronologie – Dokumente, Bd. 3, Bonn 1984

Helmut Schmidt: Denken in Strategien

Entwicklungs- und außenpolitische Positionen und Begriffe

von

C. R. KÖSTER

In den folgenden Ausführungen wird versucht, auf der Grundlage der von Helmut Schmidt publizierten Bücher eine Skizze seiner entwicklungs- und außenpolitischen Vorstellungen für die Jahre 1961-1986 zu zeichnen. Dabei gehe ich weitestgehend deskriptiv vor und werde nur vereinzelt eine Einordnung in die entwicklungstheoretischen Diskussionen des behandelten Zeitraumes vornehmen. Ich versuche, anhand der Analyse der Primärliteratur zu zeigen, daß H. Schmidts entwicklungspolitisches Denken im wesentlichen von vier Kategorien bestimmt ist: Militärstrategische Erwägungen, ökonomische Interessenpolitik, Lösung der Deutschen Frage (weitgehend eingebettet in militärstrategische Erwägungen) und antikommunistische Grundhaltung. Diese Elemente sind mal von größerer, mal von weniger großer Bedeutung, bleiben in allen Monographien aber deutlich erkennbar.

Zugrundegelegt wurden alle bis 1986 von Schmidt publizierten Titel. Bei der Inhaltsanalyse vernachlässige ich bewußt die literarische Vielfältigkeit der Publikationen, die von Reden über politisch-theoretische Schriften bis hin zu essayistischen Vorträgen reicht. Trotz aller methodologischen und methodischen Einwände, die sich gegen mein Vorgehen erheben lassen, erhält man doch einen leidlich guten Überblick zum entwicklungs- und außenpolitischen Denken Schmidts. Für die weitere Auseinandersetzung mit diesem Thema mag die hier sehr grobschlächtig geschlagene Schneise allenfalls eine erste Orientierungshilfe sein. Sie erhebt weder den Anspruch, Schmidts entwicklungs- und außenpolitisches Denken umfassend zu würdigen, noch dieses zu einem kohärenten Denkgebäude zusammenzufügen. Alles hier Dargestellte ist im wahrsten Sinne des Wortes rudimentär – gleichwohl oder gerade deshalb kann es heuristisch hilfreich werden.

Denken in Militärstrategien

H. Schmidt befaßt sich bereits in seinem ersten Buch, „Verteidigung oder Vergeltung“ (1961) mit der Problematik der nach dem Zweiten Weltkrieg sich herausbildenden sogenannte „Dritten Welt“. Der Schwerpunkt liegt zwar auf dem ausloten der (deutschen) Handlungsmöglichkeiten im Ost-West-Konflikt. Gerade in diesem Zusammenhang versucht Schmidt jedoch, eine entwicklungspolitisch bedeutsame Strategie für Stabilität einerseits, dauerhaften

Frieden andererseits zu entwickeln. Er kennt die Bedeutung der Entwicklungsländer für den Frieden (auch) in Europa und resümiert gegen Ende des Buches kritisch: „Bei Stabilisierung des militärischen Gleichgewichts in Europa wird die Gefahr aus dem Osten in Zukunft nicht entscheidend in der militärischen Bedrohung liegen. Die Gefahr liegt auch nicht im naturwissenschaftlichen, technischen oder ökonomischen Wettbewerb um höhere Produktion und höheren Lebensstandard; sie liegt schon eher im Wettbewerb um den Einfluß auf die Entwicklungsländer“ (1961: 249). Später wird besagter Wettkampf rhetorisch ent-ideologisiert, wenn H. Schmidt schreibt, daß die Blockfreiheit oder das non-alignment der Staaten der Dritten Welt ein entscheidender Faktor der Stabilität und des Friedens der ganzen Welt geworden sei. (vgl. 1983: 107) Deutlich erkennbar hat Schmidt damit zumindest auf der sprachlichen Ebene den imperialistischen Anspruch, der sich in der „Brückenkopf-Rhetorik“ entlud, aufgegeben. Blockfreiheit und Selbstbestimmung der Entwicklungsländer waren für ihn indes – das wird das weitere Vorgehen zeigen – gleichbedeutend mit einer hohen Affinität zum demokratisch-marktwirtschaftlichen Westen.

Berücksichtigt man darüber hinaus die historischen Begebenheiten – sprich den auftauenden Kalten Krieg sowie die absolute Dominanz des Ost-West-Konfliktes für nahezu alle außenpolitischen und auch viele innenpolitischen Entscheidungen – als auch die Tatsache, daß die sogenannte „Dritte Welt“ weder Objekt altruistischen noch egoistischen Handelns der damaligen Zeit war – man sorgte sich nicht um „die armen Menschen“, noch galt deren Armut als Bedrohung für die eigene Sicherheit -, so überrascht eine derartige Analyse durchaus: H. Schmidt erkannte bereits sehr früh die Bedeutung der Entwicklungsländer – interessant ist und bleibt, welche Bedeutung er ihnen zuschreibt: Es war eine eindeutig militärstrategische!

Das wird vielleicht deutlich in der Terminologie H. Schmidts, die in der „Strategie des Gleichgewichts“ (1969) ebenso wie in „Verteidigung oder Vergeltung“ eine recht bellizistische, in jedem Fall dem Militärjargon entlehnte ist. Die Entwicklungsländer galten Schmidt als sicherheitspolitische und militärstrategische Herausforderung. Zum einen stützen die genannten Titel diese Einschätzung, andererseits lassen auch die Kontexte, in die der Hamburger Kaufmannssohn die sogenannte „Dritte Welt“ einbettet, diesen Schluß zu. So wird Entwicklungspolitik stets im Zusammenhang mit einer umfassenden Friedens-, d.h. Militär- und Rüstungspolitik erwähnt. Begriffe wie „Strategie“ und „Militär“ tauchen immer wieder auf – ebenso die später bedeutsamer werdenden Termini „Interesse“, „Motiv“ und „Gegenseitigkeit“. Bereits in der Einleitung heißt es: „Dieses Buch dient der Klärung und dem Durchsichtigmachen des Spielraumes der deutschen Politik. (..) Der Hauptgegenstand ist das Netz der Interessen, Motive und Strategien anderer Staaten und die von daher wirksamen Grenzen und Möglichkeiten für unsere

eigene Friedenspolitik.“ (1969: 9; Herv. C.R.K.) Es ist nüchternes, realistisches Kalkül, daß Schmidts Überlegungen leitet. Entwicklungspolitik und Außenpolitik können deshalb als Kehrseiten derselben Medaille betrachtet werden.

Deutlich wird auch, daß Außenpolitik zu diesem Zeitpunkt im Sinne eines „Konzerts der Mächte“ verstanden wird; sie will allerdings den reformerischen Charakter der nachfolgenden Ära Brandt nicht abgeschüttelt wissen: „Seit zwölf Jahren bin ich parlamentarisch und publizistisch für gleichgewichtigen Abbau der militärischen Kräfte in Ost- und Westeuropa eingetreten – jetzt zum ersten Mal ist dieses Ziel wesentlicher Teil der deutschen Außenpolitik“ (1969: 13f) Man wird sich vielleicht immer noch fragen, was das alles mit der sogenannten „Dritten Welt“ zu tun hat. Um diesen Zusammenhang noch stärker explizit zu machen, können vielleicht noch einige weitere Erklärungen zur Einschätzung der politischen Weltlage durch H. Schmidt angefügt werden. Er diskutiert bspw. die Auflösung der Militärblöcke und meint abschließend: „Eher wahrscheinlich wäre eine Beibehaltung der beiden Militärpakte, die durch gemeinsam akzeptierte Verpflichtungen zum Nichtangriff, zur Rüstungsbegrenzung und deren Kontrolle überwölbt würde.“ (1969: 247) Bereits früher resümierte Schmidt, daß solche Art von Friedens- und Ostpolitik den Sozialdemokraten viel Zustimmung eingebracht habe: „im Westen wie in der Dritten Welt, aber auch im Osten.“ Der Zusammenhang zur Entwicklungspolitik war für Schmidt dadurch gegeben, daß er Stabilität, Sicherheit und Frieden in Europa als ein Anliegen behandelte, daß nicht nur die Europäer haben, sondern daß auch die sogenannte „Dritte Welt“ teilt. Stets waren die ärmeren Länder nämlich die Leidtragenden, wenn die Industriestaaten Europas einen Krieg vom Zaune brachen. Deutsche Außenpolitik und Entwicklungspolitik bedingen sich in den Augen Schmidts; entsprechend lassen sich für ihn die beiderseitigen Interessen gut koordinieren. H. Schmidt verbindet also seine sicherheits- und deutschlandpolitischen Vorstellungen stets nicht allein mit der Ost-West-Frage, sondern er macht sie – nach wie vor zunächst im Duktus von „Verteidigung oder Vergeltung“ – beständig abhängig von den Entscheidungen die sogenannte „Dritte Welt“ betreffend. Damit nahm er die sogenannte „Dritte Welt“ als politischen Partner mit eigenen Interessen ernst.

Umgekehrt implizieren die zu den Entwicklungsländern gemachten Äußerungen gleichermaßen sicherheitsstrategische und deutschlandpolitische Interessen, so daß ich – wie einleitend bereits angedeutet – die Hypothese aufstellen möchte, daß Schmidts Äußerungen den Frieden in Europa und die Einheit Deutschlands betreffend stets auch die sogenannte „Dritte Welt“ mitdenken und daß andererseits hinter der Unterstützung von deren Anliegen immer manifeste „eigene“ Interessen stehen. Deutlich wird diese Sichtweise am Beispiel der Beurteilung der Situation Lateinamerikas. 1969 schreibt H. Schmidt: „Seit Kennedy wird in den USA zunehmend verstanden, daß die bisherige Orientierung der Lateinamerika- und der Kanadapolitik an den

Interessen großer US-amerikanischer Kapitalgesellschaften abträglich war – sie ist weitgehend zurückgedämmt worden. (..) Wahrscheinlich werden auch in Zukunft in Lateinamerika die Revolutionen kommen und gehen; wahrscheinlich wird Lateinamerika trotzdem vorerst ein Kontinent von relativer Ungefährlichkeit für den Frieden der USA bleiben.“ (1969: 201) Fast 20 Jahre später wird diese Aussage vollkommen anders auf den Punkt gebracht werden: man dürfe nicht aus den Augen verlieren, daß die USA gerade in dieser Region ein geopolitisches Interesse habe – es gelte ja, den sich Domino-mäßig verbreitenden Kommunismus einzudämmen (vgl. 1986: 107).

Die Bedeutung der Entwicklungshilfe für die eigene „Sicherheitspolitik“ erkennend resümiert H. Schmidt dann: „Die aktive Teilnahme der Bundesrepublik an der gemeinsamen Entwicklungshilfe der Industriestaaten ist ein unverzichtbarer Beitrag zum Frieden und ein Bestandteil unserer Friedenspolitik.“ (1969: 241) (Euphemistisch verklausulierte) utilitaristische und (offen formulierte) militärstrategische Erwägungen für die Entwicklungspolitik H. Schmidts anzunehmen erscheint somit plausibel, den Konnex zur Deutschlandpolitik stellt er beständig selber her: „Im Interesse unserer eigenen Sicherheit wie auch unserer Deutschlandpolitik wäre dies Modell im Prinzip durchaus akzeptabel (..). Es ließe die deutsche Frage für zukünftige Entwicklungen offen.“ (1969: 247)

Bei allem zu recht angenommenen Realismus erweist sich die Annahme, H. Schmidt sei ein verkappter westlicher War-Lord, als überzogen und grundlegend falsch. In „Pflicht zur Menschlichkeit“ (1981) wird die These von der Reduzierung der Rüstungsausgaben zur Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards (auch der sogenannte „Dritten Welt“) wiederholt formuliert. Schmidt weist darauf hin, daß „das Mißverhältnis zwischen den Aufwendungen für militärische Zwecke auf der einen und für Zwecke der landwirtschaftlichen, infrastrukturellen und industriellen Entwicklung der großen Mehrzahl der Staaten der Welt auf der anderen Seite“, daß Waffenlieferungen „keinen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung ersetzen“ (1981b: 22f.) könnten. Darüber hinaus trage die allgemeine Rüstungspolitik und vor allem der Export zur erheblichen Destabilisierung der globalpolitischen Lage bei: „Das Ausmaß des Transfers von Waffen ist zu einem internationalen Problem ersten Ranges geworden.“ (1981b: 23)

Antikommunistische Grundhaltung

H. Schmidt antizipierte in seinen militärpolitischen Erwägungen oftmals nicht die späteren Schuldenkrisen oder die Bedrohung der Wohlstandsfestung Europa durch Massenmigrationen in den reichen Westen, sondern zielte mit seinen z.T. apodiktischen, z.T. scheinbar beziehungslos nebeneinander stehenden explizit entwicklungspolitischen Bemerkungen auf die Vorstellung, daß die Entwicklungsländer als ideologische Brückenköpfe an der Front zum

Eisernen Vorhang fungieren sollten. Dabei ging es ihm weniger um ein weiteres Vordringen der Liberaldemokratien als vielmehr um ein entschiedenes Zurückdrängen des Kommunismus. Dazu habe man sich der Entwicklungsländer zu bedienen, die andernfalls „den Russen“ in die Hände fielen, die UdSSR somit ihren Machtbereich beständig erweitern könnte. In eben dem unterstellten Imperialismus eines ideologisch expandierenden und territorial arrondierenden Kommunismus sowjetischer Provenienz sah der spätere Verteidigungsminister der BRD dann die Bedrohung für die „freie Welt“.

Am Beispiel der Formulierung geopolitischer Interessen der USA in Lateinamerika vor und nach der Kubakrise (vgl. 1961: 120; 1986: 107) wird das deutlich und mit Blick auf die Landkarte erklärt, wie eben die unterschiedlichen Einschätzungen zu begründen sind: in Lateinamerika war 1961 die Gefahr der sowjetischen Okkupation relativ gering, insofern konnte der Subkontinent die globale (= westlich-amerikanische) Stabilität nicht nachhaltig gefährden. Nach der Kubakrise muß eine derartige Ansicht verständlicherweise grundlegend revidiert werden. Daß die ideologiestrategischen Überlegungen nicht unterstellt, sondern von Schmidt selbst konzipiert wurden, belegt die Tatsache, wie er die Entwicklungsländer einschätzte. Sie sind brauchbar, „um hier für spätere Phasen gewissermaßen ideologische Brückenköpfe zu schaffen“ (1969: 120).

Interessant wird das, wenn H. Schmidt später versucht (z.B.: 1969: 242), vor einem imperialistisch anmutendem Kultur- und Ideologieexport zu warnen, andererseits möchte er aber „den Sowjets“ nicht die kulturelle Hegemonie überlassen. So heißt es einerseits, daß es ein Verdienst sei, „daß wir verstanden haben, den Entwicklungsländern gegenüber jegliche überhebliche Besserwisserei zu vermeiden und statt dessen (..) uns auf den einzig angemessenen Standpunkt gleichberechtigter Partnerschaft und Nichteinmischung gestellt haben.“ (1969: 241) Eben vor Einmischungen und damit „Rückfällen in Wilhelminische Attitüden“ (1969: 241) sei zu warnen, „bei der Pflege unserer außenpolitischen Beziehungen dürfen wir unsere eigenen innenpolitischen und sittlichen Maßstäbe nicht zum Kriterium der Behandlung fremder Staaten machen.“ (1969: 242) Zwar gebe es Ausnahmen (1969: 243), allerdings sollten diese auch Ausnahmen bleiben. Zu problematisieren wäre nun, ob in der internationalen Politik tatsächlich mit der naiven Vorstellung argumentiert werden kann, daß man zwar Handel mit einem Land treibe, dies aber keine (innen-)politischen Konsequenzen habe. Letztlich macht auch Schmidt das nicht – andernfalls wäre die Rede von den ideologischen Brückenköpfen oder die Sorge davor, den „Russen“ das Feld zu überlassen, höchst überflüssig.

Gänzlich andere Töne schlägt H. Schmidt auch als Bundeskanzler nicht an, allein: die Mittel und Institutionen, derer er sich nunmehr für antikommunistische Positionen bedient, sind andere. Nach wie vor heißt es – mit einem Auge auf den aggressiven Kommunismus schielend: „Für mich ist die

Erhaltung des Friedens stets die größte Herausforderung an alle gewesen.“ (1979: Vorwort o.S) Und wieder wird vor dem Hintergrund der Friedenssicherung die Entwicklungspolitik diskutiert. Schmidt hebt auf die Bedeutung der Kirchen für diese ab (vgl. a. 1986) und versucht in diesem Zusammenhang, ein differenzierteres Bild der sogenannten „Dritten Welt“ zu zeichnen: „Ich unterstreiche sehr, daß die COMECON-Länder bei der Bewältigung der Probleme der großen Gruppe der 120 Entwicklungsländer der Welt fast überhaupt keinen Beitrag leisten, abgesehen von Unteroffizieren, Generalen, Flugzeugen und Panzern, die sie ihnen neben Ideologie und Überschriften zur Verfügung stellen. (..) Das ist das Gegenteil von sozialistischer Solidarität.“ (1979: 138)

Es ist dann verständlich, wenn H. Schmidt die bedrohte Blockfreiheit der Entwicklungsländer (die für ihn eindeutig eine Nähe zu den westlichen Liberaldemokratien bedeutet) nicht klaglos hinnehmen möchte. In dieser sieht er einen bedeutsamen Stabilitätsfaktor der gesamten Nord-Süd-Politik (und damit auch der europäischen Friedenspolitik). In moderaten, doch gleichermaßen kategorischen Worten formuliert er das wie folgt: „Deshalb respektieren wir nicht nur die Blockfreiheit der Staaten der Dritten Welt, sondern wir suchen geradezu durch unsere Entwicklungspolitik diese Blockfreiheit aktiv zu fördern und zu sichern. (..) Denn wir erkennen in der Blockfreiheit einen wichtigen Stabilitätsfaktor für die Welt und damit einen Beitrag zum Weltfrieden.“ (1983: 337)

Entwicklungspolitik auf Gegenseitigkeit

Man mag glauben, daß H. Schmidt Entwicklungspolitik auch jenseits rein militärischer/ friedenssichernder Vorstellungen und antikommunistischer Maximen für möglich und nötig erachtete und dazu Aussagen wie die folgende als Beleg heranziehen: „Zu den beunruhigenden Perspektiven der «technotrischen Gesellschaften» (..) gehört ihr immer größer werdendes Gefälle gegenüber den Entwicklungsländern der südlichen Hemisphäre.“ (1969: 239) Altruistische Momente werden aber wenige Seiten weiter relativiert durch das Benennen von eigenen wirtschaftlichen Interessen. Diese wiederum sind Bestandteil einer umfassenden Außenwirtschaftspolitik. Und: „In jedem Falle ist klar, daß unsere Außenwirtschafts- und Außenwährungspolitik eines der wichtigsten Instrumente deutscher Außenpolitik geworden ist.“ (1969: 239) Für die Entwicklungsländer noch deutlicher: „Auf dem Felde der Entwicklungshilfe ist dies schon sehr viel klarer begriffen worden als auf dem Felde der Außenwährungspolitik.“ Die militärstrategische und antikommunistische Dimension wird hier um die der wirtschaftlichen Interessenpolitik bereichert. Dabei gesteht H. Schmidt der sogenannten „Dritten Welt“ ein gewisses Maß an Eigenständigkeit zu, doch handelt es sich dabei wohl eher um einen argumentativen Rückzug, der sich besser mit Verweis auf materielle

(kapitale/strategische) und ideologische Interessen Deutschlands respektive der westlichen Welt erklären läßt, als daß Dependencia-Elemente ihren Niederschlag gefunden haben. Diese Haltung war politisch klug: Schmidt vermied es einerseits, sich dem Imperialismusverdacht auszusetzen. Andererseits konnte so – solchermaßen moralischer Bindungen enthoben – das Streben nach Profit im allseitigen Interesse, das Erreichen des größten Glücks der größten Zahl im Verfolgen der eigenen wirtschaftlichen Interessen gepredigt werden.

Keinesfalls im Widerspruch dazu steht der Aspekt des „Opfer-Bringens“. Schmidt betont immer wieder, daß die Industrieländer Opfer bringen würden, um der sogenannte „Dritten Welt“ zu helfen. Jede Hilfe sei ein Weniger an Wohlstand in der „Ersten Welt“ und erfordere deshalb die Bereitschaft zum Verzicht. Hintergrund dieses Insistierens auf derartigen Schlußfolgerungen ist nicht nur der Wunsch, moralinsauer geschwängelter Entwicklungspolitik pragmatisch die Flügel zu stützen, sondern auch das Verfolgen eigener nationaler Interessen zu legitimieren: „Es ist eine widersinnige Entwicklung, daß wir, die westlichen Industrieländer, die wir unseren Steuerzahlern, unseren Volkswirtschaften, unseren Einkommensbezieheren reale Opfer zugunsten der Entwicklungsländer zumuten, daß wir uns gefallen lassen, gleichzeitig an den Konferenztischen als kapitalistische Ausbeuter beschimpfen zu lassen und zuzusehen, wie die anderen dort die Meinungsmärkte und die militärischen Mittel unter ihre Kontrolle bringen.“ (1979: 138) Der Opferbegriff wird später noch deutlicher formuliert: „Ich sage Opfer, denn jede Art von Entwicklungshilfe bedeutet jedenfalls zunächst einmal Einbußen an Realeinkommen. Ob es dann später Returns gibt und in welcher Höhe, bleibt abzuwarten.“ (1979: 140) Neben der erneuten sicherheitspolitischen Komponente spielt hier vor allem ein zweiter entscheidender Aspekt für die entwicklungspolitischen Vorstellungen eine Rolle: der wirtschaftliche Eigennutzen. H. Schmidt greift erklärend auf eine Metapher zurück: „Solidarität kann auch für uns keine Einbahnstraße sein, die bedarf des Verkehrs in beiden Richtungen. Wenn wir was zu geben haben, können wir auch etwas verlangen.“ (1979: 139)

Dieser wirtschaftspolitisch inspirierte Duktus führt soweit, daß sich der Kanzler bereits Gedanken über die erfolgreiche Entwicklungshilfe macht: „Diejenigen, die mit Recht mehr Hilfe für Entwicklungsländer verlangen, müssen wissen, das heißt gleichzeitig: wesentliche Umstrukturierung unserer eigenen Industrien; denn die Investitionen in der Dritten Welt, soweit sie zur Industrieproduktion führen, ergeben auf den Weltmärkten billigere Angebote, als wir sie selbst ermöglichen können.“ (1979: 141)

Später baut Schmidt diese Analyse noch aus. Er schreibt: „Wir vermögen die Grundrichtung zwar dem Sinne nach zu erkennen, z.B. arbeitsintensive Produktionen in der Dritten Welt, kapitalintensive Produktionen in den westlichen Industrieländern. Und es ist auch zu erkennen, daß damit eine

Verlagerung von Arbeitsplätzen einhergeht, mindestens aber eine Veränderung von Arbeitsplätzen, und daß damit einhergehen wird eine Zunahme weltweiter Konkurrenz um Arbeitsplätze, besonders zwischen den Entwicklungsländern und uns.“ (1979: 247) Beständig wird das eigene Interesse an Entwicklungspolitik wiederholt: „Mein Land wird auch in Zukunft das Ausmaß seiner Entwicklungshilfe steigern. Ich ziehe allerdings vor, statt von „Hilfe“ von „wirtschaftlicher Kooperation“ zu reden. Wir sind nämlich gegenseitig aufeinander angewiesen. Deshalb erwarten wir, daß Solidarität vergolten wird mit Solidarität.“ (1981b: 24) Dabei hebt der Kanzler erneut die vermeintliche weltanschauliche Neutralität der geleisteten Hilfe hervor: „Wer sich um den Frieden in dieser Welt sorgt, der muß darauf verzichten, eigene politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen der Dritten Welt aufzuzwingen. Die Staaten der Dritten Welt haben Anspruch auf Vielfalt, Anspruch auf innere und äußere Selbstbestimmung, Anspruch auf die Freiheit von Vorherrschaft.“ (1981c: 34)

Schmidt'sche Problemlösungsvorschläge

Veranlaßt durch die in „Der Kurs heißt Frieden“ bereits angeschnittenen Probleme der Energieversorgung und der Überbevölkerung (vgl. 1981d: 62) sieht sich Schmidt zu einer differenzierenden Sichtweise veranlaßt, die nicht frei ist von Selbstanklage: „Es drängt sich die Frage auf: Muß man nicht etwas gegen diese Bevölkerungsexplosion tun? Darf man das, und was darf man? Das sind nicht nur sozial-ökonomische Fragen, sondern auch schwerwiegende moralische Fragen. An diesen Fragen mogeln sich fast alle vorbei. Die Kirchen auch. Wir auch.“ (1981d: 62) Ähnlich abwägend und kritisch ist dann auch die Analyse der Auswirkungen des Ölexportes in die Staaten der sogenannten „Dritten Welt“.

Schmidt legt an dieser Stelle erstmalig eine in einen weiteren theoretischen Gesamtzusammenhang zu verortende Problemlösungsstrategie vor. Er bekennt sich zu neoliberalen und modernisierungstheoretischen Konzeptionen. Frank und frei, den Kritikern auch in den eigenen Reihen trotzend, bekennt er: „Wenn wir mehr Entwicklungshilfe leisten wollen, dann brauchen wir eigenes Wirtschaftswachstum. Wenn wir den Entwicklungsländern mehr abkaufen wollen, dann brauchen wir mehr Wirtschaftswachstum bei uns selbst.“ (1981d: 64) Argumentativ schwach bleiben Forderungen nach mehr Transparenz der Ölmärkte, einer Weiterentwicklung der Lomé-Abkommen und die Unterstützung der Forderungen der Brandt-Kommission (Nord-Süd-Dialog). Intensiver wird das Energie-/Ölproblem der sogenannten „Dritten Welt“ diskutiert. (vgl. 1981e)

Und auch in „Freiheit verantworten“ (1983) beginnt H. Schmidt mit stark generalisierenden Aussagen. Er wiederholt die These, daß „der Frieden nicht nur eine Ost-West-, sondern auch eine Nord-Süd-Dimension“ habe und wir

deswegen „trotz unserer eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Wohlergehen der Entwicklungsländer“ beitragen. (1981: 31, ähnlich: 336) Diese Einschätzung geht einher mit der lapidaren Feststellung: „Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben die Situation der Entwicklungsländer im vergangenen Jahrzehnt sehr verschlechtert.“ (1983: 27) Der – mittlerweile nicht mehr amtierende – Bundeskanzler erwirbt sich in diesem Zusammenhang indes erstmalig das Verdienst einer umfassenden Analyse einzelner Entwicklungsländer zur Fundamentierung seiner Aussage: So werden am Beispiel Brasiliens, Kenias und Bangladeschs die Situationen einiger Staaten exemplarisch problematisiert und die Kernursachen in der Rezession der Industrieländer sowie dem damit einhergehenden Nachlassen des Exportwachstums der Entwicklungsländer als auch der Stagnation günstiger Finanzierungsmittel verortet (vgl. 1983: 28). Dem sei zu begegnen mit „strukturelle[r] Anpassung durch Förderung der privaten und öffentlichen Investitionstätigkeit“ (1983: 32) sowie einer Stärkung des Internationalen Währungsfonds (1983: 36). Allerdings dürfe letzterer nicht zum Instrument der Entwicklungshilfe umgestaltet werden, da es stets noch die Weltbank gebe. „Beide Institutionen können aber in ihrem Verhalten nicht von den Schuldnern beherrscht werden, sonst wäre weitere Weltinflation die unausweichliche Folge.“ (1983: 37) Und auch in Sachen Investitionspolitik mahnt Schmidt zu Besonnenheit: „Ideologisch überzogene Argumentationsketten der Angebotspolitik oder des Monetarismus sind gegenwärtig ebensowenig hilfreich wie überzogener Keynesianismus.“ (1983: 33) Letztlich habe nicht zuletzt der Nord-Süd-Dialog gezeigt, daß Finanzmittel allein keine Wende herbeiführen könnten – so wichtig sie auch seien. (vgl. 1983: 180)

Neben den globalstrukturellen Defiziten diagnostiziert H. Schmidt zugleich die binnengesellschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer. So sei das schnelle Wachstum der Weltbevölkerung national zu lösen, andernfalls seien fatale Folgen für die Weltgesellschaft zu befürchten. Treffend beschreibt der ehemalige Bundeskanzler dann den Teufelskreis aus Arbeit, Analphabetentum (= Bildung, vor allem bei Frauen) und Armut. Schließlich gilt: „Jede Hilfe, der akuten Hungersnot zu begegnen, wird so lange in einem Faß ohne Boden versickern, wie es nicht gelingt, der explosiven Zunahme der Bevölkerung in der Dritten Welt zu begegnen.“ (1983: 180) Heftige Kritik gelte es in diesem Zusammenhang an der bisherigen Projektpolitik zu üben: „Ein Satiriker hat folgende Entwicklungsstufen eines Projektes in sechs Stufen [sic!] gekennzeichnet: 1. Begeisterung, 2. Zweifel, 3. Panik, 4. Suche nach den Schuldigen, 5. Bestrafung der Unschuldigen und 6. Belohnung der Nichtbeteiligten.“ (1983: 32) Bei gleichzeitiger Betonung der „eigenen langfristigen Interessen der Industriestaaten“ (1983: 38, u.a. 131) fordert Schmidt doch auch eine Haltung ein, in der beide Seiten – Entwicklungsländer und Industrienationen – glauben, voneinander lernen zu können: „Die Entwicklungsländer werden im Dialog lernen, daß ihre eigenen Anstrengungen konzeptionell besser fundiert werden müssen. Verbale Forderungen nach einer

„new economic world order“ bleiben ohne inhaltliche Konsequenzen. Die Industriestaaten werden zu lernen haben, daß die Eingliederung der Entwicklungsländer in die internationale Arbeitsteilung sehr große strukturwandelnde Anforderungen an die Industriestaaten, aber auch an die Sowjetunion stellt. (..) Die Verfolgung kurzfristiger, bei Vernachlässigung langfristiger Eigeninteressen ist für wahlabhängige demokratische Regierungen in gewisser Weise geradezu systemtypisch. Eine der Schattenseiten der Demokratie, die man klaglos hinnehmen muß.“ (1983: 38)

Bereits drei Jahre später äußert er sich in „Eine Strategie für den Westen“ (1986) distanzierend zu nationalstaatlichen Lösungsansätzen bei internationalen Problemen: Nationale Strategien seien in der heutigen Welt „anachronistisch“ (1986: 11) In Anlehnung an B.H. Lidell Harts „Grand Strategy“ hat das für Schmidt zugleich weitreichende innenpolitische Wirkung, denn Außenpolitik, Wirtschaftspolitik und Militärstrategie, „alle drei [müssen schließlich] in ein und demselben Rahmen operieren“ (1986: 14) Immer noch ist das militärstrategische Denken des ehemaligen Kanzlers klar erkennbar. So heißt es in der Beurteilung innenpolitischer Vorgänge: „Ich gehöre nicht zur >>Friedensbewegung<< und habe auch keine besondere Sympathie dafür, aber ich kann gut verstehen, warum diese Menschen ernste Befürchtungen haben. Es gibt kein anderes Land auf der Welt, das eine derartige militärische Konzentration durch sieben Nationen auf seinem Boden erträgt – und alles unter ausländischem Oberbefehl.“ (1986: 33) Die Einbindung in die EG sieht er dabei als Mittel zum Zweck, diesen Zustand aufzuheben – und dabei spielt auch die sogenannte „Dritte Welt“ eine Rolle: Deutsche Souveränität erachtet Schmidt nur im Rahmen europäischer Wirtschaftsintegration für möglich, diese wiederum ist auf Exporte in Entwicklungs- und Krisengebiete angewiesen: „Die enorme Stahlnachfrage, die wir während des Vietnam-Krieges hatten, wird nicht wiederkehren. Auch nicht die extrem hohe Nachfrage nach Schiffen und Schiffsraum, die während des Vietnam-Krieges und den heftigen Konflikten von 1967 und 1973 zwischen Israel und seinen Nachbarn bestand.“ (1986: 67f) Helmut Schmidt erkennt auch die Tendenz zur Oligarchisierung und Deprivation in sich entwickelnden Nationen, einen Konnex zur europäischen Interessenpolitik expliziert er hingegen nicht: „Schon heute hat Lateinamerika (..) die größte Konzentration von Menschen, die ein und dieselbe europäische Sprache sprechen. (..) Obwohl die meisten dieser Länder Anfang des letzten Jahrhunderts durch den >>Libertador<< Simon Bolivar und andere nationale Führer vom europäischen Kolonialimperialismus befreit wurden, sind sie dennoch seit mehreren Generationen unter die Klassenherrschaft kleiner Oligarchien geraten.“ (1986: 92) Statt dessen wird auf den Aspekt hingewiesen, daß – sofern Befreiungsbewegungen aufkamen – „Diktaturen oder Militärregime eingerichtet [wurden], um das Land ruhig zu halten und die Wirtschaft reibungslos weiterlaufen zu lassen. (..) Diese Situation paßt den Handelspartnern Lateinamerikas in Europa und Nordamerika gut.“ (1986: 93) Es verwundert angesichts der bisher geäußerten Ansichten nicht, daß auch an dieser Stelle

militärpolitische Erwägungen das Fazit bilden: „Die durchgehende Instabilität dieser Region hat zweifellos weltweite strategische Implikationen.“ (1986: 93) Entsprechend werden als Desiderata formuliert: „Aber bisher hat weder der Westen insgesamt, noch haben die Vereinigten Staaten eine Gesamtstrategie für Lateinamerika entwickelt – eine Strategie, die vorrangig den Lateinamerikanern helfen muß, sich über ihr eigenes Schicksal im Rahmen ihres historischen Erbes, ihres religiösen Glaubens und ihres Wunsches nach Freiheit und wirtschaftlichem Wohlergehen klar zu werden und ihren eigenen Weg zu finden. Das zweitwichtigste Ziel einer solchen Gesamtstrategie sollte es sein, kohärente und sich erweiternde wirtschaftliche Verbindungen zwischen diesem großen Kontinent und der freien Weltwirtschaft insgesamt sicher zu stellen. (..) Und drittens ist eine Gesamtstrategie nötig, die die Gefahr einer direkten oder verdeckten sowjetischen Intervention und damit die Gefahr eines Krieges beseitigt.“ (1986: 94) Immer noch auffällig ist die dem Militärjargon entlehnte Terminologie; sie macht zwei wesentliche Determinanten Schmidt'schen Denkens deutlich: die „kulturimperialistische“ Vorstellung, daß der Weg der sogenannten „Dritten Welt“ über die ausgetretenen Pfade der westlichen Konsuminseln laufen müsse (bei denen den Kirchen die Rolle des ideologischen Vorreiters zugewiesen wird, vgl. 1986: 111), und – fast erscheint es als noch viel bedeutsamer – die Einsicht in die strategische Notwendigkeit einer reibungslos ablaufenden kapitalistischen Weltwirtschaft. Diese Einschätzung wird wenige Zeilen später bestätigt, wenn Schmidt präzisiert: „Kurzfristig heißt das, Schritt für Schritt das gegenwärtige Schuldenproblem zu lösen und damit auch die Gefahren einzudämmen, die es für die Großbanken von der Wall Street, London und Frankfurt sowie schließlich für das gesamte Banken- und Kreditwesen birgt, von dem die freie Welt abhängt.“ (1986: 94)

Es würde nun lohnen, Schmidts Vorstellungen zum Finanzkapitalismus als Garanten individueller Freiheit zu erörtern. Das kann hier nicht geleistet werden; festgehalten werden kann indes, daß Schmidt die Ursachen der Misere der sogenannten „Dritten Welt“ zum einen in den Ölkrisen, andererseits in der Kreditpolitik der Industrieländer verortet und weiterhin die Abhängigkeit westlicher Banken von eben dieser Verschuldung expliziert: „Diese Entscheidung nützt auch einer Reihe von Banken in Frankfurt, London und besonders in New York City, die zusammenbrechen würden, wenn sie keine Zinszahlungen mehr erhielten.“ (1986: 98) Genau wie der Strukturanpassungspolitik der Weltbank geht es H. Schmidt mehr um die Aufrechterhaltung der Liquidität der Entwicklungsländer denn um das Schaffen der strukturellen Voraussetzungen zur autozentrierten Entwicklung. Zwar wird eingeräumt, daß die Kreditvergabe der Privatbanken „unverantwortlich“ sei, sie von den Zentralbanken, Bankaufsichtsbehörden, dem Internationalen Währungsfonds oder den Regierungen Westeuropas und Nordamerikas „nicht hinreichend klug kontrolliert“ (1986: 98) würde, doch: „Nimmt man alles zusammen, so waren es in erster Linie die fundamentale Weltwirtschaftskrise (...), die zu der exzessiven Verschuldung geführt haben. Das Ganze ist also nicht

ausschließlich auf die Fehler der Lateinamerikaner zurückzuführen. Es wäre unfair und zutiefst unklug, ihnen die Hauptlast des Problems aufbürden zu wollen.“ (1986: 100f) H. Schmidt an dieser Stelle einen gewissen Zynismus im entwicklungspolitischen Denken zu unterstellen, ist sicherlich nicht falsch: Nicht nur, daß die Weltwirtschaftskrise – wer gibt in der Weltwirtschaft den Ton an? an wessen Interessen orientieren sich globale Wirtschaftsabläufe? – als vom Himmel gefallene, unerklärliche „Strafe Gottes“ verstanden wird. Der Ex-Bundeskanzler gesteht menschliches Versagen ein – und er weist auch darauf hin, daß dieses nicht allein den in Überfluß schwelgenden, wirtschaftspolitisch verblödeten und ohne Rücksicht auf Verluste produzierenden Entwicklungsländern anzulasten sei, sondern zu einem kleinen Teil auch den unter den Weltwirtschaftskrisen enorm leidenden, den Bericht des Club of Rome unmittelbar beherzigenden, vor Altruismus berstenden und sich in devoter Bescheidenheit gerierenden Industrieländern zu danken sei. H. Schmidt verkehrt Opfer und Täter – aus dem angeklagten Westen wird einmal mehr der sich in Gutsherren-Manier großzügig gebärdende Sachwalter universalistischer Interessen, mehr noch, sein Verhalten gegenüber den Entwicklungsländer „erinnert mich an die alten Hebräer, die alle Sünden auf einen Ziegenbock abladen.“ (1986: 102) – um Schmidts Worte gegen ihn selbst zu wenden.

Die Lösungsvorschläge, die H. Schmidt im folgenden präsentiert, sind klassisch liberal, besser: modernisierungstheoretisch geprägt: „anhaltende Verbesserung ihrer Zahlungsbilanz mit einem erneuten Wirtschaftswachstum, (..) mehr direkte private Investitionen aus dem Ausland (..) und günstige Bedingungen zur Rückkehr des Fluchtkapitals“ (1986: 102) oder ein „allgemeines Abkommen zur Kreditvergabe“ (1986: 104) lauten die Formeln, mit denen die Lösung der Probleme der sogenannten „Dritten Welt“ beschworen wird. Sie sind die Reaktion auf die Erkenntnis, daß „die Gefahren in Mittelamerika nicht durch Machtpolitik oder militärische Macht gebannt werden. Statt dessen benötigen wir eine langfristige positive Wirtschaftsstrategie, um die bedrückende Situation der dortigen Bevölkerung zu verbessern.“ (1986: 109)

Helmut Schmidt, so könnte ein vorläufiges Fazit heißen, war stets darum bemüht, die Anliegen der Entwicklungsländer ernst zu nehmen. Er hatte zugleich niemals Skrupel, sie zur Verfolgung nationaler Interessen zu instrumentalisieren. Ein zum Teil anklingender Zynismus bei der Analyse von Entwicklungsproblemen ist sicherlich aus normativer Perspektive kritikwürdig; Schmidt hat umgekehrt aber nie einen Hehl daraus gemacht, daß er nicht aus Altruismus, sondern aus (nationalem) Eigennutz handelt. Seine Positionen waren deshalb kritikwürdig, unbequem, doch stets kalkulierbar und „ehrlich“. Er machte deutlich, was er bereit war zu geben und was er dafür haben wollte, verstand Politik als Geschäft des „quid pro quo“, des „do ut des“. Abschließend deshalb ein Zitat, daß komprimiert zum Ausdruck bringt, mit welchen Begriffen, in welchen Dimensionen und mit welchen Intentionen Schmidt

Entwicklungspolitik betrieb: „Ein gemeinsamer Marshallplan oder ein Reagan-Plan für Mittelamerika, finanziert von den vereinigten Staaten, Kanada und den Europäern, hätte auch den nützlichen Nebeneffekt, daß der stets vorhandene Verdacht der Lateinamerikaner beseitigt würde, die Vereinigten Staaten strebten aus reinem Eigennutz Macht und Herrschaft in der Region an.“ (1986: 110)

Literatur

SCHMIDT, Helmut 1961: Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der Nato. Stuttgart: Seewald.

SCHMIDT, Helmut 1979: Der Kurs heißt Frieden. Düsseldorf, Wien: Econ.

SCHMIDT, Helmut 1981: Pflicht zur Menschlichkeit. Beiträge zu Politik, Wirtschaft und Kultur. Düsseldorf, Wien: Econ.

SCHMIDT, Helmut 1981a: Vorwort. In: H. Schmidt, Pflicht zur Menschlichkeit. Beiträge zu Politik, Wirtschaft und Kultur. Düsseldorf, Wien: Econ. S. 7-8.

SCHMIDT, Helmut 1981b: Sicherheit und Berechenbarkeit. Rede auf der 10. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung am 25. Mai 1978 in New York. In: H. Schmidt, Pflicht zur Menschlichkeit. Beiträge zu Politik, Wirtschaft und Kultur. Düsseldorf, Wien: Econ. S. 9–26.

SCHMIDT, Helmut 1981c: Klarheit und Zuverlässigkeit. Tischrede bei einem Essen im Facettensaal des Moskauer Kreml am 30. Juni 1980 anlässlich des offiziellen Besuchs in der UdSSR, gegeben vom Präsidium des Obersten Sowjet und der Regierung der UdSSR. In: H. Schmidt, Pflicht zur Menschlichkeit. Beiträge zu Politik, Wirtschaft und Kultur. Düsseldorf, Wien: Econ. S. 30–39.

SCHMIDT, Helmut 1981d: Herausforderungen und Antworten. Rede auf dem Bundesparteitag der SPD am 4. Dezember 1979 im Congress-Centrum Berlin. In: H. Schmidt, Pflicht zur Menschlichkeit. Beiträge zu Politik, Wirtschaft und Kultur. Düsseldorf, Wien: Econ. S. 40–94.

SCHMIDT, Helmut 1981e: Energie sparen. Ansprache zur Eröffnung der 11. Weltenergiekonferenz am 8. September 1980 im Kongreßsaal des Deutschen Museums in München. In: H. Schmidt, Pflicht zur Menschlichkeit. Beiträge zu Politik, Wirtschaft und Kultur. Düsseldorf, Wien: Econ. S. 136–151.

SCHMIDT, Helmut 1983: Freiheit verantworten. Düsseldorf, Wien: Econ.

SCHMIDT, Helmut 1986: Eine Strategie für den Westen. Berlin: Siedler. (Übers. v. Hildegard Möller)

SCHMIDT, Helmut ⁶1981 (1969): Strategie des Gleichgewichts.
Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte. Stuttgart: Seewald.

Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Rolle Deutschlands im Internationalen Währungsfonds in der Zeit des Kabinetts Schmidt (1974-1982)

von

J. STEINMETZ

Dieser Artikel soll dazu beitragen, die deutsche Position im Internationalen Währungsfonds (IWF) hinsichtlich der Belange der Entwicklungsländer festzustellen. Dabei wird vorausgesetzt, daß der IWF entwicklungspolitisch relevante Entscheidungen getroffen hat, obwohl die originäre Aufgabe des Systems eher in der Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsprobleme der Mitgliedsländer liegt. Im zweiten Teil wird die deutsche Position im IWF im Hinblick auf die Zielkonformität mit den Grundsätzen und der Politik der Währungsinstitution untersucht.

Man kann mit Recht behaupten, daß der IWF seit dem ersten Ölpreisschock auch entwicklungspolitisch tätig ist. Die Erhöhung der Ölpreise brachte sowohl Industrieländer, als auch Entwicklungsländer in Zahlungsprobleme, wobei die Folgen jedoch unterschiedlich waren. Während der Großteil der industrialisierten Länder entweder mit ihren Reservetranchen beim IWF zur Behebung der Ungleichgewichte auskam, oder aber durch eine Ausweitung der Exporte die Bilanz auszugleichen in der Lage war, wurde für die Entwicklungsländer schnell deutlich, daß ihre Probleme so nicht lösbar waren. Das Zusammentreffen verschiedener ungünstiger Faktoren verursachte die sogenannte Verschuldungskrise, in deren Zusammenhang der IWF sowohl Sonderfazilitäten mit Währungskrediten zu „weichen“ Bedingungen einrichtete, als auch bei überschuldeten Ländern zu einem umfangreichen Schuldenmanagement überging.

Ohne ausführlich auf die Ursachen der Überschuldung eingehen zu wollen, seien jedoch exemplarisch einige mögliche genannt, die aus dem scheinbaren „Teufelskreis“ der Verschuldung hervorstechen. Die Notwendigkeit zur Kreditaufnahme im Ausland entsteht schon dann, wenn in der heimischen Volkswirtschaft eine „Sparlücke“ (vgl. auch Knall/Wagner: 1986, 149) auftaucht, d.h. wenn die Sparquote zu niedrig zur Deckung des Kapitalbedarfs für Investitionsvorhaben ist. Länder, die sich in Industrialisierungsprozessen befinden, benötigen Devisen für Investitionsgüter (wie z.B. Maschinen), welche wiederum Folgekosten (beispielsweise Ersatzteile) bedingen. Importe müssen in der Regel immer mit Devisen bezahlt werden. Wenn nun im Ausland aufgenommene Kredite auch für konsumptive Zwecke verwendet werden, und das Wachstumstempo der neuen Industrien überschätzt wurde, kommt es zu Liquiditätsengpässen. Diese können ganz allgemein auch dadurch entstehen, daß

die Fristigkeit der Rückzahlung von kurz- oder mittelfristigen Krediten nicht mit den Projektrenditen zusammenfallen muß; eine erneute Kreditaufnahme ist oft der einzige Weg, um den erreichten Standard zu sichern.

Neben diesen internen Ursachen sind vor allem externe Ursachen für das Anwachsen des Schuldenbergs verantwortlich zu machen. Nuscheler schätzt das Verhältnis von externen zu internen Ursachen auf etwa vier Fünftel zu einem Fünftel (Nuscheler 1996, 312). Neben dem oben schon erwähnten Ölpreisschock von 1973/74, der die Zahlungsbilanzen der ölimportierenden Entwicklungsländer heftiger strapazierte, als die der ebenfalls ölimportierenden Industrieländer, ist hier der weltweite Konjunkturabschwung ab 1975 zu nennen. Dieser bewirkte einerseits einen Nachfragerückgang, der auch die Exportgüter der Entwicklungsländer betraf, als auch eine Zunahme protektionistischer Maßnahmen seitens der Industrieländer, die heimische Industrien vor weiteren Einbußen durch Marktgewinne der Entwicklungsländer zu schützen trachteten. Als weitere Verschuldungsursache wird die Verschlechterung der „terms of trade“, also der realen Austauschbeziehungen zu Ungunsten des Südens angesehen; so stiegen die Preise für (hauptsächlich von den Industrieländern gehandelte) Fertigwaren auch aufgrund der Energieverteuerung stärker als die Preise für Halbwaren oder Rohstoffe (vgl. auch IWF 1979, 60). Sowohl interne, als auch externe Faktoren führten schließlich zu einer vermehrten Kreditaufnahme, wobei sich die Entwicklungsländer teilweise erheblich mit kurzfristigen und hochverzinsten Krediten von Privatbanken verschuldeten. Im Fortschreiten der Krise wurde deutlich, daß für den Großteil der Entwicklungsländer eine zusätzliche Aufnahme langfristiger Kredite zu „weichen“ Bedingungen bei anderen Staaten oder internationalen Organisationen wie dem IWF oder der Weltbankgruppe unausweichlich war (vgl. IWF 1980, 15).

Zusätzlich zum automatischen Ziehungsrecht eines jeden IWF-Mitgliedes in Höhe von 25 Prozent der Quote und den vier Kredittranchen von noch einmal jeweils 25 Prozent wurden nun verschiedene Fazilitäten geschaffen. Neben der 1974 eingeführten „Erweiterten Fondsfazilität“ mit mittelfristigen Laufzeiten bis zu zehn Jahren konnten zwei Kompensationsfazilitäten – zum Ausgleich von Exporterlösausfällen und von Getreideimportpreisschwankungen – in Anspruch genommen werden. Daneben wurde von 1974-76 eine „Ölfazilität“, zum Ausgleich der Zahlungsbilanzungleichgewichte aufgrund der gestiegenen Ölpreise eingerichtet, sowie die nach ihrem Initiator benannte „Witteveen-Fazilität“, die ab 1978 für Länder mit besonders großen Ungleichgewichten Kredite bereitstellen sollte. Im Gefolge des zweiten Ölpreisschocks 1980 wurde der „Erweiterte Zugang“ auf die Kredittranchen und die „Erweiterte Fazilität“ eingerichtet, der die Obergrenze für die Kreditaufnahmen erhöhte. Um auf die Möglichkeiten der Weltbank zur Vergabe „weicher“ Kredite einzugehen, sei kurz auf die Kredite der IDA (International Development Association) hingewiesen, die bei der Laufzeit von 50 Jahren sehr weiche Bedingungen

aufweisen. Im Oktober 1974 wurde zur engeren Kooperation von IWF und Weltbank der „Gemeinsame Ministerausschuß für den Transfer realer Ressourcen“ ins Leben gerufen. Auf eine Initiative dieses Ausschusses konnten in den Jahren 1976/77 Entwicklungsländer Kredite zu Bedingungen aufnehmen, die zwischen denen der IBRD (International Bank for Reconstruction and Development) und denen der IDA liegen (sogenannter „Dritter Schalter“ der Weltbank).

Die Inanspruchnahme der Kredite bei IWF und Weltbankgruppe ist in der Regel an wirtschaftspolitische Konditionen gebunden. Neben der Überbrückung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten wird also die Behebung struktureller Mängel der Volkswirtschaften beabsichtigt, die zu Defiziten in der Bilanz führen können oder den Ausgleich der Defizite behindern. Die Konditionen, die mit den Kreditbeträgen und dem Grad der Verschuldung zunehmen, sind als wirtschaftsliberal zu bezeichnen, und sind als solche schon oft das Ziel von Kritik nicht nur der Entwicklungsländer gewesen. Neben der Zurückführung öffentlicher Ausgaben zur Korrektur verzerrter Preisrelationen (was in der Regel die Einstellung staatlicher Transferzahlungen inklusive der Nahrungsmittelsubvention bedeutet) wird vor allem der Abbau von Handels- und Kapitalbeschränkungen von den Schuldnern erwartet. Neben Einwänden gegen die Konditionalität, die auf den Verlust der wirtschaftspolitischen Souveränität der Schuldner zielen, sind auch Einwände gegen die Folgen der Gesundungsprogramme für die sozial Schwächsten der betroffenen Länder hervorgebracht worden (IWF als „stummer Würger“ im Tagesanzeiger vom 17.8.1978).

Bonns Erwartungen an den IWF als internationale Organisation – zu den Zeiten Helmut Schmidts als auch heute noch – lassen sich gut unter dem Begriff des „Flurwächters der Stabilität“ fassen (geprägt wurde der Begriff von Karl Klasen, der damals Präsident der Deutschen Bundesbank war; in: Neue Zürcher Zeitung vom 24.4.1977, 11). Der deutsche Finanzminister Hans Apel scheint sich diese Aufgabendefinition zu eigen gemacht zu haben. Seine Position auf der Washingtoner Tagung des IWF im Jahre 1977 scheint vor allem von der Skepsis gegenüber unkontrollierter und übermäßiger Liquiditätsausweitung geprägt zu sein. So wird die Einrichtung der Witteveen-Fazilität – deren Mittel nur mit Auflagen zu bekommen sind – gutgeheißen, im Gegensatz zu Quotenerhöhungen der Mitglieder, die über stabilitätspolitisch als sinnvoll erachtete Grenzen hinausgehen. Der Neuverteilung von Sonderziehungsrechten nach entwicklungspolitischen Kriterien, so der automatische Überschreibung von Sonderziehungsrechten der Industrieländer an Entwicklungsländer als Transferleistungen (sog. „link“) steht Apel wegen der Verletzung des Prinzips der konditionalen Liquiditätsschaffung ablehnend gegenüber (vgl. NZZ, ebd.).

Grundsätzlich befürwortete der deutsche Finanzminister die Aufstockung der IWF-Mittel, sofern sie allerdings in einem Tempo erfolgte, das Inflationsgefahren gering hält. Die kategorische Ablehnung eines

Schuldenmoratoriums – wie von manchen überschuldeten Entwicklungsländern gefordert – ist jedoch auch ein Grund, die Notwendigkeit zu Mittelaufstockungen anzuerkennen: zur Vergabe neuer Kredite (vgl. Stuttgarter Zeitung, 22.4.1977). Finanzminister Apels Bewertung des Entwicklungsausschusses als Verbindungsstelle zwischen Weltbank und IWF ist als positiv einzuschätzen. Vor allem steht dabei die steigende Effektivität, die bei einer Zusammenarbeit der Expertenstäbe zu erwarten ist, im Vordergrund. Erneute Kreditvergaben oder Umschuldungsverhandlungen können – vor allem für die Kreditgeber – so auf eine sichere Datenlage gestellt werden (vgl. Handelsblatt vom 6.5.1977).

Detlev Rohwedder, im Jahre 1977 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, nennt die Kreditfazilitäten währungspolitische Instrumente, um Nachfrageschwankungen auszugleichen. Die Bundesrepublik hat sich laut Rohwedder „... bei den Entscheidungen über diese Verbesserungen aktiv an der Ausarbeitung vernünftiger Sachlösungen beteiligt“ (in: Forum SPD 1977, 101). Neben den Kreditfazilitäten, die nur kompensatorischen Charakter haben können, hebt er den Ausbau der Handelsbeziehungen mit den Entwicklungsländern hervor. Eine Einbindung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft scheint für ihn der einzig gangbare Weg, eine substitutive – statt der bisher vorwiegend komplementären – Arbeitsteilung zu erreichen. Als Resultat dieser neuen Arbeitsteilung verspricht er sich Wachstumssteigerungen, die er in wirtschaftsliberaler Tradition als Hauptvoraussetzung für Entwicklung ansieht. Denn: „Wachstum ist zwar nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts“ (ebd., 102). Auf der Währungskonferenz in Mexiko im Jahre 1978 betont Apels Nachfolger im Finanzministerium, Matthöfer, wieder den Standpunkt, daß Kreditmöglichkeiten nur mit wirtschaftspolitischen Auflagen zusammen vergeben werden sollten (in FAZ vom 5.5.1978, 3).

Vergleicht man diese „Ausschnitte“ der deutschen Position hinsichtlich der Kreditpolitik (die gleichwohl ein einheitliches Bild ergeben) mit den Grundsätzen des IWF bzw. seiner Politik bei der Kreditvergabe, so ist in wesentlichen Punkten eine Zielkonformität festzustellen. Diese besteht vor allem in der Übereinstimmung der wirtschaftspolitischen Grundsätze, die dem Wirtschaftsliberalismus entlehnt sind. Fehlentwicklungen der Weltwirtschaft werden als Folge von Angebots- und Nachfragestörungen angesehen. Die Therapie beinhaltet somit vor allem den Abbau von Marktregulierungen. Die Schaffung idealer Angebotsbedingungen (Investitionen von In- und Ausländern müssen sich lohnen) steht dabei im Vordergrund, die Nachfrageseite wird wegen des Inflationsverdachts, der der Nachfrageausweitung ohne ein Gegengewicht realer Güter anhängt, vernachlässigt. Die automatische Zuteilung von Sonderziehungsrechten der Industrieländer an die Entwicklungsländer als Entwicklungshilfetransfers (der sogenannte „link“) hat jedoch in diesem Konzept keinen Platz, da erstens das Prinzip der konditionalen Kreditgewährung

verletzt wird, und zweitens die Liquiditätsausweitung in der gewünschten Größenordnung wegen Inflationsverdachts unter den Bonner Bannfluch fallen.

Abschließend läßt sich festhalten, daß die Bonner Position im IWF nicht weiter auffällig ist. Die eher restriktive Politik des IWF, wenn es um die Schaffung neuer Liquidität geht, ist eventuell einem deutschen Einfluß zuzuschreiben. Allerdings kann man davon ausgehen, daß sich die Industrieländer sowieso nicht gegenseitig mit Mittelaufstockungen des IWF zugunsten der Entwicklungsländer – die ja auf ihre Kosten vorgenommen werden mußten – überboten haben. Darüber hinaus ist der IWF auch als eine untaugliche Institution zur Entwicklungshilfe anzusehen, da die Anforderungen an Entwicklungshilfe sowohl was den Umfang der Mittel, als auch die Kreditbedingungen (Zinsen und Laufzeiten) angeht, nicht gehalten werden können. Dem IWF kommt jedoch – gerade in der Phase der Überschuldung – die sogenannte „Katalysator-Funktion“ zu; Kreditwürdigkeit beim IWF wurde so zur Voraussetzung, um andere Kredite erlangen zu können (vgl. Hedström 1985, 90). Der (meistens eher geringe) Kredit vom IWF konnte also Kreditmöglichkeiten auf dem privaten Sektor eröffnen – vor allem wegen seiner wirtschaftspolitischen Konditionen, die auf Strukturveränderungen hinzielte.

Literatur:

FORUM SPD: Fachtagung „Entwicklungspolitik der SPD“ am 1. und 2. September in Wiesbaden. Herausgegeben vom Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Bonn

HEDSTRÖM, Hakan (1985): Die internationale Verschuldungskrise: Ursachen – Folgen – Lösungsansätze, Heidelberg:HVA

JAHRESBERICHTE des IWF: jährliche Publikation des IWF

KNALL, Bruno und Wagner, N. (1986): Entwicklungsländer und Weltwirtschaft, Darmstadt

NUSCHELER, Franz (1996): Lern – und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 4. aktualisierte Auflage, Bonn

SONDERDRUCKE der deutschen Bundesbank Nr. 3 (1986): Internationale Organisationen und Abkommen im Bereich von Währung und Wirtschaft

Weltwirtschaftskrisen und deutsche Außenhandelspolitik

Ursachen der Weltwirtschaftskrisen

Von J. BELLERS

Unmittelbarer Anlaß, wenn auch nur eine der Ursachen der sich bis in die Gegenwart (1988) hinziehenden krisenhaften, weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen und konjunkturellen Rezessionen seit Mitte der 70er Jahre waren die starken Erdölpreisteigerungen seit Oktober 1973 infolge des Nahost-Krieges zwischen den arabischen Staaten und Israel. Die Vereinigung der erdölproduzierenden Staaten, OPEC, versuchte hiermit, Israel und die weithin hinter Israel stehende westliche Welt in der Nahostproblematik zur Nachgiebigkeit zu zwingen. (vgl. Schmollinger/Müller 1980: 47)

Innerhalb eines Jahres stieg der Preis für eine Tonne Erdöl um 172 Prozent, d.h. von 82 auf 223 DM. Das Bruttosozialprodukt, das 1973 noch um 5 Prozent gewachsen war, stagnierte 1974 bei lediglich 0,4 Prozent und sank 1975 sogar um 3,4 Prozent. 1975 kletterte die Zahl der Arbeitslosen erstmals wieder über 1 Million, ohne daß die Inflationsrate (1974: 7,1 Prozent) wesentlich gesunken wäre.

Weitere Ursache der Krise waren die weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen, wie sie im letzten Kapitel geschildert wurden. Allgemein wandelten sich die Produktionsstrukturen: Bisherige Technologien veralteten und mußten ersetzt werden durch elektronisch gesteuerte, es gab eine neue Welle technologischer Innovationen, die eine Umstellung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen verlangte – mit Umstellungskosten, mit Friktionskosten, mit Kosten, die aus dem Konkurs von Betrieben und dem Absterben ganzer Branchen resultieren. Dazu kamen Sättigungstendenzen und Änderungen bei der Nachfrage in bestimmten Branchen (Textil, Bekleidung, Fahrzeugbau, Steine und Erden). (vgl. Adam 1977: 95)

Verschärft wurden die Probleme durch die demographische Entwicklung, in der Mitte der 70er Jahre drängten die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit auf den Arbeitsmarkt.

Allgemein machte die wachsende Konzentration in der Wirtschaft, aber auch die zunehmende Bürokratisierung aller Lebensbereiche durch politischen und soziale Großorganisationen Nationalstaaten unflexibel gegenüber neuen Anforderungen. Hier ist für Deutschland vor allem die traditionell enge Verflechtung zwischen Banken, Großkonzernen und Staat zu nennen, die trotz aller Wettbewerbsgesetzgebung die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend zu präformieren vermag.

Die Gefahren der hiermit gegebenen kartellistischen Verkrustungen konnten auch nicht dadurch kompensiert werden, daß sich das deutsche

Bankwesen – analog zur Zunahme westdeutscher Direktinvestitionen im Ausland – zunehmend internationalisierte und damit den nationalstaatlich nicht mehr kontrollierbaren Bewegungen auf den Xeno- und Euro-Dollar-Märkten anzupassen versuchte.

Währungspolitisch gesehen hatte das Floaten der Wechselkurse nicht nur eine Verunsicherung der Exporteure zur Folge, sondern auch eine starke Aufwertung der DM, die die deutsche Ausfuhr erschwerte und die Weltmarktkonkurrenz auf dem deutschen Markt vergrößerte. Die deutsche Industrie, die zwei Jahrzehnte lang quasi-protektionistisch durch eine unterbewertete Währung geschützt war, mußte nun einerseits Exportverluste hinnehmen und andererseits ihre Produktion stark mechanisieren, automatisieren und rationalisieren, um wettbewerbsfähig bleiben zu können. Das bedeutete natürlich Arbeitsplatzvernichtung in großem Umfang. (vgl. Triffin 1973: 104 ff.; siehe auch Machlup 1974; Glastetter 1976: 123 ff)

Der Kampf gegen die Krise

Diesem vielfältig, sowohl strukturell auch konjunkturell verursachten Krisenkomplex suchte der neue Bundeskanzler Schmidt zunächst einmal durch staatliche Konjunkturprogramme zu begegnen. Die Bundesregierung sah sich zum Handeln gezwungen, als gegen Ende des Jahres 1974 der Abschwung in eine Krise umzukippen drohte – vor allem aufgrund starker Einbrüche der Auslandsnachfrage gegenüber der Investitionsgüterindustrie. Sie beschloß daher Anfang Dezember 1974 folgendes Konjunkturprogramm (Bundestag, 13.12.74: 9420 f):

1. Zusätzliche öffentliche Investitionen des Bundes in Höhe von 1130 Mill. DM;
2. Lohnzuschüsse von 500 Mill. DM;
3. Mobilitätszulagen im Umfang von 100 Mill. DM;
4. eine Verdoppelung des Bezugs von Kurzarbeitergeld von 12 auf 24 Monate;
5. das Vorziehen der im Bundeshaushalt 1975 vorgesehenen Investitionen in das erste Halbjahr;
6. eine expansive Ausgabenpolitik von Bund und Ländern;
7. eine Investitionszulage von 7,5 Prozent für Bestellungen in der Zeit vom 30.11.1974 bis 30.06.1975;
8. eine unbefristete Investitionszulage für energiesparende Investitionen;
9. eine befristete Investitionszulage für den sozialen Wohnungsbau;

10. Erweiterungen für 7b-Abschreibungen;
11. zusätzliche 50 Mill. DM für den Küstenschutz im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben;
12. eine stärkere Förderung von kleineren und mittleren Unternehmen durch Bereitstellung von 500 Mill. DM in den ERP-Wirtschaftsplänen und von mindestens einer Milliarde DM Finanzierungshilfen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Im Mai 1975 unterstützte die Bundesbank dieses Programm mit expansiven Maßnahmen, da sich vor allem die Auslandskonjunktur weiter negativ entwickelte. Es war in der ersten Hälfte des Jahres 1975 immerhin ein Exportausfall von 40 Milliarden DM zu verzeichnen.

Die zunehmende Verschuldung des Staates durch diese Konjunkturprogramme hatte ein wachsende deutsche Auslandsverschuldung zur Folge: Im Herbst 1974 trat die Bundesregierung Schuldverschreibungen des Bundes in Milliarden-Höhe durch deutsche Banken an das Ausland ab, wobei vor allem ölexportierende Länder als Käufer in Erscheinung traten, Im August 1975 wurde von der Bundesbank – im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzministerium – der Verkauf von Wertpapieren mit Laufzeiten zwischen zwei und vier Jahren ins Ausland genehmigt. Kapitalverkehrskontrollen wurden gelockert, indem der Genehmigungsvorbehalt für die Verzinsung von Auslandsguthaben bei inländischen Kreditinstituten aufgehoben wurde". Im Juni 1976 verschuldete sich der Bund bei Schweizer Banken in Höhe von 1,3 Mrd. DM. Insgesamt gesehen war die deutsche Verschuldung im Ausland aber relativ gering, aber sie wies in den 70er Jahren schnelle Steigerungsraten auf, von 1,2 % (1970) auf 4,1 % (1978) Anteil an der Gesamtverschuldung des Bundes. Dies Ausweichen auf die internationalen Kapitalmärkte war z.T. bedingt durch die geringe Zeichnungsbereitschaft deutscher Banken gegenüber Anleihen des Bundes. Zudem "hatte die Auslandsverschuldung den Vorteil, daß das inländische Zinsniveau nicht anstieg und den anderen Trägern öffentlicher Belange die Kreditaufnahme nicht verbaut wurde. Allerdings bedeutete die Auslandsverschuldung, daß Defizitländer weniger Möglichkeiten zu Krediten zur Überbrückung ihrer Schulden hatten." (Wirtschaftsdienst 79/VII: 335 ff)

Zunehmend wurde allen Beteiligten aber bald bewußt, daß die Arbeitslosigkeit nicht nur mit konjunkturpolitischen Mitteln beseitigt werden konnte, sondern, daß eine Sockelarbeitslosigkeit entstanden war, die mit umfassenderen strukturpolitischen Mitteln bekämpft werden mußte (was dann in der Folgezeit auch in mehreren Programmen in Angriff genommen wurde). Diese Einsicht änderte jedoch zunächst nichts daran, daß man für die folgenden Jahre eine günstige wirtschaftliche Entwicklung erwartete, (Schenkluhn 1985: 407), zumal sich Anfang 1976 die Konjunktur tatsächlich wieder erholte und die Auslandsnachfrage stark anstieg. (Lahmann 1979: 133 ff) Daher wurden vorerst

neue Konjunkturprogramme abgelehnt, da man durch sie nur Inflationsprozesse heraufziehen sah. Vielmehr wurde die Konsolidierung der verschuldeten Staatshaushalte fortgesetzt.

Die konservativen und liberalen Kräfte hatten dabei zum Grundziel, die Krise, wie sie 1976 nur zeitweilig überwunden schien, durch eine Revitalisierung von Marktkräften zu überwinden. Das Kosteniveau sollte nach Möglichkeit gesenkt werden – durch Rationalisierungen und durch Lohnrückhaltungen –, um derart auch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. (siehe auch Mock 1979; 118-125)

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften gingen von einem anderen Ansatz aus, wie er am besten von Scharpf und Hauff (1975 formuliert wurde). Nach diesen Vorstellungen, die dadurch an politischer Bedeutung gewannen, daß Hauff Forschungsminister der sozialliberalen Koalition war, sollte eine konzertierte Aktion von Staat, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft die prognostizierten hochtechnologisierten Wachstumsindustrien und infrastrukturellen Dienstleistungsbereiche ("Blaupausenindustrien") der Zukunft technologiepolitisch fördern und ausbauen, während für stagnierende und absterbende Branchen eine langfristige und systematische Umstrukturierungspolitik zur Vermeidung sozialer Friktionen (Arbeitslosigkeit) betrieben werden sollte.

Dadurch könnte auch weltwirtschaftlich eine Umverteilung in die Wege geleitet werden, indem Branchen, die in den Industrieländern nicht mehr kostengünstig arbeiten würden, in die Dritte Welt verlagert werden, um die Entwicklung dieser Länder zu fördern und einen erneuten weltwirtschaftlichen Austauschprozeß zwischen Nord und Süd in die Wege zu leiten – zum beiderseitigen Vorteil.

Langfristig wollte man auf diese Art und Weise die Überindustrialisierung und Weltmarktabhängigkeit der Bundesrepublik abbauen und damit eine Reduzierung des Industriesektors fortsetzen, wie er sich bereits in den 70er Jahren aufgrund der Marktentwicklungen abzeichnete.

Das Wirtschaftswachstum sollte nicht nur und nicht primär über den Export gefördert werden, sondern auch durch die Schaffung neuer binnenwirtschaftlicher Nachfragefelder. Angesichts weltweiter Depressionen hielt man eine alleinige Exportförderung für nicht erfolgreich, so Bundesfinanzminister Lahnstein vor dem Bundestag am 15. September 1982. (S. 6881 f) Binnenwirtschaftlich wirkte auch die von der SPD beschlossene, wenn auch nicht immer von der sozialdemokratisch geführten Regierung konsequent durchgeführte Politik des Vorrangs der Kohle gegenüber der Atomkraft und gegenüber dem Öl, dadurch sollten die Außenwirtschaftsbeziehungen zu den Ölstaaten reduziert und der innere Markt gestärkt werden, allein, um die Gewerkschaften ruhig zu stellen, die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit vor allem auch im Ruhrgebiet forderten. (vgl. Wolfram, Bundestag, 1011.82: 7643) Der SPD-Wirtschaftsexperte W. Roth sprach 1981 von der Notwendigkeit einer

"aktiven Binnenwirtschaftspolitik und einer passiveren Außenwirtschaftspolitik". (Neue Gesellschaft 9/1981: 780)

Literatur

- ADAM, H. (1977), Brauchen wir eine neue Wirtschaftspolitik? Köln
- GLASTETTER, W. (1976), Flexibilität der Wechselkurse als Allheilmittel?, in: Außenwirtschaft, 31, 1976, 2, S. 123 – 147
- KLINGBEIL, M. (1987), Produktionssubventionen als Instrument des neuen Protektionismus – untersucht am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, Diss., Hannover
- LAHMANN, H. (1979), Exporte auf flachem Wachstumspfad. Zur Außenhandelsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1978, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 46, 1979, 12, S. 133 – 136
- MACHLUP, F. (1974), Der Außenwert des Dollars. Zum Problem der Unterbewertung und Überbewertung einer Währung auf den Devisenmärkten, Tübingen
- MOLK, A. (1979), Die zukünftige Rolle der deutschen Industrie in der Weltwirtschaft, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 49, 1979, 2, S. 118 – 125
- SCHARF, F.W. & Haufe, V. (1975), Modernisierung der Volkswirtschaft, Köln
- SCHENKLUHN, B. (1985), Konjunkturpolitik und Wahlen, Bergisch-Gladbach
- SCHMOLLINGER, H. W./ Müller, P, (1980), Zwischenbilanz, 10 Jahre sozialliberale Politik 1969 – 1979, Hannover
- TRIFFIN, R. (1973), The international monetary chaos and the way out, in: Journal of Common Market Studies, 12, 1973, S. 104 – 117

Entwicklungspolitik in der Ära Schmidt

Mit den Erdölpreisschocks seit 1973 und mit der in deren Folge einsetzenden Weltwirtschaftskrise begann eine neue Phase der westdeutschen Entwicklungspolitik, die über Etatkürzungen auch für das BMZ zunächst im Rücktritt von Eppler sichtbar wurde. Der neue Entwicklungsminister E. Bahr stand in seiner Person schon für ein modifiziertes Konzept, das nun vermehrt das wirtschafts- und rohstoffpolitische Eigeninteresse der Bundesrepublik betonte, unter Hintenanstellung des moralischen Elements. (Bahr ist Anhänger der sogenannte Theorie des "Realismus", die die Interessenstruktur von Politik hervorhebt). Zudem symptomatisch, daß Bahr eigentlich Außenpolitiker ist. Entwicklungshilfe wurde nun verstärkt auf die für die Bundesrepublik wichtigen Rohstoffländer konzentriert, vor allem auf solche, wo der effiziente Einsatz von Entwicklungshilfe garantiert war. Darauf drängte insbesondere auch der neue Kanzler Schmidt: "Für uns ist jetzt die Entwicklungspolitik stärker eingebettet in die Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik". Demgemäß sollte nach Schmidt außenpolitisches Wohlverhalten von Entwicklungsländern entwicklungspolitisch honoriert werden. Demgemäß verhielt sich die Bundesregierung sehr zurückhaltend gegenüber den von der Dritten Welt dominierten Organisationen der UN, z.B. gegenüber der UNCTAD, die Entscheidungen trafen, die nicht immer dem marktwirtschaftlichen und außenpolitischen Credo der Bundesrepublik entsprachen, so z.B. hinsichtlich des Weltrohstoff-Fonds, der die Rohstoff-Preise durch An- und Verkäufe von Rohstoffen stabilisieren sollte.

Entwicklungspolitische Leitlinien

Das interessenorientierte Entwicklungsprogramm von Bahr wurde vor allem deutlich in seinem Konzept sogenannter Dreieckskooperationen. Durch dieses von Bahr neu konzipierte Instrument sollte sowohl den Interessen der Entwicklungsländer als auch denen der Industriestaaten entsprochen werden, indem mit dem Kapital reich gewordener arabischer Ölländer und mit dem technologischen und personellen Know-how der industrialisierten Staaten Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt finanziert und organisiert werden sollten. Damit hoffte man, auch die Etatkürzungen im entwicklungspolitischen Haushalt der Bundesrepublik kompensieren zu können. Dieses Bahr'sche Konzept scheiterte allerdings an Koordinierungsschwierigkeiten, an der Zwitterstellung der Bundesrepublik im Nahostkonflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten (so verlangten die Araber bei den Dreieckskooperationsverträgen eine gegen Israel gerichtete Klausel), und an

persönlichen Faktoren, wie z.B. einer starken Fluktuation derer, die die Projekte hätten tragen müssen.

Mit den Gymnicher Thesen der Bundesregierung zur Politik der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern vom 9. Juni 1975 versuchte Bahr, unter aktiver Zustimmung von Kanzler Schmidt, die weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen auch konzeptionell zu fassen. So wurde u.a. vom Kabinett beschlossen, zukünftig die multilaterale Entwicklungshilfe zu reduzieren. Die bilateral dann zu vergebenden Mittel würden dann auch eher zu Zwecken der traditionellen, außenpolitischen Einflußnahme verwandt werden können, wie es H. Schmidt in verschiedenen Äußerungen andeutete. Überhaupt wollte die Bundesregierung nunmehr auf konkrete, finanzielle Zusagen in dem Umfang, wie es in der Vergangenheit gehandhabt wurde, verzichten.

Statt dessen sollten die OPEC-Länder verstärkt in die Pflicht genommen werden, sowie auch mit Nachdruck auf die Eigeninitiative der Entwicklungsländer und die privatwirtschaftlichen Investitionen in der Dritten Welt verwiesen wurde.

Bahr faßte seine Vorstellungen wie folgt zusammen:

1. Konzentration auf die Most Seriously Affected Countries, die am meisten unter den Erdölpreiserhöhungen zu leiden hätten.
2. Technische Hilfe gegen Entgelt bei reichen Empfängern.
3. Umstellung von karitativem Denken auf Kooperation
4. Keine Kapitalhilfe an Ölländer
5. Abbau der Hilfe an reicher werdende Rohstoffländer, wie z.B. Indonesien.

In der zweijährigen Amtsperiode der Entwicklungsministerin M. Schlei, der Nachfolgerin von Bahr, änderte sich an dieser Konzeption nichts, obwohl das intensive, entwicklungspolitische Engagement der Ministerin hervorzuheben ist. Die dadurch bedingten Konflikte mit dem Kanzler führten dann wohl letztendlich auch zu ihrer abrupten Entlassung. In ihrer Amtszeit gelang aber 1978 immerhin eine Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfeleistung von 3,22 Milliarden (1977) auf 4,84 Milliarden (1978), 1978/79 auf 6,14 Milliarden DM, die u.a. auch konjunkturpolitisch motiviert war in dem Sinne, daß man sich durch die aus den Empfängerländern mit großer "entwicklungspolitischen Moralisten" Wahrscheinlichkeit erfolgenden Aufträge an die deutsche Industrie eine innerdeutsche Konjunkturbelebung erhoffte. Zudem beschloß das Bundeskabinett am 08.03.1978, den ärmsten Entwicklungsländern statt Krediten nur noch Zuschüsse zu gewähren.

Auch wurde die Entwicklungspolitik zunehmend auf die Befriedigung unabdingbarer und akuter Grundbedürfnisse der ärmsten Länder und Schichten ausgerichtet, vor allem im ländlichen Raum. Ebenso gewann die Energiefrage in

der Dritten Welt wie die Förderung konventioneller und unerschöpflicher Energiequellen an Bedeutung, um die hohe Ölimportabhängigkeit der Entwicklungsländer zu reduzieren (vgl. BMZ aktuell, Entwicklungspolitik, 22. Juli 1980, S. 17).

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß unter M. Schlei die Auseinandersetzungen im BMZ zwischen den "entwicklungspolitischen Pragmatikern aus der Schmidt-Ecke" einerseits und den "entwicklungspolitischen Moralisten" in der Eppler-Nachfolge andererseits sich verschärften und schließlich zugunsten der Schmidt-Leute entschieden wurden (vgl. G. Hoffmann, Der Stille aus dem Hotzenwald, in: Die Zeit vom 30.11.1979).

Das wurde deutlich, als 1978 der Finanzexperte und vormalige Staatssekretär im Finanzministerium, Rainer Offergeld, Entwicklungsminister wurde; er galt als ausgesprochener "Schmidt-Mann", was sich u.a. daran zeigte, daß er den engagierten Leiter der BMZ-Grundsatzabteilung, Wilfried Böll, sowie den Leiter der Abteilung "Internationale Zusammenarbeit und Ziele der Entwicklungspolitik", Rainer Oppelt, entließ. (G. Hoffmann, Ein treuer Diener seines Kanzlers, in: Die Zeit, 26.01.1979). Immerhin wurden in den neuen entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung vom 09.07.1980 die schon erwähnten, originär entwicklungspolitischen Schwerpunkte programmatisch festgelegt, nämlich die primäre Bekämpfung der absoluten Armut und die Förderung konventioneller Energiequellen. Auch sollte größeres Gewicht auf die Behandlung ökologischer, sozialer und kultureller Folgewirkungen von Entwicklungsprojekten gelegt werden. Die Notwendigkeit dazu hatte die Chomeini-Revolution im Iran gezeigt.

Außenpolitik in der Ära Schmidt

Gemäß der Fragestellung dieser Studie soll im folgenden die Außenpolitik der Regierungen Schmidt/Genscher in der Zeit von 1974 bis 1982 genauer unter entwicklungspolitischem Aspekt betrachtet werden.

Folgende Rahmenbedingungen waren für die deutsche Außenpolitik jener Zeit von Bedeutung:

a. Die euphorische Reformphase der Ära Brandt hatte durch die Weltwirtschaftskrise ihr Ende gefunden. Innenpolitisch mußte gespart werden, so daß weitergehende Reformen nicht mehr möglich waren. Ohnehin war mit dem Rücktritt von Brandt 1974 und mit der Kanzlerschaft des Pragmatikers Schmidt der "Reformgeist" geschwunden, nicht nur in der Regierung, sondern auch im allgemeinen Bewußtsein der Bevölkerung, die nun andere Probleme hatte: Arbeitslosigkeit, Überfüllung der Universitäten usw. Darauf mußte die regierende SPD – wollte sie die Wahlen gewinnen – Rücksicht nehmen. Das hatte auch Auswirkungen auf die Außenpolitik und die Entwicklungspolitik (siehe Kapitel Entwicklungspolitik).

Was die Außenpolitik im engeren Sinne als Diplomatie und Verteidigungspolitik betrifft, so galt es zunächst, daß durch die neue Ostpolitik von Brandt im Verhältnis zum Ostblock Erreichte an Friedenssicherung zu bewahren. Mehr war nicht möglich, zumal sich die UdSSR vor allem in Afrika zunehmend expansiv zeigte (Angola, Mozambique, Äthiopien unter kommunistischer Herrschaft) und der Entspannungspolitik gegenüber dem Osten immer mehr die Legitimationsgrundlage zu entziehen drohte – zuerst in den USA, immer mehr aber auch in Europa, insbesondere seit der Invasion Afghanistans durch sowjetische Truppen 1979/1980. Die Regierung Schmidt hielt zwar gegen erhebliche Widerstände der USA (Carter, Reagan) an der Entspannungspolitik fest, weil die geographische Nähe Deutschlands zur UdSSR und die dadurch gegebene militärische Gefährdung sowie die wirtschaftliche Verflechtung mit der Sowjetunion keine Alternative ließen – anders als die durch den Atlantik geschützten Vereinigten Staaten von Amerika. Der letzte große entspannungspolitische Akt war hier die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975, durch deren Schlußdokument der status quo in Gesamteuropa festgeschrieben und faktisch anerkannt wurde.

Diese außenpolitische Lage zwang zu einer Konzentration auf das Ost-West-Verhältnis und auf Bemühungen, den Frieden im intersystemaren Konflikt zu wahren. Im Vergleich hierzu wurde Entwicklungspolitik zweitrangig – auch im allgemeinen Bewußtsein, wie die aufkommende Friedensbewegung in der Bundesrepublik zeigt, die sich ja vor allem auf militärpolitische Probleme und kaum auf die Problemlagen der Dritten Welt fixierte. Das galt vor allem seit 1977, als Schmidt die Aufstellung von (amerikanischen) atomaren Mittelstreckenraketen forderte, um angesichts der sowjetischen Mittelstreckenraketen das militärische Gleichgewicht zu sichern – im Sinne der Friedenssicherung.

Nur außenpolitische Entspannung, wie sie in der Brandt-Zeit gegeben war, ermöglicht die Freiräume, eine fortschrittliche Entspannungspolitik wie unter Entwicklungshilfeminister Eppler (1968 – 1974) betreiben zu können.

Ein drittes außenpolitisches Moment kam hinzu: Die Weltwirtschaftskrise infolge der Erdölpreiserhöhungen seitens der OPEC gebot eine engere Koordination der westlichen Industriestaaten im Rahmen der OECD und über die neu institutionalisierten Weltwirtschaftsgipfel der fünf größten Industriestaaten, u.a. der Bundesrepublik Deutschland. Es galt, nationale Protektionismen aller Art abzuwehren, um eine Verschärfung der Krise zu vermeiden, wie man es in den 30er Jahren erlebt hatte. Ihren theoretischen Ausdruck fand diese Notwendigkeit im sogenannten Trilateralismus, wie er vom Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Carter, Brzezinski, entwickelt worden war. Sie besagte, daß die drei Großgebilde USA, EG und Japan sich eng – auch gegenüber dem Ostblock und gegenüber der Dritten Welt – koordinieren müßten, um die Wirtschaftskrise zu bewältigen.

Darauf war also in dieser Zeit zentral der Blick gerichtet. Diese Abwehrhaltung hing auch damit zusammen, daß die Dritte Welt in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zunehmend offensiv mit weitgehenden Forderungen auftrat, die der Norden als Bedrohung der eigenen wirtschaftlichen Position empfand. Die Entwicklungsländer nutzten systematisch unter Führung Mexikos die UN als Forum ihrer Interessenartikulation. Man denke nur an die von der UN 1974 beschlossene "Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Völker" und an das Projekt eines weltmarktdirigistischen Weltrohstofffonds. Nicht nur die Regierung Schmidt, sondern auch die Gewerkschaften und erst recht die Konservativen empfanden dies als Bedrohung – über diese breite Ablehnung in der Bevölkerung sollte man sich keine Illusionen machen. Das deutsche Ziel einer Koordination mit den anderen, großen westlichen Industriestaaten bedingte Konzessionsbereitschaft auch seitens der Bundesregierung unter Kanzler Schmidt. Das wirkte sich auch im Bereich der Entwicklungshilfeleistungen aus, die gesteigert werden sollten, um dadurch auch die schleppende Weltkonjunktur ankurbeln zu können. Auch der Entwicklungshilfeausschuß der OECD (DAC) kritisierte, daß die deutsche Entwicklungshilfe zwar qualitativ gut, aber quantitativ ungenügend sei. Dabei hoffte der DAC gerade auf eine Vorbild- und Leithammelfunktion der Bundesrepublik. Daher wies Schmidt schon Ende 1976 darauf hin, daß die öffentliche Hilfe der BRD 1975 doppelt so hoch sei wie die aller kommunistischen Staaten. Auch der neue amerikanische Präsident, Carter, war stärker entwicklungspolitisch engagiert.

In den Etatberatungen des Kabinetts im Januar 1976 wurde daher eine erhebliche Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen beschlossen (d.h. der Zahlung von Entwicklungsleistungen in zukünftigen Jahren) – trotz der Warnungen der Haushaltsexperten, die in diesen Verpflichtungen eine zu starke Einengung zukünftiger Haushalte sahen.

Bedauernd stellte die Frankfurter Allgemeine fest, daß die deutsche Position optisch ungünstig ist, "weil der Anteil der öffentlichen Hilfe auf 0,3 Prozent des Bruttosozialproduktes zurückgeht" (27.12.1976), nachdem zuvor noch der Anteil auf 4% gestiegen war. Man befürchtete sogar wieder das Aufkommen des Bildes vom "häßlichen Deutschen".

Innenpolitik

Die Innenpolitik der Regierung Schmidt war nicht, wie zu Zeiten Brandts, von einem Reform- und Zielkatalog bestimmt. Die Gründe lagen unter anderem darin, daß die Bevölkerung vom Reformeifer der Regierung Brandts nichts mehr wissen wollte. Andererseits war offenbar geworden, daß die gesteckten Ziel nicht - oder nur unter staatsdirigistischen Methoden - zu verwirklichen waren. Ernüchterung hatte sich auch im Hinblick auf die Finanzierbarkeit der unterschiedlichen Reformen breitgemacht. Der finanzielle Spielraum war durch die schwierige wirtschaftliche Lage begrenzt.

Die Bekämpfung der schlechten wirtschaftlichen Situation, der damit verbundenen Arbeitslosigkeit, die Konsolidierung des Staatshaushalts waren die wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen.

Auch die Umweltpolitik mußte sich den vorrangigen wirtschaftlichen Problemen unterordnen. Im Zielkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie mußte die Ökologie zurückstecken. Dabei wurde das steigende Umweltbewußtsein der Bevölkerung vernachlässigt. Die Regierung Schmidt verstand es kaum, auf diesem Felde Entscheidungen herbeizuführen. Der korporatistische Regierungsstil, der mehr auf freiwillige Abmachungen basierte, ließ die Umweltpolitik nur im "Schneckentempo" vorankommen.

Zusätzlich belastete der Terror die Regierung Schmidt und bündelte Kräfte, die für andere Politikfelder hätte verwandt werden können. Der Terrorismus von Gruppen wie der Roten Armee Fraktion (RAF), der Roten Zellen (RZ) und der Bewegung 2. Juni, bedrohte die Bundesrepublik in zweifacher Hinsicht. Erstens stellten sie eine Bedrohung für den Staat und seinen Repräsentanten und gesellschaftlicher Spitzen dar. Zweitens ergab sich eine Bedrohung für den Rechtsstaat daraus, daß die handelnden Politiker darauf achten mußten, bei der Bekämpfung des Terrors im rechtsstaatlichen Rahmen zu bleiben. So wurde z.B. auch die Möglichkeit der Todesstrafe erörtert. Franz-Josef Strauß, CSU-Vorsitzender, machte während der Entführung der Lufthansa Maschine Landshut den Vorschlag, die inhaftierten Terroristen der RAF freizulassen, diese dann "einen nach dem anderen aus dem Gefängnis rauszulassen, oder alle Stunde einen erschießen." (zit. nach DER SPIEGEL Nr.39/1997, S.56)

Die Lösung der innenpolitischen Probleme verdrängte Politikfelder, wie die Entwicklungspolitik, von der politischen Tagesordnung. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Umweltproblem wie das Waldsterben erschienen dringlicher als die Lösung des Nord-Süd-Problems.

Entwicklungspolitik von Schmidt

Der Ernennung Schmidts zum Kanzler im Jahre 1974 folgte bald der entwicklungspolitische "Urknall", der zumindest im Bild der Öffentlichkeit seine Ära, was den Bezug zur Dritten Welt betrifft, prägte: Wegen nicht überwindbarer Differenzen allgemeiner und entwicklungspolitischer Art trat der langjährige (seit 1968) Entwicklungshilfeminister E. Eppler, der W. Brandt nahe stand, zurück. Eppler war der typische, euphorische und auch ein wenig moralisierende Repräsentant der Reformpolitik der Ära Brandt und geriet daher schnell in Konflikt mit der pragmatischen und technokratischen Politik des neuen Kanzlers, dem es angesichts (welt-) wirtschaftlicher Depressionserscheinungen weniger um gesellschaftspolitische Reformen als um die Überwindung oder zumindest Eindämmung der globalen Wirtschaftskrise

ging, wie sie für die Politiker überraschend u.a. als Folge von Erdölpreiserhöhungen hereinbrach.

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen hatten sich seit 1973 derart geändert, daß im allgemeinen die finanzträchtige Reformpolitik von Kanzler Brandt nicht fortgesetzt werden konnte. Das kam sinnfällig im Rücktritt Brandts zum Ausdruck. Vordergründig trat er sicherlich wegen der Guillaume-Affäre zurück, aber es gab weitere Faktoren, u.a. daß sein Reformprogramm nicht mehr zu verwirklichen war. Das blieb nicht ohne Auswirkungen auf die deutsche Entwicklungspolitik.

Der konkrete Anlaß für Epplers Rücktritt waren Differenzen mit Schmidt über den im Rahmen der EG zu leistenden, deutschen Anteil am UN-Sonderfonds für rohstoffarme Entwicklungsländer, rd. 500 Millionen US-Dollar (vgl. Stuttgarter Nachrichten 27.6.74), den Schmidt und Finanzminister Apel ablehnten, bzw. an Bedingungen knüpfte, obwohl Eppler ihn zuvor bereits zugesagt hatte. Dazu kam, daß der Bundesrechnungshof zuvor schon die deutsche Entwicklungspolitik wegen Ineffizienz kritisiert und das Fernsehmagazin "Report" Ende Juni aus internen Evaluationsberichten zitiert hatte, die kein gutes Licht auf die Entwicklungspolitik warfen.

Die distanziertere Einstellung von Schmidt zur Entwicklungspolitik blieb nicht ohne Reaktion. Der Vorsitzende des katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden, Bischof Heinrich Tenhumberg, wandte sich im August des Jahres mit besorgten Worten an Schmidt, der daraufhin betonte, daß die Entwicklungspolitik ihren besonderen Rang in der Politik der Bundesregierung behalten solle. "Diese Mittel (mehr als drei Milliarden DM, die Verf.) sollen nach der erneut festgelegten mittelfristigen Finanzplanung bis 1978 in den kommenden Jahren mit Zuwachsraten zwischen 9,1 und 18,7 Prozent überdurchschnittlich steigen. Insgesamt soll danach 1978 eine Verdoppelung des 1973 gezahlten Betrages eintreten." (zit. nach Kölner Stadt-Anzeiger 4.9.74) Im Mittelpunkt sollten die ärmsten der ärmsten Staaten, vorrangig in Afrika, stehen, "die über wenig Kapital und keine eigenen Rohstoffe verfügen und am härtesten von den gegenwärtigen Entwicklungstendenzen in der Weltwirtschaft getroffen werden." (ebd.)

Entwicklungspolitik war für Schmidt vor allem Wirtschaftspolitik. Hier hatte er klare Vorstellungen und Prinzipien, die oft von klassischen sozialdemokratischen Positionen abwichen.

Das hatte auch zur Folge, daß er in politischen Fragen betreffend die Dritte Welt flexibler war, womit er dann eher sozialdemokratischen Vorstellungen entgegenkam. So unterstützte auch er Mitte September 1974 eine Resolution der SPD-Bundestagsfraktion, in der gefordert wurde, alle Hilfe an die Militärjunta in Santiago de Chile einzustellen. Dabei nahm er in Kauf, daß die Bundesrepublik rd. ein Drittel ihres Kupfers aus Chile bezog. Der Beschluß der Fraktion stieß auf starke Kritik der CDU/CSU, weil er die Interessen der deutschen Wirtschaft gefährde.

Entwicklungs-, Wirtschafts- und Weltwährungspolitik: der Beitrag von Schmidt

Zentral für Schmidt war die Funktionsfähigkeit des weltwährungspolitischen Regelsystems, d.h. der Rückfluß der in die OPEC-Staaten geflossenen Kapitalien in die nördlichen Industriestaaten zur Revitalisierung von deren Konjunktur. Um das sicherstellen zu können, lehnte der Kanzler die US-amerikanische Konfrontationsstrategie gegenüber der arabischen Welt ab. Der Rückfluß der Gelder war für ihn auch aus entwicklungspolitischen Gründen keine Problem, da für ihn Unterentwicklung weniger durch Kapitalmangel als durch mangelnde technische Kompetenz bedingt war. Daher war auch die Argumentation des neuen Entwicklungshilfeministers, E. Bahr, im Sinne Schmidts, daß nämlich die Bundesrepublik das von der UN aufgestellte Ziel, 0,7% des Bruttosozialproduktes als Entwicklungshilfe zu leisten, diese Marge bei weitem überschritten habe, bedenke man, daß Westdeutschland infolge der erhöhten Ölpreise rd. 1,7% des BSP an die Ölförderländer zahle. (Handelsblatt 13.12.1974)

Schon als Finanzminister hat Schmidt Anfang 1974 grundsätzlich zu diesem weltwirtschaftlichen Finanzierungsproblem Stellung genommen. Ihm wie auch Brandt war recht früh bewußt, daß die Erhöhung der Erdölpreise mit den dadurch bedingten Reallokationen von Finanzen eine fundamental geänderte politische und wirtschaftliche Situation geschaffen habe. Eppler war in dieser Hinsicht besonders radikal gewesen und hatte Brandt noch als Kanzler vorgeschlagen, eine Churchillsche "Schweiß- und Tränen"-Rede zu halten, um die anstehenden Sparmaßnahmen zu verdeutlichen. Brandt lehnte aber ähnlich wie Schmidt eine derartige Strategie ab.

Im Fall der Entlassung Epplers und in der Art seines Nachfolgers Bahr war bereits deutlich geworden, daß das Schmidtsche Verständnis von Entwicklungspolitik im wesentlichen instrumentell-funktional war. Entwicklungspolitik als solche galt ihm nicht viel, er verband diesen Begriff eher mit Vorstellungen von verschwendetem Geld in korrupten Bürokratien der Dritten Welt. Wenn überhaupt, mußte Entwicklungspolitik funktionieren im Sinne der ihm vorrangigen Ziele und Werte, und das waren eine freie Weltwirtschaft und Außenwirtschaftspolitik. Eppler war ihm in dieser Hinsicht zu moralistisch und mußte daher gehen, bzw. die Differenzen zwischen beiden waren so groß, daß Eppler ging. Und Bahrs Konzeption der Dreieckskooperation paßte weitaus besser zu seinen Grundvorstellungen (sieht man von den erwähnten innen- und parteipolitischen Absichten ab).

Damit soll nicht gesagt werden, daß ihm die Überwindung von Armut und Elend in der Dritten und Vierten Welt nicht von Bedeutung war. Als Sozialdemokrat hatte er ein tief sozialisiertes Gespür für soziale und ökonomische Ungerechtigkeiten – national und international. Er wollte dieses Ziel nur anders, nämlich über eine Ingangsetzung und Reform der Weltwirtschaft, erreichen.

Die Wirtschaft muß wachsen, das war das gesellschaftspolitische Credo seit der Godesberger Programm-Revision der SPD von 1959. Und nur von diesem Wachstum konnte man umverteilen zugunsten der Benachteiligten. "Eine Kuh, die man melken will, darf man nicht schlachten" – war ein beliebtes Bonmot in rechts-sozialdemokratischen Kreisen. Das galt aus Schmidtscher Sicht auch für die internationale Wirtschaft: Die Wirtschaftskrise, d.h. die geringeren Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes (bis zum "Minus-Wachstum" z.B. 1975) infolge der Erdölpreiserhöhungen seit 1973/74 und dann wieder seit 1979, hätte nicht nur den Industriestaaten geschadet, sondern auch und vor allem den Schwellenländern und erst recht der Vierten Welt, die nun selbst verteuert Öl importieren mußte, wodurch die Zahlungsbilanzen ins Ungleichgewicht gerieten.

Zudem hatten die Nachfrageausfälle in der industrialisierten Welt die Exporte der Entwicklungsländer erheblich beeinträchtigt, so daß sie die eigentlich Leidtragenden der Weltwirtschaftskrise waren – das Konzept von Schmidt, zunächst die Weltwirtschaft zu sanieren und darüber auch die Entwicklungsprobleme – gewann so an Überzeugungskraft.

Das zeigte sich am spezifischen Engagement des Kanzlers für Schwarzafrika, u.a. auch in Form der von ihm mitgeprägten EG-Entwicklungspolitik. Hintergrund war, daß Schmidt – z.T. im Gegensatz zu seiner eigenen Partei, aber in Übereinstimmung mit der FDP und außenpolitisch mit den USA – die Vorstellungen der Entwicklungsländer in der UN-Vollversammlung unter Führung Mexikos ablehnte, eine Art von internationaler Planungs- und Umverteilungswirtschaft zugunsten der armen Länder zu installieren. In der "Charta zu den wirtschaftlichen Rechten und Pflichten der Völker" von 1975 war von der UN sogar beschlossen worden, einen Weltrohstofffonds zu schaffen, der – ähnlich wie in der europäischen Agrarpolitik – die agrarischen und mineralischen Weltrohstoffpreise auf einem relativ hohen Niveau stabilisieren sollte, um die Einnahmen der Entwicklungsländer zu sichern.

Dagegen richtete Schmidt sein Konzept einer Rohstofflerlös- (nicht Preis-) Stabilisierung, wie sie dann auch vor allem für die schwarzafrikanischen Staaten im Rahmen der Lomé-Verträge der Europäischen Gemeinschaft mit mittlerweile mehr als 70 Staaten (auch der Karibik und des Pazifischen Raumes) realisiert wurde.

Allerdings war die "Afrika-Argumentation" von Schmidt auch von einem eigentümlichen, malthusianischem Denken bestimmt, das seinem Denken in Kategorien von Produktivität und Kapitalakkumulation widersprach. Er geriet sogar mit der Katholischen Kirche und mit der Kurie in Konflikt – was die Sozialdemokratie seit Beginn der 60er Jahre stets zu meiden getrachtet hatte -, als er zur Bewältigung der Überbevölkerung empfängnisverhütende Maßnahmen empfahl, denn er führte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Arbeitslosigkeit, Nahrungsmittelmangel) auf die hohen Geburtenziffern zurück.

Entwicklungspolitiker wiesen jedoch zu Recht immer wieder darauf hin, daß hier Ursache und Wirkung vertauscht wurden. Denn die Überbevölkerung ist Folge der Armut, da ein große Zahl von Familienangehörigen sowohl Arbeitskräfte darstellen als auch für die Alten eine Art von primitivem Pensionssystem. Zudem bedeutet eine große Bevölkerung auch eine große Zahl potentieller Kunden der Zukunft, die – mit Nachfragekraft ausgestattet – auch Kunden für die Industrieländer werden könnten.

Das hätte der sonstigen weltwirtschaftlichen Argumentation von Schmidt entsprochen; sein Malthusianismus widersprach dem.

Ähnlichkeit und Unterschied von europäisch-deutschem und islamisch-arabischem Selbstverständnis und die Änderungschancen deutscher Menschenrechtspolitik seit 1993 – ein geistes- und sozialgeschichtlicher Handlungs-Ansatz

J. Bellers

Problemlage

Außenpolitik kann noch damit über die Runden kommen, dass es sich rational-kalkulierend an den nationalen Interessen des eigenen und des jeweilig anderen Staaten orientiert. Schon die Entwicklungspolitik musste nach dem Sturz des Schah 1979 aber lernen, dass kulturelle Faktoren den Erfolg von Projekten entscheidend bestimmen. Schließlich kommt die heutige Menschenrechtspolitik, die zentrale Rechte des Menschen im eigenen Land und in der Welt zu sichern versucht, ohne die Beachtung des eigenen und der anderen kulturellen Selbstverständnisse nicht aus. Um Ziele und Umfang von Menschenrechtspolitik ausloten und Empfehlungen erarbeiten zu können, bedarf es daher zunächst der Selbstanalyse und der Analyse des Kulturraumes, dem sich jeweils die Menschenrechtspolitik widmet. Denn nicht alles, was wir in Europa als selbstverständlich betrachten, kann unbedingt in aller Welt eingeklagt werden. Auf dieser Basis werden wir dann die deutsche Menschenrechtspolitik des näheren untersuchen, um abschließend an einem schwierigen Fall, nämlich Saudi-Arabien, zu erörtern, was hier realistischerweise möglich ist – und was nicht.

Wertmaßstab ist hier die Allgemeine Deklaration der Menschenrechte der UN von 1948, die von allen Staaten unterschrieben wurde. Grundlegend sind dabei die körperliche Unversehrtheit (was als Recht klar definierbar ist) sowie die Freiheit und Gleichheit (in deren Interpretation es große kulturelle Unterschiede gibt, die es hier noch zu erörtern gilt). Die Rangfolge der Werte ist historisch und logisch bestimmt: Körperliche Unversehrtheit ist Voraussetzung für die beiden anderen Normen und wurde z.B. von Friedrich dem Großen noch vor den Französischen Revolution durch die Abschaffung der Folter zumindest z.T. verwirklicht. 1789 brachte den Grundwert der Freiheit, die erst Ungleichheit auf freiwilliger (und nicht ständisch vorgegebener) Grundlage ermöglichte; denn nur freie Menschen entwickeln sich unterschiedlich; so daß erst auf dieser Basis der Sozialismus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mehr soziale und wirtschaftliche Gleichheit fordern konnte. Denn die Ausbeutung und Verelendung der meisten in einem freien Kapitalismus war zu offensichtlich und nur schwer zu rechtfertigen. (vgl. Hamm 2003, S. 17 ff.)

Differenziert wird hier zwischen individueller und struktureller Menschenrechtspolitik: 1. Die individuelle setzt sich für einzelne oder Gruppen

ein und will deren Rettung erreichen (so amnesty international, aber auch die Interventionen von Politikern bei Besuchen anderer Staaten). 1. Die neuere Entwicklung des Völkerrechts erlaubt aber neuerdings weitergehende, verstärkte Eingriffe in die inneren Angelegenheiten eines Staates, wenn grundlegende Menschenrechte massiv und systematisch verletzt werden. Damit wurde der zwar (aus anderen Gründen) völkerrechtswidrige, aber erforderliche NATO-Angriff auf Jugoslawien von 1999 auch ohne Mandat der UN begründet (Das serbenfreundliche Russland hatte sein Veto im UN-Sicherheitsrat eingelegt): Der Angriff war quasi eine Art von struktureller Menschenrechtspolitik, die die Ursachen von Menschenrechtsverletzungen (z.B. historisch „gewachsene“ und machtpolitisch instrumentalisierte ethnische Diskriminierungen) beseitigen will. Die Souveränität des Staates und das (vorgebliche) Recht auf Selbstbestimmung der Völker gilt auch juristisch nicht mehr uneingeschränkt, tatsächlich sind diese Rechte ja sozial und ökonomisch bereits weitgehend und seit längerem ausgehöhlt und fiktiv. Eine solche strukturelle Menschenrechtspolitik wird in Zukunft sicherlich an Bedeutung gewinnen, ohne daß das ebenso wichtige Kümmern um Einzelschicksale abgewertet werden soll. Die USA haben eine solche Politik bereits 1945 mit der sozialen Umstrukturierung der deutschen und japanischen Gesellschaft begonnen, auch wenn das den völkerrechtlich gültigen Haager Konventionen widersprach. Wie aber gegenwärtig der Irak zeigt, bedarf auch eine solche Strukturpolitik der Einsicht in kulturelle Unterschiede.

Die Differenzen von europäischer(amerikanischer) und islamischer Identität

Identität ist das, was eine Kultur über einen bestimmten Zeitraum (meist mehrere Jahrzehnte oder Jahrhunderte) im Kern als gleichbleibend ausmacht (womit Wandel nicht ausgeschlossen ist). Sie prägt das Handeln von Menschen inkl. der Eliten in einem größeren Raum, der meist mehrere Staaten umgreift (sieht man vom Hinduismus ab, der auf Indien beschränkt ist).

Internationale Politik muß zunächst, um Konflikte abzubauen, das Gemeinsame der Kulturen aufzeigen (ohne das utopische Ziel eines „Weltethos“ im Sinne von Hans Küng anzustreben). Das Gemeinsame von arabischer und islamischer Kultur sind der Ursprung in den abrahamitischen monotheistischen Religionen des Nahen Ostens, wie sie wohl als erste die Juden hervorgebracht haben. Als Europa politisch und kulturell nach den Völkerwanderungen daniederlag, durchlebte der Islam seit dem 8. Jahrhundert n.Chr. infolge der hochreligiösen Prägung eine hochkulturelle Blüte (inkl. Militärischer Expansion gegen den Westen), die seit dem 10. und dann wieder seit dem 18. Jahrhundert verfiel. Europa verzeichnete diese hochkulturelle Blüte seit dem 13./14. Jahrhundert – mit Unterbrechungen bis heute (auch inkl. militärischer Expansion, z.B. in der Kolonialzeit). Wie sich dieses Auf und Ab

weiterentwickeln wird, ist heute nicht zu sagen. Auf keinen Fall kann man aber sagen, dass die westlich-europäische Kultur auf dem Vormarsch sei. Vieles spricht dafür, dass es der Islam ist (Subsahara-Afrika, West-Europa).

Gemeinsam ist beiden Religionen auch der starke Bezug auf Schriftlichkeit der Kultur (Koran, Bibel) und eine hoch entwickelte Theologie und Philosophie, die ein entsprechendes Selbstbewusstsein schafft.

Für Menschenrechtspolitik prekär sind aber die Differenzen der Kulturen. Hier muß etwas sozialhistorisch ausgeholt werden.

Die Sonderentwicklung Nordwest-Europas zur areligiösen und liberalistischen „Moderne“

Bedingt durch die fruchtbaren Böden, wurden in Westeuropa die agrarischen Überschüsse erwirtschaftet, von denen freie Städte und ein freies Bürgertum leben konnten. Dies wurde auch dadurch ermöglicht, dass Westeuropa – neben Subsahara-Afrika – der einzige Kontinent war, auf dem infolge der Schwäche der deutschen Zentralmacht eine Reichsbildung wie in Indien oder im arabischen Raum misslang. Die konkurrierenden Doppelherrschaften von Papst und Kaiser führten demgegenüber zu einer Dezentralisierung, in deren Freiräumen sich freie und dann kapitalistische Märkte und demokratische Formen herausbilden konnten. Weiteres Moment war, dass – im Gegensatz zu den USA - die (Bürger-)Kriege der christlichen Konfessionen religiöse Wahrheit unglaubwürdig werden ließen und stattdessen eine weitgehende Toleranz und Unverbindlichkeit mit sich brachten. Diese individualistische Freiheit – insbesondere in dem durch zwei Weltkriege und die Nazis-Greuel schuldbeladen traumatisierten Deutschland – ließ mittlerweile seit den 1990er Jahre eine Kultur entstehen, die in manchen Hinsicht an die antike Religion erinnert: statt des christlichen Gottes ziehen eine Reihe von durchaus leiblichen Göttern auf, die Werte wie Fitness, Wellness, aber auch aktives Engagement für den Mitmenschen vertreten; das insgesamt begleitet von rituell sich wiederholenden Kampagnen vor allem der rechtlich-öffentlichen Medien: gegen BSE, für political correctness, gegen Krieg per se, für Frieden usw. (Der Ritus, d.h. die Wiederholung ist ein zentrales Element von Religion.)

Einige europäische Staaten und die USA unterscheiden sich von diesem westeuropäischen Trend dadurch, dass sie zwar auch mehr oder weniger modernisierten, aber gleichzeitig religiös blieben. Die USA deshalb, weil sie von puritanischen Sekten gegründet wurden. In Polen und Rußland überlebte die katholische und orthodoxe Religion, weil die polnische Kirche Symbol für den Widerstand gegen die sowjetische und kommunistische Vorherrschaft war. In Russland war der Glaube stets verinnerlicht und mystisch, sodaß er von den kommunistischen Außenbedingungen kaum tangiert werden konnte. In beiden Ländern erleben wir heutzutage eine religiöse Renaissance.

Polen ist auch noch in Teilen traditional geprägt, weil der agrarische Anteil am BSP noch mit 20% recht groß ist und auch rd. ein Drittel der Bevölkerung gegen einen EU-Beitritt ist, da dieser mit anti-religiösem Kapitalismus und materialistischem Konsumismus gleichgesetzt wird.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich folgende Matrix europäisch-atlantischer Demokratien:

		Grad der religiösen Bindung	
		eher säkular	eher religiös
„modern“		BRD Skandinavien Osteuropa	USA
	traditional	England	Polen

England wird hier unter „traditional“ eingeordnet, weil in England einerseits noch traditionelle Strukturen der klassischen Arbeiterbewegung sowie andererseits Reste aristokratischer Einflusses vorhanden sind.

Die religiös dominierte Entwicklung des arabischen Raums

Bedingt durch den vorherrschenden Wüstencharakter (bis auf das Zweistromland, den Libanon und das Niltal), konnten sich nur wenige städtische Kulturzentren im Nahen Osten entwickeln, die vom Handel lebten, aber ständig von den nomadisierenden Einfällen der Wüstenaraber bedroht waren – so schon der arabische Geschichtsphilosoph Ibn Kaldhun. Die militärische Bedrohung bedingte eine starke Stellung der jeweiligen politischen Spitze, die die Verteidigung organisierte, so dass ein freies industrielles Bürgertum nicht entstand, zumal man sich auf den Handel und Handwerk beschränkte. Die Städte vermochten zwar eine kulturelle Blüte hervorzubringen, aber der Weg zur Aufklärung konnte wegen der politisch (und damit auch religiös) dominanten Vormacht nicht beschritten werden. Religion und Staat wurden und werden

nicht getrennt. Zu einer Konfessionalisierung (Schiiten versus Sunniten) wie in Europa (Protestanten und Katholiken) kam es nur begrenzt in verschiedenen Staaten, aber kaum zu einer Konkurrenz zweier Konfessionen in einem Staat (wie in Deutschland). Meist wird die divergierende Konfession unterdrückt. Zeitweise wurden Ergänzungsreligionen (im Kontext des Islam) inszeniert: der Nationalismus und der Sozialismus, z.B. in Nassers Ägypten 1953 – 1969, die auch eine gewisse Säkularisierung versuchten, aber den Islam nie ersetzen konnten. Die sozialistischen Nationalismen blieben aber mit ihren Verstaatlichungsexperimenten und dem Versuch sozialer Absicherungen, die die Staatskassen überforderten, wirtschaftlich erfolglos, so dass sich die Massen seit den 80er Jahren dem Islamismus als der letzten Hoffnung gegen über der Dominanz des Westens zuzuwenden begannen, offensichtlich seit der Islamisierung des Irans mit dem Sturz des prowestlichen und säkularen Schahs und der Machtübernahme durch Ayatolla Khomeini 1979, wodurch der kapitalistische, autoritäre Modernisierungskurs in der Tradition von Ata Türk beendet wurde. Ein überwiegender Teil der arabischen Eliten und auch der allgemeinen Bevölkerung, auch die westlich orientierten, verachten heutzutage tief den Liberalismus Westeuropa und der USA, den sie mit sexueller Freizügigkeit gleichsetzen. Freiheit wird im arabischen Raum definiert im religiösen und sozialen Zusammenhang – mehr oder weniger. Das entspricht durchaus Positionen, die zumindest früher von manchen konservativen und christdemokratischen Parteien vertreten wurden, heute aber immer mehr im Westen verblassen – zumindest in den Medien -, so dass uns der islamische Raum immer unverständlicher wird (ähnlich wie vielen Deutschen der heutige christliche Präsidenten-Fundamentalismus in den Vereinigten Staaten fremd ist). Die arabischen Diktaturen oder autoritären Regime (denn das sind sie alle mehr oder weniger) seien in ihren vielfältigen Ausformungen durch folgende Übersicht zunächst klassifikatorisch dargestellt und differenziert. Dabei ist zu beachten, dass eine auch autoritäre Herrschaft wie Jordanien durchaus auf eine Vielzahl von Gruppen und Stämmen Rücksicht nehmen muß, also der Grad der Macht- und Gewaltenteilung recht hoch sein kann. (vgl. Raeder 2001, S. 133 ff.)

Grad der religiösen Bindung

eher säkular religiös

Syrien, früherer Irak,	Libyen
Türkei	Jordanien Saudi- Arabien

Grad
der Machtteilung niedrig
hoch

Der Begriff der Diktatur wird nur als formaler Oberbegriff verstanden und grenzt sich von der „Demokratie“ dadurch ab, dass kein regelmäßiger Machtwechsel zwischen einer parlamentarisch gestützten Regierung und der parlamentarischen Opposition stattfindet (wie das in Frankreich, England usw. selbstverständlich der Fall ist). Diesen regelmäßigen Machtwechsel gibt es in keinem arabischen Staat, im Nahen Osten nur in Israel und begrenzt in der Türkei. Sozial-strukturelle Ursache für das Fehlen des Wechselmechanismus und die Dominanz nicht-demokratischer Herrschaft ist die unterbliebenen oder nur marginale Industrialisierung, die in Westeuropa und in Nordamerika die sich gegenüberstehende bürgerliche und proletarische Klasse hervorgebracht haben. Diesen Klassen gemäß bildeten sich herrschende und opponierende, politische Parteien. Und auch wenn diese ursprüngliche Klassenstruktur zu Beginn des 21. Jahrhunderts weitgehend erodiert ist, so wurde dieses Gegenüber doch in der politischen Kultur durch Gewohnheit und Tradition als Selbstverständlichkeit verinnerlicht (wie gesagt: nur in West- und Mitteleuropa, Nordamerika, Australien und versuchsweise gegenwärtig in Lateinamerika und Indien, schon nicht mehr in Japan). (siehe B. Moore)

Diese sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Voraussetzungen fehlen im Nahen Osten: Hier wurde die Macht im Kampf gegen äußere Feinde oder zum Unterhalt komplexer Bewässerungssysteme in Mesopotamien entweder

1. zentralisiert (Irak und Ägypten z.B. mit ihren ausgebauten Flussgesellschaften, die nur beherrschbar waren mit hierarchisierten Verwaltungen, siehe die These der „hydraulischen Gesellschaft“ nach Wittfogel (1962). In Syrien, im Irak und in Ägypten beruht die Macht des Präsidenten auf dem Militär und einer dominierenden Partei, in Syrien bis heute auf der sozialistisch-säkularen und lange Zeit mit der UdSSR zusammenarbeitenden Baath-Partei, auf die sich auch Saddam-Hussein im Irak stützte. Die Gesellschaft der beiden „Baath-Staaten“ ist, bzw. war in bestimmten Maße auch sozialistisch gestaltet, d.h. alte, feudale Eliten wurden auch ökonomisch entmachtet, allerdings bei erheblicher Selbstbereicherung der Elite. Die Herrschaft des ägyptischen Präsidenten Mubarak (immerhin mittlerweile seit mehr als 20 Jahren an der Macht, formell durch „Wahlen“) beruht auf dem Militär und einer einflussreichen Mittel- und Oberschicht, zu deren Gunsten sich die nach Nassers Tod 1969 eingeschlagene, prowestliche, kapitalistisch-liberale Wirtschaftspolitik auswirkt. Auch das politische System und die Gesellschaft sind z.T. liberalisiert. Formell gibt es ein Mehr-Parteien-System, islamistische Gruppen wurden aber vehement bekämpft und z.T. vernichtet. Ähnlich ist die tunesische Gesellschaft gestaltet. Algerien war lange Zeit sozialistisch-säkular geprägt. Das Scheitern dieses Modells, das aus dem Befreiungskampf gegen die französische Besatzung hervorgegangen war, führte dann seit Beginn der 90er Jahre zur fundamentalistischen, gewaltsamen Opposition, zu einem Bürgerkrieg, der dann wieder das Militärregime der regierenden Partei stärkte, die nicht weniger gewaltsam zurückschlug.

2. Oder die Herrschaft im arabischen Raum ist „sultanisch“, d.h. abhängig von einer vielfältigen gesellschaftlichen Basis: Marokko und Jordanien sind traditionelle islamische Königreiche mit agrarischer Basis und außenpolitisch westlicher Ausrichtung. Der König von Jordanien kann sich letztlich nur mit amerikanischer (und britischer) Hilfe und durch die militärische Kraft der Nomadenstämme der Wüste gegen die rebellierenden Palästinenser auf seinem unsicheren Thron halten (im antipalästinensischen Kampf sogar in einem stillen Bündnis mit dem ebenso antipalästinensischen Israel, deshalb kam es auch zu einem jordanisch-israelischen Friedensvertrag. Nur das starke Ägypten wagte auch diesen nicht ungefährlichen Schritt, man erinnere sich der Ermordung des ägyptischen Präsidenten Sadat durch fundamentalistische Militärs, nachdem er vor dem israelischen Parlament geredet und mit dem „Feind“ paktiert hatte). Die jordanische Politik verfolgt einen eher liberalen Kurs, der sogar die Vertreter von fundamentalistischen Parteien im Parlament zulässt.

Auch der marokkanische König, der sich direkt vom Propheten ableitet, ist fest in der traditionellen Gesellschaft verankert, besonders in deren männlichem Teil, die ihre Herrschaft im Hause und gegenüber der Frau mit der des Königs und Propheten gleichsetzt. Der marokkanische Geheimdienst greift gegen Oppositionelle jedoch grausam (Folter) durch. Allerdings sollte man sich nicht darüber täuschen: Wenn man sich z.B. selbst im westlichen Istanbul oder in Casablanca mit Bazaris unterhält, kommt schnell das Verständnis für Folter zum Vorschein, mit der man den marodierenden Jugendlichen und sonstigen Kriminellen und erst recht den bombardierenden Terroristen begegnen könne. (Deutsches Orient-Institut 2003)

Diese sozialen Tatsachen müssen in der Menschenrechtspolitik zwar nicht akzeptiert werden, aber man muß sie zumindest kennen, um Erfolg haben zu können.

Wie hier Menschenrechtspolitik „zwischen diesen Matrixen“ handeln kann, soll nun diskutiert werden, nachdem zunächst kurz dieser Politikbereich selbst im nächsten Abschnitt dargestellt wurde.

Deutsche Menschenrechtspolitik

Am 5. 6. 1987 richtete der Bundestag einen Unterausschuß Menschenrechte und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Ausschuß ein (vgl. Bungarten 1996, S. 84 ff.) – erstmals in der Parlamentsgeschichte überhaupt. Hier wurden und werden insbesondere die Menschenrechtsberichte der Bundesregierung diskutiert. Bestimmte Länder wurden zum Schwerpunktthema einer Legislaturperiode. Selbst mit dem sensiblen Tibet-Fall befasste man sich in nicht-öffentlich er Sitzung, und in einer Überraschungsaktion beschloß der

Bundestag 1996 sogar eine antichinesische Resolution zu Tibet, was die Bundesregierung unter Kanzler Kohl in keiner Weise erfreute. Die Menschenrechtsberichte zeichnen sich durch eine eher konturlose Breite aus, die auch Aktivitäten vortäuschen soll. Allerdings hatte bereits der Entwicklungsminister der 90er Jahre, Spranger, eine verstärkte „Konditionalisierung“ der Entwicklungshilfevergabe eingeführt, d.h. Mittel werden nur vergeben, wenn bestimmte Bedingungen (u.a. Einhaltung von Menschenrechten) erfüllt werden. (vgl. Nuscheler 1997)

Mit der Bundesregierung Schröder/Fischer gewann die Menschenrechtspolitik erneuten Auftrieb. Das Amt eines Menschenrechtsbeauftragten, bzw. einer Menschenrechtsbeauftragten wurde im Auswärtigen Amt eingerichtet. Die deutsche Menschenrechtspolitik wird eng mit der Gemeinsamen Außenpolitik der EU abgestimmt. In einigen Fällen kommt es auch zu gemeinsamen Aktionen und Stellungnahmen aller EU-Staaten. In der Entwicklungspolitik werden nicht nur alle Projekte auf menschenrechtliche Aspekte hin analysiert, darüber hinaus werden z.B. Menschenrechtsbeauftragte von Regierung der Dritten Welt direkt unterstützt. (Lingnau 2003) Die Lageberichte des Auswärtigen Amts zur Menschenrechtssituation in Drittstaaten haben sich geändert. Die EU trat mit dem Iran in einen „kritischen Dialog“ – im Gegensatz zur pauschalen Sanktionspolitik der USA. Der Türkei wurde 1999 der – bedingte - EU-Beitrittskandidaten-Status eingeräumt, um so ein Instrument in der Hand zu haben, dort die Verwirklichung von Menschenrechten als Voraussetzung der EU-Mitgliedschaft zu erzwingen. Das Justizministerium entwickelte einen spezifischen Rechtsstaatsdialog mit der Volksrepublik China, in dem u.a. über rechtliche Mindeststandards gesprochen wird. Über das Bundesministerium des Inneren werden die Polizeien anderer Staaten menschenrechtlich ausgebildet. In diesen Kontext sind die Aktionen der Bundesregierung gegen alle Formen von Extremismus in Deutschland selbst zu erwähnen. Z.T. gab und gibt es aber auch symbolische Maßnahmen: „Bestrafung“ des linken Nicaraguas durch CDU/FDP-Regierungen; Besuch der sozialdemokratischen Entwicklungshilfe-Ministerin in Kuba. Das ist für das Herz der Menschenrechtsgruppen, bzw. für die konservative Klientel.

Auch mit Bezug auf die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik sollte man menschenrechtlich nicht blind sein, so wenn z.B. heutige CDU-Funktionäre in Ostdeutschland 1989 in der „Volkskammer“ als Abgeordnete einer Resolution akklamierten, die die blutige Niederschlagung der Studenten-Rebellion auf dem Platz des Himmlischen Friedens begrüßte.(vgl. allgemein Hutter 1999, S. 173 ff.)

Auch in der Zeit vor den 80er und 90er Jahren gab es natürlich faktisch Menschenrechtspolitik (auch wenn sie nicht immer so benannt wurde) , so wenn man durch die Brandtsche Ostpolitik mehr Freiheiten in der DDR erreichen wollte, oder sich für einzelne Gefangene einsetzte, die seit dem innerdeutschen

Bundesminister Barzel soweit wie möglich „freigeauft“ wurden. Menschenrechtspolitik wurde jedoch primär auf den Ostblock bezogen, die Dritte Welt sah man noch weitgehend unter der Perspektive des Ost-West-Konflikts.

Insgesamt geht die deutsche Menschenrechtspolitik zu Recht eher auf leisen Sohlen, da man so mehr erreicht; während die amerikanische oft mit dem großen und medienwirksamen Paukenschlag („Schurkenstaat“) arbeitet, dann aber die Gegenseite in die Enge drängt und so Kompromisse unmöglich macht, dass letztlich nur die Alternative: Nichts-Tun und pauschales „Draufschlagen“ (Sanktionen, Krieg) übrigbleibt.

Wegen der in den Matrixen aufgezeigten Vielfalt von politischen Systemen müssen die Menschenrechtspolitiken länderspezifisch ausgestaltet werden. Beginnen wir daher exemplarisch mit einem schwierigen Fall.

Länderspezifische Strategien der Menschenrechtspolitik Saudi-Arabien als Beispiel

Mit diesem Land wenden wir uns einem Problemfall der Menschenrechtspolitik zu, an der sie sich erst bewähren kann. Denn es ist relativ einfach, gewisse menschenrechtliche Forderungen gegenüber den USA durchsetzen – einer Demokratie mit funktionierender Öffentlichkeit und Gerichtsbarkeit. (Daher sollte man die USA auch nicht als einen Fall von Menschenrechtspolitik rubrizieren.) Leicht ist auch die Menschenrechtspolitik in Afrika, wenn man sie mit Frankreich als dortiger Vormacht koordiniert. Das alles gefährdet meist nicht die deutschen Interessen, da vor allem Subsahara-Afrika nur mit 1% am Welthandel beteiligt ist. Auch kann man stets groß Menschenrechte gegenüber der Volksrepublik China proklamieren, wenn man trotzdem mit ihr gut ins Geschäft kommt, man schon kurz nach dem Massaker auf dem Platz des Friedens 1989 wieder Kontakte pflegt und man in sensiblen Fragen (Selbständigkeit Tibets?) ohnehin den chinesischen Standpunkt einnimmt, so durchweg alle deutsche Regierungen. Oft begnügt man sich mit der Freilassung einiger Gefangener (so wichtig dies für den einzelnen ist), mit der die kommunistische Regierung in Peking das Gesicht des Gastes aus dem Westen wahren will (nicht umgekehrt!). Da sollte man dann besser gleich offen sagen, dass hier oder dort machtpolitische oder ökonomische Interessen Vorrang haben. Eine bloß symbolische Menschenrechtspolitik sollte man besser unterlassen, da sie die Glaubwürdigkeit und die Durchsetzungsfähigkeit dieses Politikfeldes schädigt und insgesamt diskreditiert.

Das sieht angesichts der saudischen Gesellschaft und angesichts der Bedeutung der ökonomischen und politischen Bedeutung des Landes anders aus. Hier müsste sich die deutsche Außen- und Menschenrechtspolitik in mehrfacher Hinsicht hervorwagen:

- Wir, d.h. der gesamte Westen sind direkt oder indirekt von der Ölzufuhr abhängig.
- Allerdings ist auch das saudische Königshaus auf militärischen Schutz und Technologieimport aus dem atlantischen Raum angewiesen.
- Saudi-Arabien wird auch in Zukunft – nach dem teilweisen Scheitern der amerikanischen Besetzung des Irak – ein zentraler geopolitischer Hemmblock gegenüber dem schiitisch expansiven Iran sein – dem großen Konkurrenten in diesem Raum..
- Saudi-Arabien ist der Staat, der – wenn überhaupt einer – die radikalen Palästinenser evt. in einen Friedensprozeß mit Israel einbinden könnte. Saudi-Arabien ist der Herr der heiligen Stätten von Mekka und Medina, es steht bis heute im Kriegszustand mit Israel. Die Rückgabe der heiligen islamischen Stätten in Jerusalem seitens Israels ist eine zentrale Forderung der in Saudi-Arabien einflußreichen Geistlichkeit.
- Russland steht stets als machtpolitischer Konkurrent im Nahen Osten bereit – auch nach dessen Schwächung infolge des Untergangs der UdSSR. Die engeren Beziehungen Putins zum Iran sollten mahnen.
- Es sind für den Fall einer forcierten und ernst gemeinten deutschen Menschenrechtspolitik gegenüber den Saudis Konflikte mit den USA möglich, die das Land als ihren territorialen Flugzeugträger ansehen. (Das sieht nur gegenwärtig infolge der amerikanischen Menschenrechtskampagne gegen das Land anders aus.)
- Das innenpolitisch durch fundamentalistisch-rechtsrevolutionäre Kräfte gefährdete Königshaus darf aber auch durch eine Menschenrechtskritik nicht weiter destabilisiert werden, um nicht Schlimmeres heraufzubeschwören.
- Der religiös-konservative Fundamentalismus der Saudis, der sog Wahabismus, mit dem das Königshaus seit 200 Jahren eng verbündet ist und der es legitimiert, wird von einem weitaus größeren Teil der Gesellschaft getragen, als das im bereits unter dem Schah fortgeschritten verwestlichte Iran der Fall war und ist. Die Schahs verfolgten seit ihrer Machtübernahme 1925 ein ähnliches Reform- = Verwestlichungsprogramm wie Atatürk in den 20er und der 30er Jahren der Türkei. Wenn aber die Traditionen in Saudi-Arabien weitgehend akzeptiert werden (sieht man von gewissen Teilen der städtischen Intelligentsia ab), welche darf man dann menschenrechtspolitisch auf- und angreifen? Traditionen sind ja nicht per se schlecht (was natürlich

Menschenrechtsverletzungen nicht ausschließt). Gerade umgekehrt ist zu befürchten, dass zumindest eine große Minderheit der Saudis eher mehr Islamismus will. Das saudische Königshaus wird wegen seines außen- und wirtschaftspolitisch prowestlichen Kurses von „rechts“ kritisiert, wie die mehrwöchige, gewaltsame Besetzung der heiligen Stätten von Mekka durch islamistisch-revolutionäre Kräfte im Jahre 1979 zeigte.

- Zwar hat das Königshaus Ende 2003 angekündigt, bald demokratische Wahlen durchzuführen, aber das könnte genau so enden wie in Algerien Anfang der 90er Jahre, als dort die fundamentalistische FIS-Partei die Mehrheit erlangte, die die Demokratie wie im Iran beseitigen wollte. Das algerische Militär beendete daraufhin mit Unterstützung Frankreichs und Duldung der EG den Demokratisierungsprozeß, der zu einer weitergehenden Entdemokratisierung geführt hätte, als es die Militärherrschaft war und ist.

- Saudi-Arabien ist nicht einfach unter den Begriff der Diktatur zu rubrizieren. Es ist aber auch keine Demokratie im atlantisch-europäischen Sinne. Zwar wird auch eine Verfassung abgelehnt, Grundlage des Staates ist vielmehr der Koran selbst, also alles andere als eine Trennung von Staat und muslimischer Religion – und diese auch nur in einer konfessionellen Ausrichtung. Aber der König kann nicht absolutistisch schalten und walten, wie er will. Er ist vom Ratschlag und der Unterstützung der wahabitischen Geistlichkeit abhängig, die z.B. die Annäherung Saudi-Arabiens gegenüber Israel ablehnt und Ansätze des Außenministers hierzu verhinderte. Das uns seltsam anmutende System der 10000 Prinzen hat seinen Ursprung ebenfalls in der relativen Schwäche des Königshaus der Sauds. Man erinnere sich: Der 1953 verstorbene Gründer des Staates Saudi-Arabien, dessen Sohn (einer der vielen) heute noch König ist, hat zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch persönlich vom heutigen Kuwait aus Teile des vormaligen Gebiete seines Wüsten-Stammes persönlich zurückerobert, indem er dem feindlichen Scheich früh morgens persönlich die Gurgel durchdolchte. Und das politische Werk dieses Saud lag darin, dass er durch zahlreiche Kämpfe die anderen Stämme besiegte und so das Land einte. Diese Einigung wurde dann fundiert durch eine systematische Heiratspolitik, so daß die 10000 Prinzen mit ihren Apanagen quasi der soziale Kitt des Staates sind. Daher muß das Königshaus auch auf diese Stämme Rücksicht nehmen – trotz aller Geheimdienste und Kontrollmechanismen, über die die Regierung in Riad auch verfügt. Schließlich wird der Staat – wie erwähnt – durch die wahabitische Form des Islam integriert, und nach außen hin versucht das Königshaus inkl. der Prinzen auch die Fassade einer wahabitischen Strenggläubigkeit zur eigenen Legitimation aufrechtzuerhalten – bis hin zur Köpfung oder sonstigen Bestrafung von

Prinzen und Prinzessinnen, die es damit nicht so genau nehmen. Es ist also nicht nur Schein.

Eine Menschenrechtspolitik darf die aufgeführten, durchaus legitimen Interessen, Gesichtspunkte und Traditionen nicht einfach rigoristisch-moralisch oder sogar westlich-fundamentalistisch ignorieren. Was nützt es dem Westen, wenn er sein Gewissen durch eine rigorose Menschenrechtspolitik beruhigt fühlt, aber dadurch nur die antiwestlichen Strömungen im arabischen Raum und in der 3. Welt überhaupt verstärkt. Erst in einer solchen schwierigen Lagen, denen alle Staaten gleichermaßen gegenüberstehen, muß sich Politik bewähren. Politik ist stets tragisch, d.h. die Wahl zwischen dem kleineren und dem größeren Übel. (Heine 1996)

Wenn man sich hier dann aber nach längerem Diskussionsprozeß (unter Einschluß der deutschen Bevölkerung, die ja evt. Konsequenzen mit tragen muß) zu einer Menschenrechtspolitik mit oder gegenüber Saudi-Arabien entscheidet, muß sie genau in ihren Zielen, Mitteln und Durchsetzungschancen definiert werden – und dann auch durchgesetzt werden.

Wie sollte nun eine Menschenrechtspolitik gegenüber Saudi-Arabien aussehen?

1. Die Bundesregierung (am besten auch die parlamentarische Opposition) und die interessierte Öffentlichkeit eines Landes müssen sich bewusst und bei Wissen möglicher Konsequenzen (z.B. wirtschaftlicher Beeinträchtigungen) für die Menschenrechtspolitik gerade gegenüber Saudi-Arabien entscheiden.

2. Es müssen klar die Kriterien entwickelt werden, was ggf. zu kritisieren ist. Ein Rundumschlag verprellt nur die Gegenseite (wenn hier der Partikel „gegen“ überhaupt angebracht. Besser wäre ein partnerschaftlicher und wechselseitiger Menschenrechtsdialog, wenn das nicht idealistisch ist. Aber an der Bundesrepublik ist z.B. ein übertriebener Individualismus zu kritisieren, das müsste man sich dann von den Saudis sagen lassen..)

3. Die Eigenart der saudi-arabischen Gesellschaft ist zu respektieren – mit vielen ihrer Traditionen, auch wenn sie uns fremd sind.

4. Was bleibt dann zu kritisieren? Nach welchem Maßstab können wir messen?

Zunächst einmal sei gesagt, dass es angebracht ist, sich angesichts der Vielzahl

aufgeführter Gesichtspunkte auf die grundlegenden Menschenrechte zu beschränken,

und das ist vor allem – wie oben plausibel zu machen versucht wurde – das Recht auf

körperliche Unversehrtheit. In der Vertretung dieses Rechts sollte man dann allerdings

konsequent sein. Das gilt vor allem für die Folter (die in Saudi-Arabien allerdings

nicht systematisch angewandt wird).

5. Wie verhalten wir uns gegenüber den drakonischen Strafen. (Handabschlagen bei Diebstahl)? Ich will die Frage auf einem Umweg beantworten: Mir ist immer unwohl, wenn manche mit großer Verve die Hinrichtungen in den USA kritisieren. Ich lehne auch die Todesstrafe ab, aber habe ich das Recht, hier den Amerikanern etwas vorschreiben zu wollen? Am deutschen Wesen soll die Welt genesen? Ich kann darüber mit ihnen kontrovers diskutieren, aber sie von oben herab verurteilen? Wie ist es mit dem Verbot der Homosexualität in Saudi-Arabien, die auch in Deutschland noch bis 1973 verboten war? (womit ich dieses Verbot nicht rechtfertigen will) Was ist nun mit dem Handabhacken in Saudi-Arabien zur Strafe für Diebe (was allerdings kaum noch praktiziert wird). Es widerspricht natürlich dem Recht auf körperliche Unversehrtheit und sollte daher in einem vorsichtigen Dialog Gegenstand der Thematisierung werden – nicht öffentlich am besten.

6. Bei den anderen Menschenrechten ist u.a. nach den Vorgaben des deutschen Asylrechts zu verfahren. Z.B. erhält keiner in Deutschland Asyl, wenn er in Saudi-Arabien eine christliche Kirche nicht bauen darf (wie es in dem Land der Fall ist). Die deutsche Rechtsprechung sieht das Recht auf freie Religionsausübung erst dann im Kern tangiert, wenn man auch in seinen vier Wänden nicht beten darf. Und das wird auch in Saudi-Arabien nicht verboten. Auch der soziale Verschleierungszwang ist kein Asylgrund.

7. Gegen Teile des saudischen Geheimdienstes, der mit allen Fundamentalisten zu sympatisieren scheint, gilt es zusammen mit dem Königshaus zu agieren, am besten auf der Ebene der westlichen Geheimdienste. (Ähnliches gilt übrigens auch für den pakistanischen Geheimdienst.)

Menschenrechtstrategien gegenüber anderen islamischen Ländern

Im Vergleich zu Saudi-Arabien ist die Menschenrechtspolitik gegenüber dem Iran „einfacher“, da es zuvor schon unter dem Schah eine weiter verwestlichte Gesellschaft war. Hier gilt es auch Rechte wie die Gleichstellung von Frauen einzubeziehen

Auch in Ägypten sind andere Maßstäbe anzulegen als gegenüber Saudi-Arabien. Ägypten beansprucht, ein westlich orientierter, marktwirtschaftlicher und liberaler, wenn auch kein säkularer Staat zu sein. Die Frage ist hier schon angesichts dieses Entwicklungsstandes: Gibt es Rechtsstaatlichkeit (wie sie in der Türkei weitgehend verwirklicht ist)? Die Antwort auf diese Frage hat die Menschenrechtspolitik zu bestimmen - wenn man sich überhaupt Ägypten „vornehmen“ will und man nicht schon mit den Saudis z.B. genug zu tun hat, um unser fiktives Beispiel weiter durchzudeklinieren. Wenn solche rechtsstaatlichen Fragen geklärt sind, wäre idealiter der nächste Schritt Maßnahmen zur Demokratisierung. Aber das ist ein weiter Weg, weil es dabei an die Substanz der herrschenden Elite geht. Der letzte Schritt sind – abgesehen von humanitären Not- und Hunger-Hilfen - soziale Menschenrechte. (Krämer 2003, S. 45 ff.; Kreide 2001, S. 121 ff.)

Man soll sich aber des normativ(-westlichen) Gehalts dieser Aussagen über Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bewusst sein: Sie geht von einem Fortschritt in der Geschichte aus und von der Existenz höher und weniger entwickelter Gesellschaften. Damit ist nichts gegen die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie gesagt, aber es muß untersucht werden, ob nicht alternative, traditionale Rechts- und Mitbestimmungssysteme ebenso gut funktionieren (z.B. die Form anarchischer Gesellschaften in Schwarz-Afrika).

Ein hoher Bedarf an Menschenrechtspolitik besteht im Sudan, wo eine islamistische Regierung im Norden seit Jahren die christlich-animistische Bevölkerung im Süden des Landes auszurotten droht. (Gegenwärtig scheint aber ein Aufeinanderzugehen der Parteien festzustellen sein – wie lange das andauert, ist unklar.) Sanktionen reichen bei einem Fortgang des Bürger- und Religionskrieges nicht, auch nicht das beliebige Bombardieren einiger Fabriken dort seitens der USA. Hier ist ein koordiniertes Vorgehen der westlich-atlantischen und islamischen Welt vonnöten, notfalls als letztes Mittel per militärischer Intervention und zeitweiliger Besetzung und UN-mandatierte internationaler Erziehungsdiktatur (wie z.B. in Bosnien.-Herzegowina auch durch die Bundesrepublik erfolgreich praktiziert). Um es überspitzt zu formulieren: Wichtiger als eine Menschenrechtspolitik gegenüber Saudi-Arabien wäre eine solche im Sudan. Nach den Völkermorden des letzten Jahrhunderts sollte man doch gelernt haben. Aber man hat erst in Jugoslawien und gleichzeitig 1994 in Ruanda wieder versagt, als 1 Millionen Tutsis unter Wissen der westlichen Regierungen durch die Hutus mit Macheten einzeln zerstückelt wurden. Hier ist die von der Bundesregierung angestrebte und z.T. bereits aufgestellte EU/WEU-Eingreiftruppe von 60.000 Mann auch menschenrechtlich geboten (wie sie Mitte 2003 im Osten Kongos zur Eindämmung der marodierenden Kindersoldaten eingesetzt wurde.) (vgl. Wohlrapp 2000, S. 107 ff.)

Menschenrechtspolitik gegenüber Deutschland

Wessen müssen wir uns schämen? In unserer hoch entwickelten, rechtsstaatlich gesicherten, ökonomisch fundierten, sozial fürsorgenden Demokratie. Sicherlich mancher Verletzung der Rechte von Ausländern und Minderheiten. Sicherlich auch zuweilen eines hohen Meinungsdrucks, den die Medien erzeugen und Minderheiten diskriminiert. Aber auch eines Vergessens des Nächsten, auch der Nächstenliebe, insgesamt eines überbordenden Individualismus und einer Beliebigkeit der Werte. Das würde uns die arabischen muslimischen Freunde sicherlich sagen, wenn wir in einen Menschenrechtsdialog mit ihnen treten.

Wer mit wem?

Kein Staat sollte sich von der menschenrechtlichen Kontrolle anderer Staaten ausnehmen, er sollte sich aber auf wenige Staaten in seiner Kritik beschränken, um hier dann auch wirklich wirksam sein zu können – allerdings in Koordination mit der Staatenwelt (wie es ja ansatzweise schon geschieht.)

Die Frage ist: Kann jeder Staat mit jedem? Kann ein religiöser Staat besser Menschenrechtspolitik gegenüber einem ebenfalls religiösen Staat betreiben als ein säkularer Staat? Wahrscheinlich nicht, da vor allem die monotheistischen Religionen (im Gegensatz zum Hinduismus) Ausschließlichkeitsansprüche erheben. Und kann ein traditionaler Staat besser mit einem ebenfalls traditional-konservativen Staat menschenrechtlich kooperieren? Das würde ich befürworten (siehe die beiden Matrixen oben mit ihren Analogien), da auf dieser Ebene eines gemeinsamen Konservativismus ein wechselseitiges Verständnis möglich wird, das ein liberaler Dauer-Modernisierer gar nicht mehr hat und wohl auch nicht mehr gewinnen kann. Denn ein traditionales Lebensverständnis ist nicht nur intellektuell zu rekonstruieren, es muß auch emotional erlebt werden.

Es ist ebenfalls zu beachten, dass nur die Staaten mit tatsächlichem Einfluß im jeweiligen Raum Menschenrechtspolitik dort betreiben sollten: d.h. in Lateinamerika die USA (siehe die durchaus erfolgreiche Menschenrechts- und Demokratisierungspolitik von Präsident Carter 1976 – 1980); Frankreich in Westafrika, Großbritannien in Ostafrika, die Republik Südafrika für das südliche Afrika; und Deutschland für die ehemalige deutsche Kolonie Namibia, wo noch 500.000 Deutsch-Sprachige leben. (vgl. Stern 1982, S.9ff.)

Internationale Organisationen - auch amnesty international - können nur über öffentlichen Druck wirken, was nicht unwichtig ist, aber weniger als (ökonomische) Machtpolitik der jeweiligen Hegemonialmacht. Falls diese im Sinne ihrer vormaligen Kolonialmacht-Rolle und -interessen handelt, muß in

den atlantischen und europäischen Gremien darüber gesprochen und verhandelt werden.

Zentrales heutiges Problem ist der Nahost-Raum, da sich hier – im Gegensatz zu Amerika - nach dem Untergang des Osmanischen Raumes nach 1918 keine neue Hegemonialmacht bilden konnten. Die 1919 dort mit einem Völkerbunds-Mandat beauftragten Franzosen und Briten zogen faktisch 20 Jahre später wieder ab – bezogen auf die arabischen Inseln im persischen Golf vor der saudischen Küste 1968. Einzige Möglichkeit ist daher ein abgestimmtes Vorgehen von EU und USA. Das ist kein Ersatz für eine Hegemonialmacht, aber anderes haben wir nicht.

Zusammenfassende Empfehlungen

- Du sollst nur für die Menschenrechte eintreten, für deren Durchsetzung Du auch Nachteile in Kauf zu nehmen bereit bist! (z.B. als Folge von Reaktionen des Angegriffenen) Darauf muß die Bevölkerung eingestellt werden (z.B. auf eine erneute Ölkrise als Reaktion der arabischen Welt wie schon 1973). Eine solche Menschenrechtspolitik ist im Parlament öffentlich zu diskutieren. Das schließt Geheimdiplomatie dort, wo sie mehr bringt, nicht aus.

- Konzentration auf bestimmte Länder und Rechte ist besser als der unglaubliche Rundumschlag. Menschenrechtspolitik muß auch machtpolitisch durchsetzbar sein, sonst degeneriert sie zur symbolischen Politik für bestimmte Wählerklientel, hinter der nichts steckt. Daher sollte Entwicklungspolitik zwar auch Menschenrechte beachten, aber Projekte sind nicht per se auch mit diesen Zielen belasten: es ist schon viel erreicht, wenn diese bildungs-, wirtschafts-, sozial- usw.-politisch gelingen. Durch entwicklungspolitisch mitbedingte Prozesse sozialen Wandels können auch langfristig und quasi “nebenbei“ und indirekt Menschenrechte verwirklicht werden, nicht durch Zwang, sondern durch Änderung der Verhaltensweise, z.B. die Aufwertung der Stellung der Frauen infolge einer Industrialisierung und Differenzierung der Gesellschaftsstruktur.

- Ob Menschenrechte und welche verletzt sind, ist auch vor dem Hintergrund der jeweiligen Gesellschaftsstruktur zu beurteilen: Was manchem Westeuropäer fremd sein mag, ist noch lange keine Menschenrechtsverletzung (faktischer sozialer Gebetszwang in Teilen des Nahen Ostens z.B.). Nur fundamentale Menschenrechte (insbesondere die körperliche Unversehrtheit und ggf. – ab einem bestimmten ökonomischen und industriellen Niveaus - mehr Freiheiten und mehr soziale Gleichheit) gelten überall. Andere Grundrechte können nicht

sofort umgesetzt werden, sondern erst bei Erreichung eines entsprechenden wirtschaftlichen Niveaus.

- Akzeptierte Traditionen müssen geachtet werden; der Eindruck, über Menschenrechte kapitalistische Modernisierungs- und McDonaldisierungsprozesse einleiten zu wollen, ist zu vermeiden. Das gilt vor allem für den arabischen und islamischen Raum mit seiner hohen und alten Kultur, was immer das heißen mag. Istanbul war sicherlich noch um 1850 ein blühenderes Zentrum als Berlin (vielleicht auch heute noch). Menschenrechte dürfen nicht für andere Zwecke instrumentalisiert werden. Andere Politikbereiche, z.B. die Entwicklungszusammenarbeit, dürfen zur Erzwingung von Menschenrechten eingesetzt werden, wenn nicht der dadurch bewirkte Schaden (durch Verweigerung von Entwicklungshilfe u.a.) größer ist als das nur eventuell erreichbare Menschenrechtsziel. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel ist ein zentraler Grundsatz. Das ist ein schwieriger, „topischer“ Prozeß des Abwägens zwischen zwei und mehreren Übeln. Auch Menschenrechtspolitikern können schuldig werden, was mancher Übermoralisierung in diesem Bereich Grenzen setzen soll.

- Fortschritte sind in der Menschheitsgeschichte vor allem nur auf naturwissenschaftlichem Gebiet festzustellen (vor allem in der Medizin). Ob man sich nun in Afrika in traditionellen Initiationsriten durchaus schmerzhaft tätowiert oder in Europa aufgrund modischer und medialer Zwänge peirt (also körperlich „freiwillig“ und begrenzt verletzt), ist zu akzeptieren. Bei der Frauen-Beschneidung ist allerdings die Grenze überschritten, da hier Schäden auf Dauer verursacht werden und ein wichtiger Teil des menschlichen Lebens für immer zerstört wird.

- Menschenrechtspolitik sollte nach Möglichkeit zweiseitig, dialogisch sein. Beide Seiten müssen für Kritik offen sein, um glaubwürdig zu werden.

- Wirkungsvolle, nicht-staatliche Menschenrechtskampagnen wie in den USA gegen das rassistische Südafrika (Boycott von Produkten und Banken mit Kontakt dorthin) sind möglich, wenn die deutsche oder europäische Bevölkerung mitspielt (beispielsweise gegenüber dem Iran).

- Aufgrund der hier aufgeführten Gesichtspunkte war es richtig, dass Kanzler Schröder bei seinem Besuch in Saudi-Arabien im November 2003 Menschenrechtsfragen nicht öffentlich thematisiert hat. Dazu gibt es genügend Gelegenheit und mehr Anlaß in anderen Ländern, vom Iran bis zum Kongo. Saudi-Arabien sollte als Bollwerk gegen den schiitischen Revolutionsexport unterstützt werden – trotz aller Problematik und intern vorzubringenden Kritik.

- Menschenrechte können nicht nur vom Staat verletzt werden, sondern zunehmend auch von marodierenden Banden in zerfallenden Staaten (z.B. in Somalia, Liberia, Tschitschenien). Auch hier muß man

eingreifen, was dadurch erschwert wird, dass es kaum Ansprechpartner gibt.

- Zwischen berechtigtem Guerilla-Kampf gegen soziale und politische Ungerechtigkeiten krasser Art und solchen Banden muß unterschieden werden. Zuweilen vermengt sich beides (z.B. im muslimischen Tschitschenien, weshalb die gegenwärtige Bundesregierung – auch mit Rücksicht auf Putin - hier zunehmend schweigt.)

- Weitreichende Menschenrechtsregelungen wie in Europa (Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit verbindlicher Rechtssprechung) ist vorerst nur in diesem Raum mit seiner langen, gemeinsamen Tradition und mit seinem hohen gegenwärtigen Verflechtungsgrad realistisch.

- Westliche Mode- und Medienthemen hoch saturierter Gesellschaften, in denen z.B. viele Gruppen auf der Basis einer nur hier typischen, egalitären Bewegung heutzutage (zu Recht) immer mehr gegen Diskriminierungen kämpfen (z.B. die Nicht-Raucher), dürfen die Menschenrechtspolitik nicht beeinflussen, da sie in der 3. Welt – angesichts von Überlebensproblemen oder angesichts anderer (religiöser) Traditionen - auf keinerlei Resonanz stoßen. (vgl. Wischke 2002, S. 420 f.)

Literatur

- P. Bungarten/U.Koczy 1996, Handbuch der Menschenrechtsarbeit, Bonn
Deutsches Orient-Institut 2003, Stabilitätsprobleme zentraler Staaten: Ägypten, Algerien, Saudi-Arabien, Iran, Pakistan und die regionalen Auswirkungen, Hamburg
Brigitte Hamm 2003, Menschenrechte, Opladen
P. Heine 1996, Konflikt der Kulturen oder Feindbild Islam, Freiburg
Wolfgang S. Heinz 2003, Internationale Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte, Berlin
Gudrun Krämer 2003, Islam, Menschenrechte und Demokratie, Ladenberg
F.-J. Hutter/C. Tessmer (Hrsg.) 1999, Menschenrechte und Bürgergesellschaft in Deutschland, Opladen
R. Kreide 2001, Soziale Menschenrechte und Verpflichtungen, in: Bd. 79, S. 121 - 144
Hildegard Lingnau 2003, Menschenrechtsansatz für die deutsche EZ, Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Bonn
C. Malatiesta 2002, Religion und Menschenrechte, in: Schweizer Monatshefte, Bd. 82, S. 49 – 53
F., Nuscheler 1997, Entwicklungspolitik und Menschenrechte, Duisburg
S. Raeder 2001, Der Islam und das Christentum: eine historische und theologische Einführung, Neukirchen
Carola Stern 1982, Strategien für die Menschenrechte, Frankfurt/M.
M. Wischke 2002, Die Politik der Menschenrechte im Zeitalter der Globalisierung, in: Synthesis Philosophica, Bd. 17, S. 415 - 432
Karl Wittfogel 1962, Die orientalische Despotie, Frankfurt/M.
H. Wohlrapp 2000, Krieg für Menschenrechte? In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Bd. 48, S. 107 - 132

Globalization: What? Where? How? And It's Impacts

(Internet Reader)

Ibrahim Can Sezgin

Introduction:

The leading thinker, M. McLuhan, coined the term, the global village in the 1960s to express his belief that electronic communication would unite the world. The advent of the Internet over the past 15 years has paralleled the emergence of globalization as a concept. Proponents and critics of globalization have very different perspectives on the Internet's role.

There are too much are arguments about Internet's affect in changing new world. Some of are in good some of are in bad sense. For example many within developing countries see the Internet as an opportunity to gain access to knowledge and services from around the world in a way that would have been unimaginable previously. The Internet may also facilitate opportunities for economic development in industries such as tourism. The Internet and technologies such as mobile telephones allow developing countries to leapfrog steps in their development of infrastructure. A poor landline telephone system in the Philippines, for example, is being rapidly by-passed by mobile phones with Internet access.²

Although the Internet started off as a communal medium for sharing information, principally among academics, it is increasingly becoming the tool of transnational corporations to presenting their product's information around the world. On the other hand, this assumptions driving some contra ideas, For example, because the rich countries generating most of the content on the Internet, it becomes a form of cultural imperialism, in which western values dominate. English is the language of the Internet.

This argument also argues that the Internet is also creating new gaps

² What is the role of the Internet and communications technology in globalization?
<http://www.globalisationguide.org/05.html> , 12.05.2005

between the rich and the poor. Rich countries have much greater access to the Internet and communications services generally. We are moving from an industrial age, in which wealth was created by manufacturing, to an information age in which wealth is created by the development of information goods and services, ranging from media, to education and software. Poor countries are not taking part in this information revolution and are falling further behind.

Because I have started with an example which explain the role of internet in globalize world, who would read the beginning of this page can suppose that the text is going to discuss the role of internet on Globalization; but actually the text will try use internet as an instrument, not an argument. Today, new communication opportunities are making people more near than past. It is obvious that Internet is one of the most important instruments of that borderless project. That is why I decided to get whole information that I need, from the most important data source of the Globalization. It is also a trial approach for discussing the reality of Globalization with it's own sources.

The Internet sites that I used can be categorized in three parts:

- Research institutions and data pools
- Institutions which are built for working on improving process of Globalization
- Independent protest organizations and contra arguments in the general sites.

What is Globalization in General Sense?

The end of the Cold War provided a major shock for scholars of politics and policy in at least two respects. First, it provided a classic example of the limitations of both social and policy sciences predictive capacity. Few foresaw, let alone predicted, the tumultuous events that marked the end of the decade. Second, those events simultaneously dislodged the organizing principle—the foundation—upon which much of the study of international relations was constructed in the post-war period. The parsimony and simplicity of bipolarity signaled the hegemony of structural arguments in international studies and a corresponding ascendancy of questions posed by security studies over those relating to international and comparative political economy. Scholars and policy analysts alike thus favored these approaches, employing theories such as deterrence and modernization in political science, while policy analysts often subsumed critiques of American policy in the Third World for the sake of strategic advantage over the Communist bloc³.

Globalization is a term in heavy current usage but one whose meaning remains obscure, often even among those who invoke it. Indeed, Jan Aart Scholte states “globalization stands out for quite a large public spread across the world as one of the defining terms of late twentieth-century social consciousness.” The term is often distinguished more by what it is not, rather than what it is. James Rosenau recognizes such a tendency when he states that Globalization is not the same as globalism, which points to aspirations for an end state of affairs wherein values are shared by or pertinent to all the world’s five billion people, their environment, their roles as citizens, consumers or producers with an interest in collective action designed to solve common problems. Nor is it universalism—values that embrace all humanity, hypothetically or actually. Another temptation is to indeed specify a definition but one that offers little by way of operational value. Anthony McGrew is the only example of this, nor the most egregious, when he states that globalization constitutes a multiplicity of linkages and interconnections that transcend the nation states (and by implication the societies) which make up the modern world system. It defines a process through which events, decisions and activities in one part of the world can come to have a significant consequence for individuals and communities in quite distant parts of the globe. Philip Cerny furthermore suggests that globalization redefines the relationship between territoriality and authority, shifting authority from the level of the state to supranational and sub-national units, perhaps offering more to grasp onto in operational terms but precious little in causal terms. Robert Z. Lawrence is emphatic in stating that globalization shifts authority—to specifically the local and the regional level. Cerny adds elsewhere that:

³ Simon Reich, **What Is Globalization? Four Possible Answers**, The Hellen Kellogg Institute for International Studies, www.ciaonet.org/contrib.html#res, 12.05.2005

Globalization is defined here as a set of economic and political structures and processes deriving from the changing character of the goods and assets that comprise the base of the international political economy—in particular, the increasing structural differentiation of those goods and assets⁴.

Like McGrew's statement, Cerny's may well be true. It just appears to offer limited heuristic⁵ insights and little operational value. So, beyond vague conceptions of changing definitions of identity and altered interactive processes, there is a need to solidify what alternative definitions exist, and if not to consolidate them into one choice, then at least to understand what distinguishes one from another.

Just before discussing Globalization in different fields, such as historic, economic etc. we had better to see the leading assumptions and theories about the process. Following part will try to explain these theories in an order.

A Theoretic View

I. World-System Theory

According to the thinkers of this following approach, Globalization is the process, completed in the twentieth century, by which the capitalist world-system spreads across the actual globe. Since that world-system has maintained some of its main features over several centuries, globalization does not constitute a new phenomenon. At the turn of the twenty-first century, the capitalist world economy is in crisis; therefore, according to the theory's leading proponent, the current "ideological celebration of so-called globalization is in reality the swan song of our historical system" (I. Wallerstein).

The modern world-system originated around 1500. In parts of Western Europe, a long-term crisis of feudalism gave way to technological innovation and the rise of market institutions. Advances in production and incentives for long-distance trade stimulated Europeans to reach other parts of the globe. Superior military strength and means of transportation enabled them to establish economic ties with other regions that favored the accumulation of wealth in the European core. During the "long sixteenth century," Europeans thus established

⁴ Reich, **What Is Globalization? Four Possible Answers**

⁵ (Of a method of teaching and searching) allowing people to learn by discovering things themselves and learning from their own experiences rather than telling them things. So-called is "Bellers's Method".

an occupational and geographic division of labor in which capital-intensive production was reserved for core countries while peripheral areas provided low-skill labor and raw materials. The unequal relationship between European core and non-European periphery inevitably generated unequal development. Some regions in the "semi periphery" moderated this inequality by serving as a buffer. States also played a crucial role in maintaining the hierarchical structure, since they helped to direct profits to monopoly producers in the core and protected the overall capitalist economy (e.g., by enforcing property rights and guarding trade routes). At any one time, a particular state could have hegemonic influence as the technological and military leader, but no single state could dominate the system: it is a world economy in which states are bound to compete. While the Europeans started with only small advantages, they exploited these to reshape the world in their capitalist image. The world as a whole is now devoted to endless accumulation and profit seeking on the basis of exchange in a market that treats goods and labor alike as commodities⁶.

In the twentieth century, the world-system reached its geographic limit with the extension of capitalist markets and the state system to all regions. It also witnessed the rise of the United States as a hegemonic power-one that has seen its relative economic and political strength diminished since the last years of the Cold War. Newly independent states and communist regimes challenged core control throughout the century, and some formerly peripheral countries improved their economic status, but none of this shook the premises of a system that in fact was becoming more economically polarized. The nineteenth-century ideology of reform-oriented liberalism, which held out the hope of equal individual rights and economic advancement for all within states, became dominant in the twentieth but lost influence after 1968. Such twentieth-century developments set the stage for what Wallerstein calls a period of transition. New crises of contraction can no longer be solved by exploiting new markets; economic decline will stimulate struggle in the core; challenges to core dominance will gather strength in the absence of a strong hegemonic power and a globally accepted ideology; polarization will push the system to the breaking point. While this chaotic transition may not produce a more equal and democratic world, it does spell the end of capitalist globalization⁷.

Definition. A world-system is any historical social system of interdependent parts that form a bounded structure and operate according to distinct rules, or "a unit with a single division of labor and multiple cultural

⁶ The Globalization Web Site, **Globalization Theories**, <http://www.sociology.emory.edu/globalization/theories.html>, 14.05.2005

⁷ Douglas C. North, **Structure and Change in Economic History**, <http://ssr1.uchicago.edu/PRELIMS/Change/chmisc2.html>, 13.05.2005

systems". Three concrete instances stand out: mini-systems, world empires, and world-economies. The modern world-system is a world-economy: it is "larger than any juridical defined political unit" and "the basic linkage between its parts is economic". It is a capitalist world-economy because the accumulation of private capital, through exploitation in production and sale for profit in a market, is its driving force; it is "a system that operates on the primacy of the endless accumulation of capital via the eventual co modification of everything".

Key feature. The capitalist world-economy has no single political center: it "has been able to flourish precisely because it has had within its bounds not one but a multiplicity of political systems," which has given capitalists "a freedom of maneuver that is structurally based" and has "made possible the constant expansion of the world-system".

Structure. The system consists of a single division of labor within one world market but contains many states and cultures. Labor is divided among functionally defined and geographically distinct parts arranged in a hierarchy of occupational tasks. Core states concentrate on higher-skill, capital-intensive production; they are militarily strong; they appropriate much of the surplus of the whole world-economy. Peripheral areas focus on low-skill, labor-intensive production and extraction of raw materials; they have weak states. Semi peripheral areas are less dependent on the core than peripheral ones; they have more diversified economies and stronger states. In the first centuries of world-system development, Northwest Europe constituted the core, Mediterranean Europe the semi periphery, and Eastern Europe and the Western hemisphere (and parts of Asia) the periphery. By the end of the twentieth century, the core comprised the wealthy industrialized countries, including Japan; the semi periphery included many long-independent states outside the West; poor, recently independent colonies mainly constituted the periphery.

The old antisystemic forces are exhausted, but so is liberalism. In fact, "the true meaning of the collapse of the Communisms is the final collapse of liberalism as hegemonic ideology. Without some belief in its promise, there can be no durable legitimacy to the capitalist world-system". But no current struggle against the inequities of capitalism poses a "fundamental ideological challenge"⁸.

⁸ Anand Kumar, Frank Welz, **Interview with Prof. Immanuel Wallerstein. Paris, Maison de Sciences de l'Homme, June 25, 1999**, <http://www.zmk.uni-freiburg.de/Wallerstein/wallitext.htm>, 14.05.2005

II. World Polity Theory

According to the thinkers of this following approach, Globalization is the growth and enactment of world culture. Since at least the middle of the nineteenth century, a rationalized world institutional and cultural order has crystallized that consists of universally applicable models that shape states, organizations, and individual identities (J. Meyer). Conceptions of progress, sovereignty, rights, and the like, have acquired great authority, structure the actions of states and individuals, and provide a common framework for global disputes⁹.

World culture has deep roots in European tradition--the rational structure and content of medieval Christendom, the state system devised in 1648, and enlightened universalism in science and philosophy. Yet its more immediate antecedents lie in the nineteenth century. Public officials, private organizations, and intellectuals, primarily in the West, elaborated ideas of state sovereignty, individual rights, and rational progress that in principle were universally valid. Movements arose in defense of such ideas; international meetings served to lend them authority. More than just the aggregate result of individual profit-seeking or political competition, international life acquired a cultural structure. After World War II, this structure became pervasive. Accordingly, states at very different economic levels adopted common precepts and established common institutions (e.g., formal public education), regardless of their actual usefulness leading to "isomorphism." Far from being the prime movers on the international scene, states in fact derived much of their structure and authority from being embedded in a larger system, a world polity consisting of common legitimating models. But states are not the only globally enacted model. For example, notions of citizenship and individuality spread across traditional cultural boundaries as well. More and more organizations, from scientific associations to feminist groups, from standard-setting bodies to environmental movements, helped to elaborate and implement this common world culture¹⁰.

By the end of the twentieth century, world culture had crystallized as the constitutive element in world society, a set of scripts to be followed anywhere. This culture has in fact been widely enacted. No longer the preserve of the West, it has become a common heritage, institutionalized across the globe and supported by many transnational groups. But it cannot claim global consensus; regions differ, for example, in their interpretation of core notions such as individual rights. Nor is world culture free from contradiction; in fact, it contains values such as freedom and equality that are necessarily in tension. Enacting global models will not lead to a completely homogeneous world, if only because

⁹ For J. Meyer's assumptions; **Globalization: An issue of contestation and struggle in South Africa** ·University of North-West, <http://www.arts.uwa.edu.au/MotsPluriels/MP1300mm.html#bev>, 17.05.2005

¹⁰ The Globalization Web Site, **Globalization Theories**

institutionalization under different conditions will produce significant local variation. World culture actually produces new conflicts, for when many believe they live in one world under universally valid principles, they are bound to be critical of state actions that deviate from global norms. Since the state of the world is always bound to fall short of high global standards, world culture actually encourages the discovery of new social problems. But the worldwide recognition of problems, ranging from global warming to corruption to genital mutilation, is a sign of world culture's current strength. In a diverse, conflictual, and decentralized world, it provides common models for thinking and acting.

Definition. A polity is a "system of creating value through the collective conferral of authority". The system is constituted by a set of rules, also called frames or models. Actors in the system are "entities constructed and motivated by enveloping frames". The world polity contains no single actor or institution defining what is valuable for the world as a whole. "Instead of a central actor, the culture of world society allocates responsible and authoritative actor hood to nation-states". Their authority is rooted in a world culture: a set of universally applicable models that define who are legitimate actors in world society, what goals they can pursue and how they can pursue them. While world polity models define sovereign states as key actors, enabling authorities to construct collective goals and devise the means or programs to produce them, state officials are not the only ones engaged in such authoritative creation of value.

Key feature. The enactment of global models creates considerable institutional similarity among differently situated states. "World society models shape nation-state identities, structures, and behavior via worldwide cultural and associational processes As creatures of exogenous world culture, states are ritualized actors marked by intensive decoupling and a good deal more structures than would occur if they were responsive only to local, cultural, functional, or power processes".

Structure. The World cultural order consists of models defining actors (e.g., nation-state, individual), purposes (e.g., development, progress), and principles (e.g., human rights, justice). Four main "elements of collective world society" contribute to and implement the tenets of this order: international governmental organizations, especially those in the UN system; nation-states, which engage in copying that leads to diffusion; voluntary associations in many different fields, some operating as social movements; and scientists and professionals, as experts whose own authority derives from world-cultural principles.

III. World Culture Theory

According to the thinkers of this following approach, Globalization refers to "the compression of the world and the intensification of consciousness of the world as a whole" (R. Robertson). In thought and action, it makes the world a single place. What it means to live in this place, and how it must be ordered, become universal questions. These questions receive different answers from individuals and societies that define their position in relation to both a system of societies and the shared properties of humankind from very different perspectives. The confrontation of their worldviews means that globalization involves "comparative interaction of different forms of life" (Robertson)¹¹.

Global interdependence and consciousness of the world as a whole precede the advent of capitalist modernity. Yet European expansion and state formation boosted globalization since the seventeenth century. The contemporary shape of the globe owes most to the "take-off" decades after about 1875, when international communications, transportation, and conflict dramatically intensified relationships across societal boundaries. In that period, the main reference points of fully globalized order took shape: nation-state, individual self, world-system, of societies, and one humanity. These elements of the global situation became "relativized"; national societies and individuals, in particular, must interpret their very existence as parts of a larger whole. To some extent, a common framework has guided that interpretive work; for example, states can appeal to a universal doctrine of nationalism to legitimate their particularizing claims to sovereignty and cultural distinction. Such limited common principles do not provide a basis for world order. Global consciousness does not imply global consensus.

By the end of the twentieth century, if not before, globalization had turned world order into a problem. Everyone must now reflexively respond to the common predicament of living in one world. This provokes the formulation of contending worldviews. For example, some portray the world as an assembly of distinct communities, highlighting the virtues of particularism, while others view it as developing toward a single overarching organization, representing the presumed interests of humanity as a whole. In a compressed world, the comparison and confrontation of worldviews are bound to produce new cultural conflict. In such conflict, religious traditions play a special role, since they can be mobilized to provide an ultimate justification for one's view of the globe; the resurgence of fundamentalist groups, innovative traditionalists with a global agenda, is a case in point. A globalized world is thus integrated but not

¹¹ The Globalization Web Site, **Globalization Theories**

harmonious, a single place but also diverse, a construct of shared consciousness but prone to fragmentation¹².

Definition. World culture theory is a label for a particular interpretation of globalization that focuses on the way in which participants in the process become conscious of and give meaning to living in the world as a single place. In this account, globalization "refers both to the compression of the world and the intensification of consciousness of the world as a whole"; in other words, it covers the acceleration in concrete global interdependence and in consciousness of the global whole. It involves the crystallization of four main components of the "global-human circumstance": societies (or nation-states), the system of societies, individuals (selves), and humankind; this takes the form of processes of, respectively, societalization, internationalization, individuation, and generalization of consciousness about humankind. Rather than referring to a multitude of historical processes, the concept above all captures "the form in terms of which the world has moved towards unicity" (1992: 175). This form is practically contested. Closely linked to the process of globalization is therefore the "problem of globality" or the cultural terms on which coexistence in a single place becomes possible. World culture denotes the multiple ways of defining the global situation, conceived as responses to this shared predicament.

Key feature. As a process that both connects and stimulates awareness of connection, globalization dissolves the autonomy of actors and practices in contemporary world order. In this process of relativization, all units engaged in globalization are constrained to assume a position and define an identity relative to the emerging global whole.

Structure. Analytically, globalization comprises the set of dynamic relationships among the four core units--societies, international system, individual selves, and humankind. Empirically, globalization involves the "conjunction of different forms of life". This is expressed concretely in the interaction between actors or groups holding different views of world order.

The Normative Challenges of Globalization

Globalization poses a fundamental challenge to each of these traditional assumptions. It is no longer self-evident that nation-states can be described as "self-sufficient schemes of cooperation for all the essential purposes of human life" in the context of intense deterritorialization and the spread and intensification of social relations across borders. The idea of a bounded community seems suspect given recent shifts in the spatio-temporal contours of

¹² The Globalization Web Site, **Globalization Theories**

human life. Even the most powerful and privileged political units are now subject to increasingly deterritorialized activities (for example, global financial markets) over which they have limited control, and they find themselves nested in webs of social relations whose scope explodes the confines of national borders. Of course, in much of human history social relations have transcended existing political divides. However, globalization implies a profound quantitative increase in and intensification of social relations of this type. While attempts to offer a clear delineation of the “domestic” from the “foreign” probably made sense at an earlier juncture in history, this distinction no longer accords with core developmental trends in many arenas of social activity. As the possibility of a clear division between domestic and foreign affairs dissipates, the traditional tendency to picture the domestic arena as a privileged site for the realization of normative ideals and principles becomes problematic as well. As an empirical matter, the decay of the domestic-foreign frontier seems highly ambivalent, since it might easily pave the way for the decay of the more attractive attributes of domestic political life: as “foreign” affairs collapse inward onto “domestic” political life, the relative lawlessness of the former potentially makes disturbing inroads onto the latter (Scheuerman). As a normative matter, however, the disintegration of the domestic-foreign divide probably calls for us to consider, to a greater extent than ever before, how our fundamental normative commitments about political life can be effectively achieved on a global scale. If we take the principles of justice or democracy seriously, for example, it is no longer self-evident that the domestic arena is the main site for their pursuit, since domestic and foreign affairs are now deeply and irrevocably intermeshed. In a globalizing world, the lack of democracy or justice in the global setting necessarily impacts deeply on the pursuit of justice or democracy at home. Indeed, it may no longer be possible to achieve our normative ideals at home without undertaking to do so transnational as well¹³.

The linkage between economic globalization and erosion of the democratic nation-state is more political than economic in nature. The main problem is not the negative effects of the increasing influence of financial market players, but the structural crisis of deliberative democracy caused by:

1. Inadequacy of the traditional representative institutions in managing the complication of policy tasks brought about by globalization;
2. Erosion of the linkage between representative institutions and represented social groups due to the shifts in social structure as well as structural weakness of the institutions themselves;

¹³ Globalization, Stanford Encyclopedia of Philosophy, <http://plato.stanford.edu/entries/globalization/#1>, 18.05.05; Mikhail Believa, **Democracy and Globalization: Sources of Discontent**, http://globalization.icaap.org/content/v3.1/04_believa.html, 13.05.05

3. Neo-liberal ideological reaction to globalization, whose assumptions are often used by the political elite for legitimization of its functional failure.

Recent developments within contemporary democracies suggest two possible scenarios of reinvesting the democratic government. According to the optimist view, the tasks of current economic and social regulation will be transferred to the independent public institutions and market players through privatization, mechanisms of “new public management”, etc.; while the government will gain a new glance of democratic legitimization by the plebiscite mechanisms and maintain the role of the main innovator and moderator.

A more skeptical vision draws the picture of uncontrolled segmentation policy regulation and populist political leadership challenging popular demands. It implies also a new cultural cleavage within society: the development from rather homogeneous (at least, in cultural aspects) national society to a society with two coexisting types of culture: “traditional” national culture of the industrial society and “globalized” culture of economic and political elite, focused on the values of the post-industrial society. This discrepancy can be demonstrated both on national level, between the new elite and „less globalized“ social groups, as well as on an international level, where the gap between the countries, which are spearheading globalization, and “the rest of the world” rapidly increases¹⁴.

Again, as in the case of external challenges of economic globalization, we should say that the risks are serious and reforms are necessary. However, all the above problems are domestic problems of national political systems, and they, respectively, have domestic solutions. It remains implausible that the development of supranational political structures – a “world government”, for example – may be an efficient means to ameliorate the problems associated with the on-going reconstruction political systems within nation- states.

To claim, for example, that questions of distributive justice have no standing in the making of foreign affairs represents at best empirical naiveté about economic globalization. At worst, it constitutes a disingenuous refusal to grapple with the fact that the material existence of those fortunate enough to live in the rich countries is inextricably tied to the material status of the vast majority of humanity residing in poor and underdeveloped regions. Growing material inequality spawned by economic globalization is linked to growing domestic material inequality in the rich democracies (Falk). Similarly, in the context of

¹⁴ Mikhail Believe, *Democracy and Globalization: Sources of Discontent*;

the ongoing destruction of the ozone layer by privileged countries like Australia, Japan, and the United States, a dogmatic insistence on the sanctity of national sovereignty risks constituting a cynical fig leaf for irresponsible activities whose impact extends well beyond the borders of the polluting countries. Ozone-depletion cries out for ambitious forms of transnational cooperation and regulation, and the refusal by the rich democracies to accept this necessity implies a failure to take the process of globalization seriously when doing so conflicts with their material interests. Although it might initially seem to be illustrative of clever Realpolitik on the part of the polluting nations to ward off strict cross-border environmental regulation, their stubbornness is probably short-sighted: ozone depletion will affect the children of Americans who drive gas-guzzling SUV's or use environmentally unsound air-conditioning as well as the future generations of South Africa or Afghanistan. If we keep in mind that environmental degradation probably impacts negatively on democratic politics (for example, by undermining its legitimacy and stability), the failure to pursue effective transnational environmental regulation potentially undermines democracy at home as well as abroad¹⁵.

In recent years, philosophers and political theorists have been busy addressing the normative implications of our globalizing world. A lively debate about the possibility of achieving justice at the global level now pits representatives of cosmopolitanism against communitarianism. Cosmopolitans underscore our universal moral obligations to those who reside faraway and with whom we share little in the way of language, custom, or culture, arguing that claims to "justice at home" can and should be applied elsewhere as well. In this way, cosmopolitanism builds directly on the universalistic impulses of modern moral and political thought. In contrast, communitarians dispute the view that our moral obligations to foreigners possess the same status as those to members of particular communities (for example, the nation-state) of which we remain very much a part. Communitarians by no means deny the need to redress global inequality, for example, but they often express skepticism in the face of cosmopolitanism's tendency to defend significant legal and political reforms as necessary to address the inequities of a planet where eighteen million people a year die of starvation (Jones). Nor do communitarians necessarily deny that the process of globalization is real, though some of them believe its impact has been grossly exaggerated (Kymlicka). Nonetheless, they doubt that humanity has achieved a rich or sufficiently articulated sense of a common fate such that far-reaching attempts to achieve greater global justice (for example, substantial redistribution from the rich to poor) could prove successful. Cosmopolitans not only typically counter with a flurry of universalist and egalitarian moral arguments, but they also accuse communitarians of obscuring the threat posed

¹⁵ **Globalization**, Stanford Encyclopedia of Philosophy; for another explanation; Polity, **What is Globalization?** <http://www.polity.co.uk/global/executiv.htm#whatis> , 18.05.2005

by globalization to the particular forms of community whose ethical primacy the communitarians endorse. From the cosmopolitan perspective, the communitarian tendency to favor moral obligations to fellow members of the nation-state represents a misguided and increasingly reactionary nostalgia for a rapidly decaying constellation of political practices and institutions¹⁶.

A similar intellectual divide characterizes the ongoing debate about the prospects of democratic institutions at the global level. In a cosmopolitan mode, David Held argues that globalization requires the extension of liberal democratic institutions (including the rule of law and elected representative institutions) to the transnational level¹⁷. Nation state-based liberal democracy is poorly equipped to deal with deleterious side effects of present-day globalization such as ozone depletion or burgeoning material inequality. In addition, a growing array of genuinely transnational forms of activity calls out for no less intrinsically transnational modes of liberal democratic decision-making. According to this model, “local” or “national” matters should remain under the auspices of existing liberal democratic institutions. But in those areas where deterritorialization and social interconnectedness across national borders are especially striking, new transnational institutions (for example, cross-border referenda), along with a dramatic strengthening and further democratization of existing forms of supranational authority (in particular, the United Nations), are necessary if we are to assure that popular sovereignty remains an effective principle. In the same spirit, Jürgen Habermas has tried to formulate a defense of the European Union that conceives of it as a key steppingstone towards supranational democracy. If the EU is to help succeed in salvaging the principle of popular sovereignty in a world where the decay of nation state-based democracy makes democracy vulnerable, the EU will need to strengthen its elected representative organs and better guarantee the civil, political, and social and economic rights of all Europeans (Habermas).

In opposition to Held, Habermas, and other defenders of global democracy, communitarian-minded skeptics underscore the purportedly utopian character of such proposals, arguing that democratic politics presupposes deep feelings of trust, commitment, and belonging that remain uncommon at the transnational level. Largely non-voluntary commonalities of belief, history, and custom compose necessary preconditions of any viable democracy, and since these commonalities are missing beyond the sphere of the nation-state, global or cosmopolitan democracy is doomed to fail. In an analogous vein, critics inspired by Realist theory argue that cosmopolitanism obscures the fundamentally pluralistic, dynamic, and conflictual nature of political life on our divided planet. Notwithstanding its pacific self-understanding, cosmopolitan democracy

¹⁶ **Globalization**, Stanford Encyclopedia of Philosophy

¹⁷ David Held, **Democracy and Globalization**, www.ciaonet.org/wps/sites/mpfig.html, 18.05.2005

inadvertently opens the door to new and even more horrible forms of political violence. Cosmopolitanism's universalistic moral discourse not only ignores the harsh and unavoidably agonistic character of political life, but it also tends to serve as a convenient ideological cloak for terrible wars waged by political blocs no less self-interested than the traditional nation state. For these critics, the fact that the recent Allied war against Iraq, conducted as a so-called "humanitarian intervention" with the blessings of the United Nations, probably resulted in at least 220,000 civilian deaths, vividly underscores the profound dangers intrinsic to the quest for novel forms of global democracy.

The term Globalization, after all, is at first sight merely a descriptive category, denoting either the geographical extension of social processes or possibly, as in Giddens' definition, "the intensification of worldwide social relations"... And the globalization theorists clearly intend something more than this. By asserting that the emergence of a single global space as the arena of the social increasingly outweighs in its consequences other kinds of causality which have traditionally been invoked to explain social phenomena; by extrapolating the geographical dimensions of this process into an alternative, spatio-temporal problematic for social science; and finally, by pitting this new problematic for social science not simply against competing perspectives in the contemporary social sciences; but also against the classical foundations of modern social thought as a whole- in all these ways, they have raised their sights beyond any purely descriptive role for the concept¹⁸.

Two Dimension of Globalization

Beneficial Side:

Of the countries of the world, those in East Asia have grown the fastest and done most to reduce poverty. And they have done so, emphatically, via "globalization." Their growth has been based on exports--by taking advantage of the global market for exports and by closing the technology gap¹⁹. It was not just gaps in capital and other resources that separated the developed from the less-developed countries, but also differences in knowledge. East Asian countries took advantage of the "globalization of knowledge" to reduce these disparities. But while some of the countries in the region grew by opening themselves up to multinational companies, others, such as Korea and Taiwan, grew by creating their own enterprises. Here is the key distinction: Each of the most successful globalizing countries determined its own pace of change; each made sure as it grew that the benefits were shared equitably; each rejected the

¹⁸ Henry Wai-chung Yeung, **The Limits to Globalization Theory: A Geographical Perspective von Global Economic Change**, National University of Singapore, www.ciaonet.org , 11.05.2005

¹⁹ The World Bank, **Poverty in Age of Globalization**, <http://www.worldbank.org/globalization> , 19.05.2005

basic tenets of the "Washington Consensus," which argued for a minimalist role for government and rapid privatization and liberalization.

In East Asia, government took an active role in managing the economy. The steel industry that the Korean government created was among the most efficient in the world--performing far better than its private-sector rivals in the United States (which, though private, are constantly turning to the government for protection and for subsidies). Financial markets were highly regulated. My research shows that those regulations promoted growth. It was only when these countries stripped away the regulations, under pressure from the U.S. Treasury and the IMF, that they encountered problems.

During the 1960s, 1970s, and 1980s, the East Asian economies not only grew rapidly but also were remarkably stable. Two of the countries most touched by the 1997-1998 economic crises had had in the preceding three decades not a single year of negative growth; two had only one year--a better performance than the United States or the other wealthy nations that make up the Organization for Economic Cooperation and Development (OECD). The single most important factor leading to the troubles that several of the East Asian countries encountered in the late 1990s--the East Asian crisis--was the rapid liberalization of financial and capital markets. In short, the countries of East Asia benefited from globalization because they made globalization work for them; it was when they succumbed to the pressures from the outside that they ran into problems that were beyond their own capacity to manage well.

Globalization can yield immense benefits. Elsewhere in the developing world, globalization of knowledge has brought improved health, with life spans increasing at a rapid pace. How can one put a price on these benefits of globalization? Globalization has brought still other benefits: Today there is the beginning of a globalized civil society that has begun to succeed with such reforms as the Mine Ban Treaty and debt forgiveness for the poorest highly indebted countries (the Jubilee movement). The globalization protest movement itself would not have been possible without globalization²⁰.

Other Side:

How then could a trend with the power to have so many benefits have produced such opposition? Simply because it has not only failed to live up to its potential but frequently has had very adverse effects. But this forces us to ask, why has it had such adverse effects? The answer can be seen by looking at each of the

²⁰ [Joseph E. Stiglitz, Globalism's Discontents, The American Prospects,](http://www.prospect.org/print-friendly/print/V13/1/stiglitz-j.html) <http://www.prospect.org/print-friendly/print/V13/1/stiglitz-j.html>, 17.05.2005

economic elements of globalization as pursued by the international financial institutions and especially by the IMF.

The most adverse effects have arisen from the liberalization of financial and capital markets--which has posed risks to developing countries without commensurate rewards. The liberalization has left them prey to hot money pouring into the country, an influx that has fueled speculative real-estate booms; just as suddenly, as investor sentiment changes, the money is pulled out, leaving in its wake economic devastation. Early on, the IMF said that these countries were being rightly punished for pursuing bad economic policies. But as the crisis spread from country to country, even those that the IMF had given high marks found themselves ravaged.

The IMF often speaks about the importance of the discipline provided by capital markets. In doing so, it exhibits certain paternalism, a new form of the old colonial mentality: "We in the establishment, we in the North who run our capital markets, know best. Do what we tell you to do, and you will prosper." The arrogance is offensive, but the objection is more than just to style. The position is highly undemocratic: There is an implied assumption that democracy by itself does not provide sufficient discipline. But if one is to have an external disciplinarian, one should choose a good disciplinarian who knows what is good for growth, who shares one's values. One doesn't want an arbitrary and capricious taskmaster who one moment praises you for your virtues and the next screams at you for being rotten to the core. But capital markets are such as fickle taskmaster; even ardent advocates talk about their bouts of irrational exuberance followed by equally irrational pessimism²¹.

On the one hand, globalization has been naturalized as the inevitable pathway to economic prosperity and success. If a national economy is not performing well, it must be because the economy is not having enough economic globalization. On the other hand, anti-globalization groups – as manifested in the activism of those demonstrating in Seattle and Genoa- view economic globalization as the cause of all kinds of socioeconomic malaises. Whatever one's political position, the presence or absence of economic globalizations has seemingly been conceived as a political fix to resolve the problems of economic stagnation, technological backwardness, and underdevelopment. This "globalization fix" clearly has both material and discursive consequences for all its participants – people, firms, state authorities and non-state institutions, international organizations, and so on. It also underscores the central importance of understanding whether Globalization should be the universal explanation in the first case²².

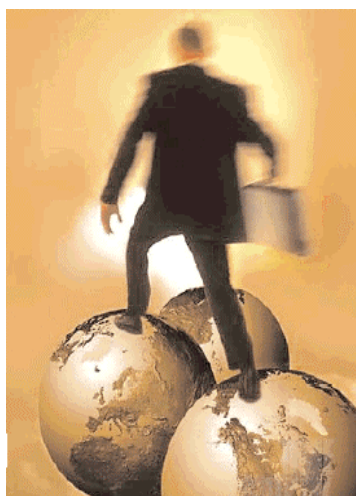
²¹ Stiglitz, **Globalism's Discontents**

²² Michael Storper, **Globalization Theory: Theory and Evidence**, UCLA School of Public Policy and Social Research, <http://www.spa.ucla.edu/main.cfm>, 18.05.2005

There are two main arguments supporting the thesis that economic globalization threatens democracy: (1) increasing interconnectedness between nations restricts national sovereignty and democratic control over political agenda; (2) economic globalization tends to eliminate the social correctives to the market economy. The present analysis suggests that the relationship between globalization and erosion of the basic structures of representative democracy is of different nature. Complicated policy tasks require representative institutions to find new approaches and instruments, while the linkage between the institutions and the represented social groups have been eroding due to the changing structures of society and political communication. Thus, globalization highlights structural weaknesses of contemporary democracies but does not necessarily undermine the principle of democratic governance.

For analyzing those arguments objectively, we need to clarify the Globalization of world economy. Following part is aiming to make these examinations.

Globalization of World Economy



“Globalization” will be understood here to mean major increases in worldwide trade and exchanges in an increasingly open, integrated, and borderless international economy. There has been remarkable growth in such trade and exchanges, not only in traditional international trade in goods and services, but also in exchanges of currencies; in capital movements; in technology transfer; in people moving through international travel and migration; and in international and ideas. One measure of the extent of globalization is the volume of international financial transactions, with some \$ 1.5 trillion flowing through world currency markets each day, and with the volume of daily international stock market transactions exceeding this enormous amount.

Globalization has involved greater openness in the international economy, an integration of markets on a worldwide basis, and a movement toward a borderless world, all of which have led to increases in global flows. There are several sources of globalization over the last several decades. One such source has been technological advances that have significantly lowered the costs of transportation and communication and dramatically lowered the costs of data processing and information storage and retrieval. The latter stems from developments over the last few decades in electronics, especially the microchip revolution electronic mail and the internet are some of the manifestations of this new technology, where today \$ 2.000 laptop computer is many times more powerful than a \$10 million mainframe computer of only twenty years ago.

A second source of globalization has been trade liberalization and other forms of economic liberalization that have led to reduce trade protection and to a more liberal world trading system. This process started in the last century but the two World Wars and the Great Depression interrupted it. It resumed after World War II through the most favored nation approach to trade liberalization, as embodied in the 1946 General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) and now in the World Trade Organization (WTO). As a result, there have been significant reductions in tariffs and other barriers to trade to trade in goods and services. Other aspects of liberalization have led to increases in the movement of capital and other factors of production. Some have suggested that globalization is little more than a return to the world economy of the late nineteenth century and early twentieth century, when borders were relatively open, when there were substantial international capital flows and migrations of people, and when the major nations of Europe depended critically on international trade. These are particularly the view of some British scholars, looking back to the period of British imperial dominance of the world economy. While there some similarities in terms of trade and capital movements, the

period of a century ago did not have some of the major technological innovations that have led to a globalized world economy of the last century.

The third source of economic globalization has been changes in institutions, where organizations have a wider reach, due, in part, to technological changes and to the more wide-ranging horizons of their managers, who have been empowered by advances in communications. Thus, corporations that had been mainly focused on a local market have extended their range in terms of markets and production facilities to have a national, multinational, international, or even global reach. These changes in industrial structure have led to increases in the power, profits, and productivity of those firms that can choose among many nations for their sources of materials, production facilities, and markets, quickly adjusting to changing market conditions. Virtually every major national or international enterprise has such a structure or relies on subsidiaries or strategic alliances to obtain a comparable degree of influence and flexibility. As one measure of their scale, almost a third of total international trade now occurs solely within these multinational enterprises. With the advent of such global firms, international conflict has, to some extent, moved from nations these firms, with the battle no longer among nations over territory but rather among firms over their share of world markets. These global firms are seen by some as a threat to scope autonomy of the state, but, while these firms are powerful, the nation state still retains its traditional and dominant role in the world economic and political system²³.

Non-government organizations, the NGO's, have also taken a much broader perspective that, as in the case of the global firms, is often multinational or global. Even international organizations, such as the United Nations, the International Monetary Fund and World Bank, and the World Trade Organization have new global roles. Overall, multinational enterprises and other such organizations, both private and public, have become the central agents of the new international globalized economy.

A fourth reason for globalization has been the global agreement on ideology, with a convergence of beliefs in the value of a market economy and a free trade system. This process started with the political and economic changes that started in the 1978 reforms in China and then involved a "falling dominoes" series of revolutions in Eastern and Central Europe starting in 1989 that ended with the dissolution of the Soviet Union December 1991. This process led to a convergence of ideology, with the former division between market economies in the West and socialist economies in the East having been replaced by a near-universal reliance on the market system. This convergence of beliefs in the value

²³ Michael D. Intriligator, **Globalization of the World Economy: Potential Benefits and Costs and a Net Assessment**, Instituto Internazionali, www.ciaonet.org, 15.05.2005, Dani Rodrik, **Globalization for Whom?**, <http://www.harvard-magazine.com/on-line/070280.html>, 17.05.2005

of a market economy has led to a world that is no longer divided into market-oriented and socialist economies. A major aspect of this convergence of beliefs is the attempt of the former socialist states to make a transition to a market economy. These attempted transitions; especially those in the former Soviet Union and in Eastern and Central Europe have, however, been only partially successful. The nations involved and their supporters in international organizations and advanced western market economies have tended to focus on a three-part agenda for transition, involving:

1. Stabilization of the macro-economy
2. Liberalization of prices
3. Privatization of state owned enterprise.

Unfortunately, this agenda fails to appreciate the importance of building market institutions, of establishing competition, and of providing for an appropriate role for the government in a modern mixed economy²⁴.

A fifth reason for globalization has been cultural developments, with a move to a globalized and homogenized media, including the arts and popular culture, and with the widespread use of the English language for global communication. Partly as a result of these cultural developments, some, especially the French and other continental Europeans, see globalization as an attempt as U.S. cultural as well as economic and political hegemony. In effect, they see globalization as a new form of imperialism or as a new stage of capitalism in the age of electronics. Some have been interpreted globalization as a new form of colonialism, with the U.S. as the new metropolis power and with most of the rest of the world as its colonies. These colonies supply the U.S. not only with raw materials and markets, as in earlier forms of European colonization, but also with technology; production facilities; labor, capital, and other inputs to the production process on a global basis.

Whether one sees globalization as a negative or as a positive development, it must be understood that it has clearly changed the world system and that it poses both opportunities and challenges. It is also clear that the above technological, policy, institutional, ideological, and cultural developments that have led to globalization are still very active. Thus, barring a radical move in a different direction, these trends toward greater globalization will likely continue or even accelerate in the future²⁵. One important aspect of these trends will be the growth in international trade in services that has already increased substantially but promises even greater growth in the future, especially in such

²⁴ Intriligator, *Globalization of the World Economy: Potential Benefits and Costs and a Net Assessment*

²⁵ Intriligator, *Globalization of the World Economy: Potential Benefits and Costs and a Net Assessment*

areas as telecommunications and financial services. The result will be continued moves toward a more open and a more integrated world as it moves closer and to a planet without borders and to a more integrated, open, and interdependent world economy. The result will be even greater worldwide flows of goods, services, money, capital, technology, people, information, and ideas²⁶.

Conclusion

It would be hard to exaggerate the degree to which the concept of globalization has penetrated our culture. It is treated at once as an economic tidal wave and a paralyze of the nation state. It has been used to justify deregulation, privatization, environmental degradation, free trade, deficit/debt mania, high interest rates, zero inflation targets, anti-labor legislation, cuts to social spending and upper income and corporate taxes. These policies are of course executed by individual nation states. The rationale in defense of these policy changes is that the rules established by the now dominant transnational corporations and the uncontrollable high-speed market highway they travel on must be obeyed lest you be run over and/or left behind. The trouble with the concept of globalization is that objectively it is largely a myth, while the consequences of its power to organize our thoughts as to how the world works has real effects²⁷.

Just because Globalization is not an anti-thesis or synthesis of any known approach, it is very hard to criticize it, because there is no clear reference point to start. It is obvious that all the critics focusing on its consequences because it is unpredictably waving on the surface of the World like an independent electricity source.

There is a rule we have to accept that every age comes with its own realities and values. It is better to being open for new transformations and also being prepared for its tricks.

Actually I myself can not find Globalization correct without local values because without globalization of local values this is obviously become a cultural, economic, technologic pressure of the domain powers on the rest of the World.

²⁶ Robert Chernomas, Ardeshir Sepehri, **Is Globalization a Reality, a Tendency or a Rationale for Neo-liberal Economic Policies?**, <http://globalization.icaap.org/content/v2.2/sepehri.html>, 13.05.05

²⁷ Chernomas, Sepehri, **Is Globalization a Reality, a Tendency or a Rationale for Neo-liberal Economic Policies?**

References:

- What is the role of the Internet and communications technology in globalization? <http://www.globalisationguide.org/05.html>
- Reich, Simon, What Is Globalization? Four Possible Answers, The Hellen Kellogg Institute for International Studies, www.ciaonet.org/contrib.html#res
- The Globalization Web Site, Globalization Theories, <http://www.sociology.emory.edu/globalization/theories.html>
- North, Douglas C., Structure and Change in Economic History, <http://ssr1.uchicago.edu/PRELIMS/Change/chmisc2.html>
- Kumar, Anand, Welz, Frank, Interview with Prof. Immanuel Wallerstein. Paris, Maison de Sciences de l'Homme, June 25, 1999, <http://www.zmk.uni-freiburg.de/Wallerstein/wallitext.htm>
- Globalization: An issue of contestation and struggle in South Africa ,University of North-West, <http://www.arts.uwa.edu.au/MotsPluriels/MP1300mm.html#bev>
- Stanford Encyclopedia of Philosophy, Globalization <http://plato.stanford.edu/entries/globalization/#1>
- Believe, Mikhail, Democracy and Globalization: Sources of Discontent, http://globalization.icaap.org/content/v3.1/04_belieav.html
- Polity, What is Globalization?, <http://www.polity.co.uk/global/executiv.htm#whatis>
- Held, David, Democracy and Globalization, www.ciaonet.org/wps/sites/mpfig.html
- Yeung, Henry Wai- chung, The Limits to Globalization Theory: A Geographical Perspective von Global Economic Change, National University of Singapore, www.ciaonet.org
- The World Bank, Poverty in Age of Globalization, <http://www.worldbank.org/globalization>
- Stiglitz, Joseph E., Globalism's Discontents, The American Prospects, <http://www.prospect.org/print-friendly/print/V13/1/stiglitz-j.html>
- Storper, Michael, Globalization Theory: Theory and Evidence, UCLA School of Public Policy and Social Research, <http://www.spa.ucla.edu/main.cfm>
- Intriligator, Michael D., Globalization of the World Economy: Potential Benefits and Costs and a Net Assessment, Instituto Internazionali, www.ciaonet.org

- Rodrik Dani, Globalization for Whom?, <http://www.harvard-magazine.com/on-line/070280.html>
- Chernomas, Robert, Sepehri, Ardeshir, Is Globalization a Reality, a Tendency or a Rationale for Neo-liberal Economic Policies?, <http://globalization.icaap.org/content/v2.2/sepehri.html>
- Halder, Gerhard, How does globalization affect local production and knowledge systems?, Gerhard-Mercator-Universität Duisburg, www.ciaonet.org